

Das Parlament

Berlin, Montag 31. Januar 2022

www.das-parlament.de

72. Jahrgang | Nr. 5-7 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Tränen im Parlament

Mickey Levy Seit Juni 2021 ist der 70-jährige Präsident der Knesset, dem israelischen Parlament. Vergangene Woche sorgte er für Emotionen im Deutschen Bundestag: Dort hielt der frühere Polizei-Attaché anlässlich des Holocaust-Gedenktages eine Rede - nach den Präsidenten Shimon Peres und Reuven Rivlin als dritter Repräsentant des israelischen Staates überhaupt. Darin erinnerte Levy an die Verbrechen der Nationalsozialisten und mahnte, die Demokratie „um jeden Preis“ zu verteidigen. Deutschland und Israel eine „die Erinnerungsarbeit“. Beiden Nationen sei es so gelungen, das „historische Trauma“ hinter sich zu lassen und „mutige Freundschaft“ zu pflegen. Als Levy mit dem Kaddisch, dem jüdischen Totengebet, an diesem Tage für die Opfer der Shoa, seine Ansprache schloss, kämpfte er mit den Tränen (siehe Seite 9).



ZAHL DER WOCHE

31

Gastredner haben seit 1996 anlässlich des Tags des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus im Bundestag gesprochen, darunter Überlebende des Holocaust und ehemalige KZ-Häftlinge. Außerdem sprachen zwei israelische Staatspräsidenten und fünf Bundespräsidenten.

ZITAT DER WOCHE

»Menschenhass ist etwas Schreckliches.«

Inge Auerbacher, Überlebende des Holocaust, in ihrer Rede vor dem Bundestag am Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK
2G Änderungen sorgen für Irritationen im Bundestag und außerhalb Seite 6

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
Eingetrübt Jahreswirtschaftsbericht rechnet mit geringerem Wachstum Seite 7

EUROPA UND DIE WELT
USA Präsident Biden kämpft um seine Wahlrechtsreform Seite 10

EUROPA UND DIE WELT
Ukraine Bundesregierung schließt Waffenlieferungen aus Seite 11

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Viele schwierige Fragen

CORONA-PANDEMIE Erste Orientierungsdebatte zur möglichen allgemeinen Impfpflicht

Ob die allgemeine Impfpflicht kommt und wenn, in welcher Form, ist noch unklar, nach der Orientierungsdebatte vergangene Woche liegen nun aber Konzeptskizzen auf dem Tisch. In der dreistündigen Debatte sprachen sich verschiedene Redner dafür aus, die Impfpflicht auf Erwachsene zu begrenzen. Andere Vorschläge sehen eine verpflichtende Aufklärung und eine Impfpflicht für über 50-Jährige vor. In der Aussprache meldeten sich auch Abgeordnete zu Wort, die aus unterschiedlichen Gründen eine Impfpflicht ablehnen. Die AfD-Fraktion legte bereits einen Antrag gegen die Impfpflicht vor. Die rechtliche Begründung für eine Impfpflicht könnte ein zentraler Punkt werden. Zu klären wäre auch die praktische Umsetzung, etwa Kontrollen, Sanktionen, ein mögliches Impfregister und die Frage, unter welchen Voraussetzungen jemand als geimpft gilt und wie lange die Wirkung der Vakzine anhält. So forderten Redner mehr Daten und Fakten. Die Abgeordneten sollen in der sensiblen Frage der Impfpflicht ohne Fraktionszwang entscheiden dürfen. Die Ampel-Regierung aus SPD, Grünen und FDP hat keinen eigenen Gesetzesvorschlag vorgelegt, dafür werden konkurrierende Gruppenanträge mit unterschiedlicher Zielsetzung erwartet. Die Unionsfraktion kündigte einen eigenständigen Antrag an. Eine Entscheidung könnte im März fallen.

Kritische Phase In der Orientierungsdebatte hatten 44 Abgeordnete die Gelegenheit, ihre Sicht darzulegen. Eingangs äußerte sich auch Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD), die auf die Bedeutung und Tragweite der Beratung hinwies. Das Land befindet sich in einer kritischen Phase, sagte sie mit Blick auf die steil ansteigenden Infektionszahlen. Bas betonte: „Eine Impfpflicht wirft fachlich schwierige und rechtlich wie ethisch kontroverse Fragen auf. Sie zwingt uns zu komplexen Abwägungen.“ Sie appellierte an die Abgeordneten: „Bedenken wir dabei, dass die Menschen in diesen angespannten Zeiten von uns vor allem Orientierung erwarten.“ Sie wünsche sich eine faire, respektvolle und konstruktive Debatte. Dagmar Schmidt (SPD) plädierte für eine allgemeine Impfpflicht. Drei Impfungen böten guten Schutz. Einbezogen werden sollten alle Bürger ab 18 Jahren mit Ausnahmen für Menschen, die sich aus medizinischen Gründen nicht impfen lassen könnten. Sinnvoll seien eine Nachweis-



Die mögliche Impfpflicht wird kontrovers diskutiert. Einigkeit besteht in dem Ziel, die Pandemie möglichst bald zu überwinden.

pflucht und Bußgelder, bei denen aber Verhältnismäßigkeit gewahrt werden sollte. Tino Sorge (CDU) kritisierte, weder Kanzler Olaf Scholz noch Gesundheitsminister Karl Lauterbach (beide SPD) gäben eine Richtung vor. Das erinnere an ein Versteckspiel. Es gebe noch viele offene Fragen, sagte Sorge und fügte in Anspielung auf die nachlassende Wirkung von Impfstoffen hinzu: „Boostern ohne Ende kann nicht die Option sein.“ Er fordere eine bessere Datengrundlage und differenzierte Lösungen.

Pflicht und Recht Kirsten Kappert-Gonther (Grüne) warb für die Impfpflicht und begründete dies mit den medizinischen und gesellschaftlichen Verwerfungen. „Wir stehen in der Verantwortung, die bestehenden Impflücken zu schließen.“ Die Verantwortung gelte in doppelter Hinsicht: Bürger müssten sich impfen lassen, und der Staat müsse jedem ein Angebot machen. So gingen Pflicht und Recht Hand in Hand. Die Impfpflicht

über 50-Jährige zu begrenzen, mache keinen Sinn, es gebe auch Risiken für jüngere Jahrgänge. Marco Buschmann (FDP) forderte eine sorgfältige Abwägung. Es müsse die Frage beantwortet werden, ob ein milderer Mittel als die Impfpflicht zur Verfügung stehe.

Freie Entscheidung Wolfgang Kubicki (FDP) berichtete, er habe sich für die Impfung entschieden und dies als befreiendes Gefühl erlebt. Die Frage sei, wie die Wirkung ausfalle, wenn jemand gegen seinen Willen geimpft werde. Gründe, sich nicht impfen zu lassen, könnten vielfältig sein. Die Impfung sei sicher vernünftig. Seiner Ansicht nach sollte jedoch eine Mehrheit nicht für eine Minderheit entscheiden, was vernünftig sei. Auch Matthi-

as Birkwald (Linke) hob auf die freie Entscheidung der Menschen ab. Er selbst sei geimpft und habe eine individuelle Risikoabwägung vorgenommen. Er halte diese freie Entscheidung für den richtigen Weg.

Andrew Ullmann (FDP) warb für ein abgestuftes Konzept. Zunächst sollte alles versucht werden, um Bürger zu überzeugen. Daher schlage er ein verpflichtendes Aufklärungsgespräch vor. Sollte die nötige Impfquote dann nicht erreicht werden, wäre er für einen Impfnachweis ab 50 Jahren. Nach Ansicht von Kathrin Vogler (Linke) wäre eine Durchsuchungsstrategie unethisch. Der Staat müsse seine Bürger schützen. Eine Impfpflicht könne geboten sein, den Bürgern müsste die Impfung dann aber so leicht wie möglich gemacht werden. Andrea Lindholz (CSU) forderte mehr Daten und Fakten zur Umsetzbarkeit der Impfpflicht. Die Bundesregierung müsse zudem sofort ein Impfregister auf den Weg bringen. „Packen Sie endlich an.“ Alice Weidel (AfD) wandte sich in scharfer Form gegen die Impfpflicht, die „ein autoritärer Amoklauf“ gegen die Grundfesten der demokratischen Grundordnung sei. Für eine Impfpflicht gebe es keine Rechtfertigung. Sie rügte außerdem die „Willkür-entscheidung“ zur Einschränkung des Genesenenstatus durch das Robert-Koch-Institut (RKI) und die Sonderregelung im Bundestag (siehe Seite 6). Claus Peter Kosfeld

EDITORIAL Frage der Gerechtigkeit

VON CHRISTIAN ZENTNER

Wer bislang noch nicht zur Impfung gegangen ist, gibt oft eine Mischung aus Angst, Sorge und Misstrauen als Grund an. Gegen Gefühle kann man schlecht argumentieren, weshalb es in diesen Fällen so schwierig ist, die Menschen zu überzeugen. Eine niedrige Impfbereitschaft gibt es auch dort, wo das Vertrauen in unser parlamentarisches Regierungssystem geschwunden ist. Gerade bei jenen bemüht sich die Politik überall im Land, Vertrauen zurückzugewinnen. Die zunehmende Erschöpfung der Menschen im Kampf gegen die Coronapandemie spielt jedoch Extremisten in die Hände, die unter dem Deckmantel eines Protests gegen staatlichen Schutzmaßnahmen Menschen für ihre radikale Agenda vereinnahmen wollen. Durch die Impfskepsis in Teilen der Bevölkerung und die daraus folgende Debatte über eine allgemeine Impfpflicht können nun weitere Resonanzräume entstehen, in denen Extremisten die Mitte der Gesellschaft erreichen. Deshalb ist es richtig, dass neben der Politik auch der Verfassungsschutz solche Corona-Proteste in den Blick nimmt, die den Staat und seine Regeln auf offener Bühne vorführen wollen. Die Demokratie stellt sich auf allen Ebenen dem Versuch der Delegitimierung ihrer Gesellschaftsordnung entgegen. Der Staat kann wachsam sein, ohne dem Protest an sich die Legitimation abzuspüren. Es gibt viele Wege, seine Meinung auszudrücken. Wer sich für die Ausdrucksform der Versammlung und Demonstration entscheidet, kann dies tun. Es ist ein hohes Gut, dass auch im öffentlichen Raum Widerspruch geäußert werden kann. Allerdings muss sich jeder Protest im gesetzlichen Rahmen bewegen. Da hilft auch kein Verweis auf das Grundrecht der Versammlungsfreiheit in Artikel 8 des Grundgesetzes, bei dem oft der zweite Absatz vergessen wird: Für Versammlungen unter freiem Himmel kann die Versammlungsfreiheit durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden. Nichts anderes machen die entsprechenden Corona-Verordnungen. Auch Spaziergänger müssen sich also an Recht und Gesetz halten, das ist sogar eine Frage der Gerechtigkeit. Wer seine Versammlung ordnungsgemäß anmeldet, hat das Recht, dass der Staat hierauf auch bei jenen achtet, die meinen sich mit sogenannten Spaziergänger, die eigentlich Demonstrationen sind, nicht an Recht und Gesetz halten zu müssen.

Hoffnung auf Deeskalation

UKRAINE-KONFLIKT Neue Gespräche im Normandie-Format Anfang Februar in Berlin geplant

Die Bundesregierung will die Gespräche mit Russland über eine Lösung des Ukraine-Konflikts Anfang Februar in Berlin fortsetzen. Das Treffen, bei dem Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) die Präsidenten Russlands, der Ukraine und Frankreichs zu Gesprächen empfangen wolle, werde aktuell vorbereitet, kündigte der SPD-Außenpolitikexperte Nils Schmid vergangenen Freitag im Inforadio des rbb an. Beim ersten Gespräch im sogenannten Normandie-Format nach monatelanger Pause hatte es zwei Tage zuvor kaum Fortschritte gegeben. Der Kernforderung Russlands nach einem Ende der Nato-Osterweiterung erteilten die westlichen Staaten erwartungsgemäß eine Absage. Jedoch steht das Angebot, über Sicherheitsfragen zu reden, weiter im Raum. Die Lage war vergangene Woche auch Thema einer vereinbarten Debatte im Bundestag (siehe Seite 11). Wegen der Verlagerung russischer Truppen an die Grenze zur Ukraine befürchtet der Westen einen Einmarsch Russlands in das Nachbarland. Als Reaktion wird unter anderem ein Ausschluss Russlands vom Zahlungsverkehrssystem Swift sowie ein Ende der Gaspipeline Nord Stream 2 diskutiert.



Russische Militärübung in Rostov nahe der Ukraine. Bis zu 120.000 Soldaten sollen sich schon an der Grenze befinden.

Waffenlieferungen an die Ukraine schließt die Bundesregierung aber bisher aus, um „damit nicht Türen für Deeskalation verschließen, die sich gerade in diesem Moment so zaghaft wieder öffnen“, sagte Außenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) im Bundestag. Deutschland und Frankreich vermitteln schon seit Jahren in dem seit 2014 andau-

ernden Ukraine-Konflikt. Ziel der Normandie-Gespräche ist es, die Minsker Vereinbarung vom 12. Februar 2015 umzusetzen, die Frieden zwischen den prorussischen Separatisten und den Regierungstruppen in der Ostukraine bringen soll. Der Plan liegt jedoch auf Eis. Am heutigen Montag will sich auf Antrag der USA der UN-Sicherheitsrat mit der ge-

genwärtigen Lage befassen. Er ist seit der Annexion der Krim durch Russland 2014 schon dutzende Male wegen der Ukraine-Krise zusammengekommen, hat aber in dieser Frage nur sehr eingeschränkten Handlungsspielraum – Russland ist eine der fünf Vetomächte. Moskau hat der Nato und den USA derweil einen Forderungskatalog überreicht, in dem es unter anderem ein Ende der Nato-Osterweiterung verlangt. In einem Schreiben an die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) fordert es zudem Antworten auf Fragen zur Sicherheit in Europa. „Wenn unsere Versuche, gegenseitig annehmbare Prinzipien einer Gewährleistung der Sicherheit in Europa zu vereinbaren, kein Ergebnis bringen, dann werden wir Maßnahmen als Antwort ergreifen“, betonte Außenminister Sergej Lawrow.

Johanna Metz

Weiterführende Links zu den Themen dieser Ausgabe finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

IST EINE IMPFPFLICHT KONTROLLIERBAR?

Routine nutzen

PRO

Über Sinn oder Unsinn einer Impfpflicht gegen Corona lässt sich trefflich streiten. In dieser Debatte sollte die angeblich fehlende Kontrollierbarkeit einer einmal eingeführten Pflicht aber keine Rolle spielen...



Peter Thelen, freier Journalist

Völlig utopisch

CONTRA

Für Diskussionen über die Impfpflicht gibt es ein interessantes Beispiel – die Pflicht zur Masern-Impfung. Sobald Kinder in den Hort oder die Schule kommen, muss ihr diesbezüglicher Impfstatus offen gelegt werden...



Margaret Heckel, freie Journalistin

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Dötsch, die meisten Kinder, die sich mit Covid-19 infizieren, zeigen milde Symptome. Ist das Virus in seinen diversen Varianten für Kinder ungefährlich?

Die meisten Kinder und Jugendlichen zeigen tatsächlich milde Symptome, es gibt aber Ausnahmen. Ausgenommen sind Kinder mit Vorerkrankungen. Wir wissen, dass schweres Asthma, eine schwere Mehrfachbehinderung oder schwere Organerkrankungen dazu führen können...

Wie groß ist die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder mit Covid-19 auf eine Intensivstation kommen?

Für gesunde Kinder ist die Wahrscheinlichkeit gering. Wir hatten aber vor allem in der Frühphase der Pandemie Fälle, dass mit Covid infizierte Kinder eine zweite Erkrankungswelle durchgemacht haben...

Welche Rolle spielt Long-Covid?

Wir wissen, dass es das auch bei Jugendlichen gibt, aber seltener als bei Erwachsenen. Noch seltener kommt es bei Kindern vor. Es ist schwer, genau zu sagen, wie viele Kinder betroffen sind...

Eltern machen sich Gedanken, ob sie ihren Kindern eine Corona-Impfung zu muten wollen. Was raten Sie?

Ich würde Eltern raten, sich nach den Empfehlungen der Ständigen Impfkommission (Stiko) zu richten. Das ist eine hochkarätige, unabhängige Einrichtung mit maximaler Sachkenntnis...

Müssen Kinder mit anderen Nebenwirkungen rechnen als Erwachsene?

Im Prinzip nein. Wir wissen, dass die Herzmuskelentzündung die gravierendste Nebenwirkung einer Corona-Impfung sein kann. Sie tritt häufiger bei Jungen als bei Mädchen auf...

Welchen Unterschied macht es für das Impfrisiko, ob ein Kind zwei Jahre alt ist, acht oder zwölf?

Kinder haben in ihren Entwicklungsphasen sowohl ein unterschiedliches Immunsystem als auch eine unterschiedliche Stoffwechsellage von Medikamenten. Deswegen lassen sich die Ergebnisse für eine Altersgruppe nicht auf eine andere übertragen...

»Einen Freiraum lassen«

JÖRG DÖTSCH Der Kinderarzt hält den Wunsch nach einer allgemeinen Impfpflicht für nachvollziehbar, würde Skeptiker aber lieber überzeugen



MedizinFoto Köln

gruppe spezifisches Nebenwirkungsprofil so wichtig. Da gibt es große Unterschiede.

Erwogen wird eine allgemeine Impfpflicht gegen Corona. Wie stehen Sie dazu?

Aus Sicht der Kinder- und Jugendmedizin ergibt sich zumindest kein Argument für eine Impfpflicht in dieser Altersgruppe. Als Erwachsene müssen wir in erster Linie die Kinder schützen, nicht die Kinder uns...

Mit einer allgemeinen Corona-Impfpflicht für Erwachsene könnten Sie aber leben?

Als Arzt würde ich mir natürlich wünschen, Menschen zu überzeugen, etwas zu tun, das zum Schutz insbesondere vulnerabler Gruppen in der Gesellschaft nötig ist. Es wäre auch sehr schön, wenn wir alle erkennen würden, wie wichtig es ist, zusammenzuhalten...

Diskutiert wird auch über eine Impfpflicht für ältere Menschen. Ist das Risiko für vulnerable Ältere immer größer als für vulnerable Jüngere?

Ja, das kann man sicher so sagen. Vulnerable Ältere haben ein deutlich erhöhtes Risiko im Vergleich zu jüngeren Menschen. Das Immunsystem von Kindern ist stärker zur Virusabwehr fähig...

Welche Erfahrungen haben Sie gemacht, wenn Sie mit Eltern über Corona-Impfungen sprechen?

Die meisten Eltern wollen vor allem ihre Kinder schützen und das Richtige tun. Es wird sehr deutlich, dass Eltern ausreichend Zeit und Informationen brauchen, um sich für eine Impfung ihrer Kinder zu entscheiden...

Gibt es noch Eltern, die ihre Kinder gar nicht impfen lassen?

Ja, das gibt es immer noch. Bei Eltern mit bestimmten Weltanschauungen halten sich Überzeugungen, dass es für die Kinder wichtig sei, Infektionen durchzumachen. Das wird als Auseinandersetzung mit der Natur verstanden...

Wie gehen Sie im Impfskeptikern oder Corona-Leugnern um?

Ich habe kein Verständnis für Corona-Leugner und Extremisten, die auf Demonstrationen ihre demokratiefeindlichen Ziele durchsetzen wollen. Wichtig ist, aus dieser Situation langfristige Schlüsse zu ziehen. Sinnvoll wäre beispielsweise ein Gesundheitsunterricht an Schulen...

Wie groß ist Ihre Sorge vor einer andauernden Pandemie?

Das Virus überrascht uns immer wieder, weil es sich kontinuierlich verändert. Es ist denkbar, dass sich neue Varianten ergeben, die gefährlicher sind. Deswegen müssen sich möglichst viele Menschen impfen lassen und dem Virus die Chance nehmen, neue Mutanten zu bilden...

Das Gespräch führte Claus Peter Kosfeld

Professor Dr. Jörg Dötsch ist Direktor der Klinik für Kinder- und Jugendmedizin an der Uniklinik Köln und Präsident der Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin. Er ist zugleich Mitglied im Corona-Expertenrat der Bundesregierung. ||

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Vielseitige: Tino Sorge

In der Opposition angekommen ist Tino Sorge offenbar recht schnell. „Regierung kommt vor regieren“, moniert er. „Man muss die Koalition zum Arbeiten ja regelrecht animieren.“ Es geht um die Impfpflicht, für Sorge, CDU-Abgeordneter aus Magdeburg, ist es eine Steilvorlage, dass die Ampel-Parteien keinen gemeinsamen Antrag dazu vorlegen...

Das Interesse von Sorge für Gesundheitsthemen begann nicht erst im Bundestag. Nach dem Abitur und dem Grundwehrdienst schwankte der Magdeburger zwischen einem Studium der Medizin und einem der Rechtswissenschaft. Für schließlich letzteres gab ein Onkel den Ausschlag, selbst erfolgreicher Jurist. Doch die Faszination für Gesundheitsthemen, besonders für den chirurgischen Bereich, blieb. Sorge war nach dem Abi bereits in die Junge Union



»Bei der Frage einer Impfpflicht sollte mehr auf die vulnerablen Gruppen geschaut werden, auf Vorerkrankungen und Alter.«

eingetreten, wurde Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung. In die Politik habe es ihn als Jugendlichen wegen einer persönlichen Angelegenheit gezogen, erzählt er. Die Schließung des heimatischen Jugendklubs drohte, und Sorge machte die Erfahrung, „dass man einiges bewegen kann, wenn man mit den richtigen Leuten spricht. Und dass Politik sich eben gerade mit praktischen Fragen vor Ort beschäftigt.“ Gut für die CDU: Der Jugendklub blieb erhalten, und Sorge kam über die Junge Union in die CDU; die Familie

mit ihrem christlichen Menschenbild habe ihn „ein wenig vorgeprägt“. Nach seinen Juraxamina arbeitete Sorge als Wirtschafts-anwalt und später als wissenschaftlicher Referent in der CDU-Fraktion des Landtags von Sachsen-Anhalt. Von dort wechselte er vier Jahre später in den Lenkungsstab des Landesministeriums für Wissenschaft und Wirtschaft, „wo ich aufgrund der Ressortzuschnitts schon viel mit Gesundheitsthemen zu tun hatte“. Ehrenamtlich fungierte Sorge derweil als Präsident des Bundesschiedsgerichts der Jungen Union, „wo die Qualifikation als Volljurist mit juristischen Staatsexamina nicht von Nachteil war“, so Sorge. Der Unternehmensjurist ist schwer in eine Schablone zu pressen. In der Fraktion befaste er sich viel mit Telematik-Infrastruktur und der elektronischen Patientenakte, ist Landesvorsitzender des Sozialverbands VdK und stimmte 2017 als einer jener 26,9 Prozent aller CDU-Bundestagsabgeordneten für die gleichgeschlechtliche Ehe. Die Vielseitigkeit zeigt sich auch in seiner Mitgliedschaft bei gleich drei Parlamentariergruppen: der deutsch-amerikanischen, der deutsch-chinesischen und der deutsch-russischen. „Das hatte sich interessehalber ergeben“, sagt er. „In der aktuellen Legislaturperiode werde ich dies aber auch rein zeittechnisch neu justieren.“ Dass er nach 2013 und 2017 bei der letzten Bundestagswahl seinen Wahlkreis verlor und über die Landesliste in den Bundestag einziehen musste, schmerze ihn. Aber gleich schaltet er wieder in den Oppositionsmodus: „Nicht die anderen haben gewonnen, sondern wir haben verloren. Wichtig ist, Vertrauen zurückzugewinnen.“ Jan Rübel ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos Stephan Roters

Abonnement Jahresabonnement 25,80 €, für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 €

Mit der ständigen Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte ISSN 0479-611 X

Redaktionsschluss 28. Februar 2022

Anschrift der Redaktion (außer Beilage) Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Druck und Layout Frankfurt Societats-Druckerei GmbH & Co. KG

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für ungelagte Einsendungen wird keine Haftung übernommen.

Chefredakteur Christian Zentner (cz) v.i.S.d.P.

Leserservice/Abonnement Fazit Communication GmbH c/o Cover Service GmbH & Co. KG

Verantwortliche Redakteure Lisa Brübler (lbr) Claudia Heine (che)

Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition Fazit Communication GmbH c/o Cover Service GmbH & Co. KG

Das Parlament ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung Das Parlament wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Ein kleiner Junge musste herhalten für den ersten erfolgreichen Impfvorsuch gegen die gefürchteten Pocken 1796, hier auf einem Bild die nachgestellte Szene mit dem englischen Landarzt Edward Jenner.

© picture-alliance/akg-images

Kampf gegen Viren und Mythen

GESCHICHTE Impfungen brachten den medizinischen Durchbruch gegen die Seuchen dieser Welt

Die Methode klingt eigentlich zu kühn, um wahr zu sein: Ein Mensch wird absichtlich mit einem abgeschwächten Erreger infiziert, woraufhin der Körper beginnt, eine Immunabwehr aufzubauen und fortan gegen die Erkrankung geschützt ist. Die Geschichte des Impfens ist geprägt von dieser Faszination, aber auch von schweren Fehlschlägen. Neben der Euphorie der Mediziner über Werkzeuge, mit denen Viren und Bakterien als Angreifer sicher und effektiv bekämpft werden können, bleiben Skepsis, Angst, Verschwörungsmethoden und politische Einflussnahme ständige Begleiter von Impfungen, bis hinein in die aktuelle Coronakrise.

Grauenhafte Seuchen wie die Pest, Typhus, Cholera oder die Pocken (Blattern) rafften schon lange vor der neuen Zeitrechnung massenhaft Menschen hinweg oder zeichnen sie schwer für das ganze Leben, darunter viele Kinder. Immer wieder auftretende Epidemien, denen die Menschen machtlos gegenüber stehen, führen früh zu Überlegungen, wie die Bevölkerung geschützt werden könnte.

Dabei spielen zwei Erkenntnisse eine zentrale Rolle: Bestimmte Krankheiten werden von Mensch zu Mensch übertragen, sind also quasi Bestandteil des sozialen Zusammenlebens. Zum anderen zeigt sich, dass manche Menschen, die eine Seuche einmal überstanden haben, nicht noch einmal daran erkranken, sie sind also offenbar immun. Aus diesen Beobachtungen ergeben sich zwei Strategien: die Isolation der Kranken und die gezielte Immunisierung der Gesunden.

Gefürchtete Pocken Impfungen gegen die Pocken sind schon rund 200 Jahre vor der neuen Zeitrechnung aus China und Indien belegt. Die Blattern sind weit verbreitet und gefürchtet, sie führen zu einem qualvollen Tod. Aus Asien stammt die Methode, gesunden Menschen infizierte Pocken-Schorf in die Haut zu ritzen, um sie zu immunisieren. In den meisten Fällen führt die sogenannte Variolation oder Inokulation allerdings zur Erkrankung, im schlechtesten Fall zu einem neuen Ausbruch. Dennoch gelangt die Methode bis nach Europa und wird dort schon Anfang des 18. Jahrhunderts angewendet. Die Pocken (lateinisch: Variola) verbreiten sich über Tröpfcheninfektion oder kontaminierte Gegenstände, der Erreger ist ein Virus. Die Haut der Betroffenen ist übersät mit übel riechenden, hochinfektösen Pusteln, die verschorfen und flächendeckend Narben hinterlassen. Das Robert Koch-Institut (RKI) gibt die Letalität bei Blattern mit 30 Prozent für nicht Geimpfte an. Auch Überlebende tragen schwere Schäden davon, werden blind, taub oder gelähmt. Die Krankheit ist so gefährlich, dass sie heute noch, in geheimen Laboren gezüchtet, als potenzielle terroristische Bedrohung angesehen wird. Wer die Pocken überlebt, hat meist eine lang anhaltende Immunität. Da es auch in Europa

immer wieder zu Pocken-Epidemien kommt, ist eine mögliche Impfung von größtem Interesse. Es dauert allerdings, bis der englische Landarzt Edward Jenner (1749-1823) 1796 die weniger gefährlichen Kuhpocken zur Immunisierung einsetzt und dieses erfolgreiche Verfahren bekannt macht.

Jenner probiert die Pocken-Impfung ungeachtet der Gefahren erstmals an dem achtjährigen Sohn seines Gärtners aus. Er infiziert den Jungen zunächst mit Kuhpocken, was zur Erkrankung führt, und dann mit Blattern, der Junge bleibt gesund. Jenner nennt seine Methode Vaccination nach dem lateinischen Wort für Kuh: vacca.

So fragwürdig die Menschenversuche Jenners sind, begründen sie doch das moderne Impfzeitalter, denn die Immunisierung gegen Pocken verbreitet sich in Europa schnell. Das Königreich Bayern führt 1807 als erster Staat eine Impfpflicht gegen Pocken ein. Nach weiteren schweren Ausbrüchen wird mit der Verabschiedung des Reichsimpfgesetzes 1874 in Deutschland eine allgemeine Pocken-Impfpflicht für Kinder eingeführt, die mehr als hundert Jahre bestehen bleibt.

Wer sich weigert, muss mit Geld- oder Haftstrafen oder einer Zwangsimpfung rechnen. 1980 erklärt die Weltgesundheitsorganisation (WHO) die Pocken nach einer mehr als 3.000 Jahre währenden Seuchengeschichte als bisher einzige Infektionskrankheit offiziell für ausgerottet. 1982 wird die Impfpflicht gegen Pocken in der DDR aufgehoben, ein Jahr später auch in der BRD.

Grippe und Krieg Die Durchsetzung der Impfpflicht ist nur gegen erheblichen Widerstand von Gegnern, Skeptikern und Verschwörungshängern durchsetzbar, die sich teilweise in größeren Gruppen organisieren. So wird schon bald nach Jenners Erfolg das abseitige Gerücht verbreitet, die Verwendung der Kuhpocken würde Menschen in Kühe verwandeln. Dennoch gelangt die Methode des Charakters aufgrund von Impfstoffen aus tierischem Ausgangsmaterial. Manche Impfgegner wittern eine jüdische Weltverschwörung oder die absichtliche Infektion mit anderen Krankheiten. Esoteriker und Naturheilkundler glauben, dass eine naturnahe Lebensweise alle Impfungen überflüssig macht. Diese Ansicht ist heute noch verbreitet.

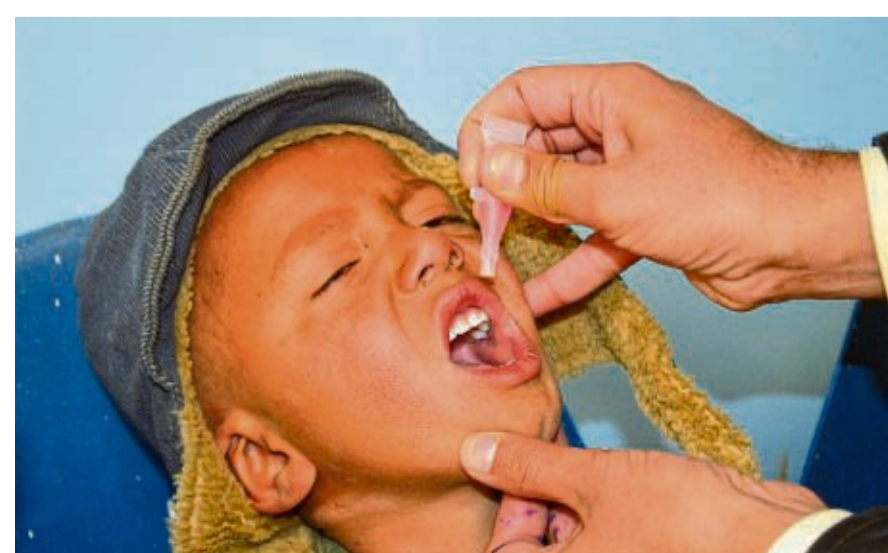
1918 bricht eine katastrophale Grippe-Pandemie aus. Die sogenannte „Spanische Grippe“ verbreitet sich rasant, verläuft in mehreren Wellen und fordert global geschätzt 20 bis 50 Millionen Tote. Zum Vergleich: Im gerade zu Ende gegangenen Ersten Weltkrieg sind rund 17 Millionen Menschen gestorben, darunter 9,5 Millionen Soldaten. Mediziner sind ratlos, zumal die Grippe auch

junge, robuste Erwachsene tödlich trifft. Erst Anfang der 1930er Jahre gelingt es britischen Forschern, das Influenza-A-Virus zu isolieren. Wenig später beginnen klinische Studien mit Impfstoffen gegen Grippe. Ab 1945 steht in den USA eine lizenzierte Grippe-Schutzimpfung zur Verfügung. Grippeviren treten im vergangenen Jahrhundert global in gefährlichen Varianten epidemisch oder pandemisch auf, von der „Asiatischen Grippe“ über die „Hongkong-Grippe“ bis zur „Russischen Grippe“. 2009 wird die „Schweinegrippe“ nachgewiesen und verbreitet sich pandemisch. Grippeviren mutieren ständig, heute werden Influenza-Impfstoffe daher jedes Jahr neu angepasst.

Bei der „Spanischen Grippe“ sterben Betroffene oft nicht an der Virusinfektion, sondern an einer bakteriellen Lungenentzündung als Folge der Erkrankung, und Antibiotika stehen noch nicht zur Verfügung. 1941 wird der erste Patient mit Penicillin behandelt, ab 1956 beginnt in den USA die industrielle Produktion des Antibiotikums. Das Wissen über Viren und Bakterien ist Anfang des 20. Jahrhundert noch wenig entwickelt. Zu der Zeit gibt es nach einer Aufstellung des US-Centers for Disease Control and Prevention (CDC) jedoch bereits Impfstoffe gegen Pocken, Tollwut, Typhus, Cholera und die Pest.

Skepsis, Angst, Mythen und politische Einflussnahme sind ständige Begleiter von Impfungen.

Grausame Versuche Die Nazis sind trotz ihrer Gesundheitsdiktatur hin- und hergerissen zwischen Impfskepsis und der Angst vor einer Schwächung des Militärs durch Infektionskrankheiten. Im Zweiten Weltkrieg ist neben Tuberkulose auch das gefürchtete Fleckfieber ein Problem, eine bakterielle Infektion, die durch Kleiderläuse auf Menschen übertragen wird und oft tödlich verläuft. Die Nazis experimentieren im KZ Buchenwald erfolglos mit fragwürdigen Impfstoffen gegen das Fleckfieber und quälen dabei viele Häftlinge zu Tode. Heute werden Antibiotika gegen Fleckfieber und Tuberkulose eingesetzt, einen wirksamen Impfstoff gibt es nicht, oder er wird nicht empfohlen.



Die Schluckimpfung gegen Polio ist weltweit ein Erfolg.

© picture-alliance/Photoshot

Kampf der Systeme Nach dem Krieg werden Impfungen zum Instrument im Kampf der politischen Systeme, wobei der Osten auf die Impfpflicht setzt, der Westen auf Freiwilligkeit, mit Ausnahme der Pocken-Impfung. Der Historiker Malte Thießen schreibt: „Während des Kalten Krieges eröffnet der Wettbewerb um die bessere Vorsorge eine Arena, in der Bundesrepublik und DDR um das bessere Gesellschaftsmodell streiten.“ Nach einem erweiterten, freiwilligen Vorsorgeangebot in den 1950er Jahren verpflichtet die DDR ihre Bevölkerung Anfang der 1960er Jahre zur umfassenden Immunisierung. Der DDR-Impfkalender, schreibt Thießen, sieht bis zu 17 Pflichtimpfungen bis zum 18. Lebensjahr vor, darunter gegen Poliomyelitis, Tetanus, Tuberkulose, Masern und Keuchhusten (Pertussis). Das Motto lautet: „Sozialismus ist die beste Prophylaxe.“

Insbesondere die Kinderlähmung, die in den 1960er Jahren gehäuft auftritt, wird im Systemkampf instrumentalisiert. Polio ist eine hochansteckende Viruserkrankung, die zu Lähmungen der Arme, Beine und der Atmung führen kann, nicht nur bei Kindern. In der DDR wird die Polio-Impfung 1961 Pflicht, im Westen bleibt es bei einer Empfehlung. Dort steigen die Fallzahlen so besorgniserregend an, dass die DDR der BRD sogar Impfhilfe anbietet, was die Regierung allerdings ablehnt. Viele schwer kranke Kinder mit Atemlähmungen müssen in die „Eiserne Lunge“, es stehen aber zu wenige Geräte bereit, die Folge ist die berüchtigte Triage, das Überleben wird zur Glücksache.

1874 wird in Deutschland eine allgemeine Pocken-Impfpflicht für Kinder eingeführt.

Die erste wirksame Impfung gegen Polio wird 1955 in den USA von dem Mediziner Jonas Salk entwickelt. Der Virologe Albert Bruce Sabin bringt Jahre später eine erfolgreiche Schluckimpfung auf den Markt. Eine Aufklärungskampagne mit dem Slogan „Schluckimpfung ist süß, Kinderlähmung ist grausam“ führt schließlich auch im Westen Deutschlands zum Erfolg. Heute gilt Polio in Deutschland als ausgerottet, nicht aber global.

In der DDR besteht ab den 1960er Jahren für Kinder auch eine Impfpflicht gegen Diphtherie, den berüchtigten „Würgengel der Kinder“. Die hochansteckende bakterielle Infektionskrankheit führt zu Ersticken und Anfall. Viele Kinder sterben, bis der Mediziner Emil von Behring (1854-1917) eine Therapie aus Blutserum entwickelt. Zunächst steht nur eine Passivimpfung gegen Diphtherie zur Verfügung, ab 1923 eine sichere und effektive aktive Schutzimpfung. Behring bekommt rührende Dankesbriefe geschickt. In einem heißt es: „Es ist einer gekommen, den hat der Himmel auf die Stirn geküsst.“ Behring wird 1901 für die Serumtherapie mit dem ersten Nobelpreis für Medizin geehrt.

Während in den 1980er Jahren todbringende Krankheiten wie die Pocken oder Polio durch Impfungen eliminiert werden können, taucht eine neue, verheerende Seuche auf: das Humane Immundefizienz-Virus (HIV). Schwerwiegende Symptome der Infektion werden erstmals in den USA unter schwulen Männern registriert, die Krankheit bekommt daher 1981 vorübergehend die Bezeichnung GRID für Gay Related Immuno Deficiency. Ein Jahr später, als klar wird, dass nicht nur Schwule betroffen sind, wird der Name AIDS (Acquired Immuno Deficiency Syndrom) eingeführt. 1983 wird das HI-Virus (HIV-1) erstmals isoliert.

Nach Angaben der Vereinten Nationen sind bis heute rund 36 Millionen Menschen an AIDS gestorben, etwa 38 Millionen Menschen leben mit HIV. Eine Impfung gegen HIV/AIDS gibt es nicht, dafür aber Medikamente, mit denen das Fortschreiten der Krankheit verzögert oder aufgehalten werden kann. Die Therapie ist aber nicht für alle Betroffenen zugänglich oder erschwinglich. Abgesehen davon werden AIDS-Kranke über viele Jahre stigmatisiert. Es dauert lange, bis sich Toleranz, Aufklärung und Fakten durchsetzen.

Seit Beginn der Massenimpfungen kommt es bei allen durchschlagenden Erfolgen immer wieder zu Rückschlägen und unerwarteten Nebenwirkungen, die das Impfen vorübergehend in Verruf bringen. Dabei spielen neben Produktionsfehlern auch Übereifer und unzureichende Qualifikationen eine Rolle. In Erinnerung geblieben ist exemplarisch das Impfunglück von Lübeck 1930. Zu

der Zeit ist die Lungenkrankheit Tuberkulose verbreitet, die in vielen Fällen tödlich verläuft. Robert Koch (1843-1910) entdeckt zwar 1882 den Erreger, das Mycobacterium tuberculosis, schafft es aber nicht, eine Therapie zu entwickeln. Sein „Tuberkulin“ erweist sich als Fehlschlag.

Nebenwirkungen Dafür entwickeln die Franzosen Albert Calmette und Camille Guérin einen abgeschwächten Lebendimpfstoff, der wegen mangelnder Wirksamkeit in Deutschland aber umstritten ist. Dennoch entscheiden sich der Lübecker Krankenhausdirektor Georg Deycke und der Leiter des dortigen Gesundheitsamtes, Ernst Altstaedt, die Schluckimpfung anzubieten. Durch die gemeinsame Lagerung in einem Labor werden die Impfstoffe mit ansteckenden Tuberkulosebakterien kontaminiert. In der Folge erkranken viele Kinder, 77 sterben an „Fütterungstuberkulose“. Später werden die Verantwortlichen vor Gericht gestellt und verurteilt. Der Fall wird 1964 sogar verfilmt.

Auch mit Beginn der Polio-Impfungen 1955 kommt es in den USA durch Mängel bei der Herstellung zu einem schweren Zwischenfall, nachdem aktive Polioviren in den eigentlich inaktivierten Impfstoff gelangten. Dadurch werden zahlreiche Kinder schwer geschädigt. Das nach dem Hersteller benannte Cutter-Unglück löst auch in Deutschland vorübergehend große Bedenken gegen Impfungen aus.

Die Bedenken sind längst gewichen, der Impferfolg ist allzu offenkundig. Um die Bevölkerung mit Impfterminen nicht zu überfordern, werden heute Kombinationsimpfungen angeboten, mit denen eine gleichzeitige Immunisierung gegen mehrere Krankheiten möglich ist. Von der Ständigen Impfkommission (Stiko) empfohlen wird für Kleinkinder der sechsfach-Impfstoff gegen Diphtherie, Tetanus, Polio, Pertussis, Haemophilus influenzae Typ b (Hib) und Hepatitis B.

Gängig ist auch die Kombi-Impfung gegen Masern, Mumps und Röteln (MMR). Eine Vierfach-Impfung schützt zusätzlich gegen Windpocken (MMRV). Seit März 2020 gilt in Deutschland eine indirekte Impfpflicht gegen Masern für Kinder vor Eintritt in Kitas oder Schulen sowie für Personal in Gemeinschaftseinrichtungen. Eine Impfung gegen mehrere Infektionskrankheiten, darunter Masern und Tetanus, ist auch für Soldaten verpflichtend.

Medizinhistoriker gehen davon aus, dass mit Impfungen mehrere hundert Millionen Leben gerettet werden konnten. So erfolgreich Impfungen in der langjährigen Betrachtung auch sind, die Methode leidet unter dem Vergessen. Wenn eine Krankheit erst einmal unter Kontrolle ist, geraten Furcht und Not schnell aus dem Blick. Epidemiologen warnen jedoch: Neue Erreger warten auf ihren Durchbruch, und bekannte Infektionen können wieder zurückkommen.

Claus Peter Kosfeld

DIE BUNDESPRÄSIDENTEN

Theodor Heuss
1949 bis 1959



Jahrgang 1884, baute der liberale Abgeordnete der Weimarer Zeit und erste FDP-Vorsitzende als Staatsoberhaupt Brücken in einer Zeit, die der jungen Bundesrepublik noch mit viel Misstrauen begegnete.

Heinrich Lübke
1959 bis 1969



Auch Lübke, 1894 geboren, war bereits in Weimarer Zeit Mitglied des Reichstags – als Parlamentarier der Zentrumspartei.

Nach 1949 CDU-Bundestagsabgeordneter, war er ab 1953 Bundeslandwirtschaftsminister.

Gustav Heinemann
1969 bis 1974



Weil er die Wiederbewaffnung nicht mittragen wollte, überwarf sich Heinemann als CDU-Innenminister mit der Regierung Adenauer.

SPD-Mitglied, wurde er 1966 Justizminister. Heinemann, mit 69 Jahren ins höchste Staatsamt gewählt, verstand sich als „Bürgerpräsident“.

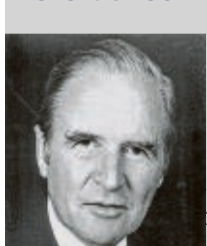
Walter Scheel
1974 bis 1979



1969 hob er als FDP-Chef mit seinem SPD-Kollegen Willy Brandt die sozialliberale Koalition aus der Taufe.

Brandt betrieb er anschließend mit diesem die Entspannungspolitik.

Karl Carstens
1979 bis 1984



Bevor der Jurist 1972 mit 57 Jahren für die CDU in den Bundestag zog, war er Diplomat und hoher Beamter.

Im Parlament zwischen 1973 und 1976 Unions-Fraktionschef, wurde er anschließend Bundespräsident.

Richard von Weizsäcker
1984 bis 1994



1920 geboren, hielt er seine berühmteste Rede 1985 zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges.

„Tag der Befreiung“ und vom menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft sprach. Ab 1969 CDU-Bundestagsabgeordneter, wurde Weizsäcker 1981 Regierender Bürgermeister von Berlin.

Präsidentenkür im Ausweichquartier

BUNDESVERSAMMLUNG Mit 1.472 Mitgliedern größer denn je, tagt das Verfassungsorgan am 13. Februar Corona-bedingt im Paul-Löbe-Haus

Dass die Bundesversammlung als Staatsoberhaupt der Bundesrepublik nicht im Plenarsaal des Bundestages wählt, ist alles andere als ein Novum: Tagte sie 1949 noch im Bonner Bundeshaus, kam sie danach von 1954 bis 1969 vier Mal in der Berliner Ostpreußenhalle zusammen...

Landtagen bestimmte Wahlleute Platz finden. Und da die Zahl der Mandatsträger auf Bundesebene bei den seitherigen Bundestagswahlen um 106 gestiegen ist, sind nun 212 zusätzliche Mitglieder der Bundesversammlung unterzubringen.

Rein rechnerisch winkt dem Amtsinhaber ein Spitzenergebnis. Seit der letzten Präsidentenwahl von 2017 haben Bundestags- und Landtagswahlen die Zusammensetzung der Bundesversammlung neu bestimmt.

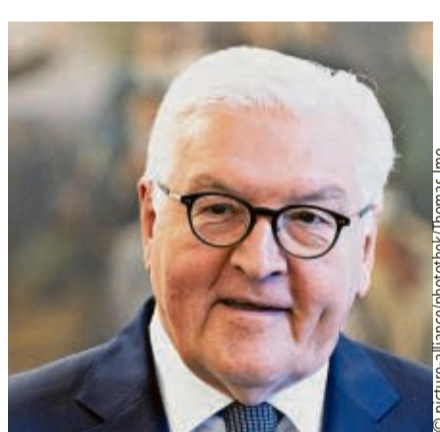
Rein rechnerisch winkt dem Amtsinhaber ein Spitzenergebnis.



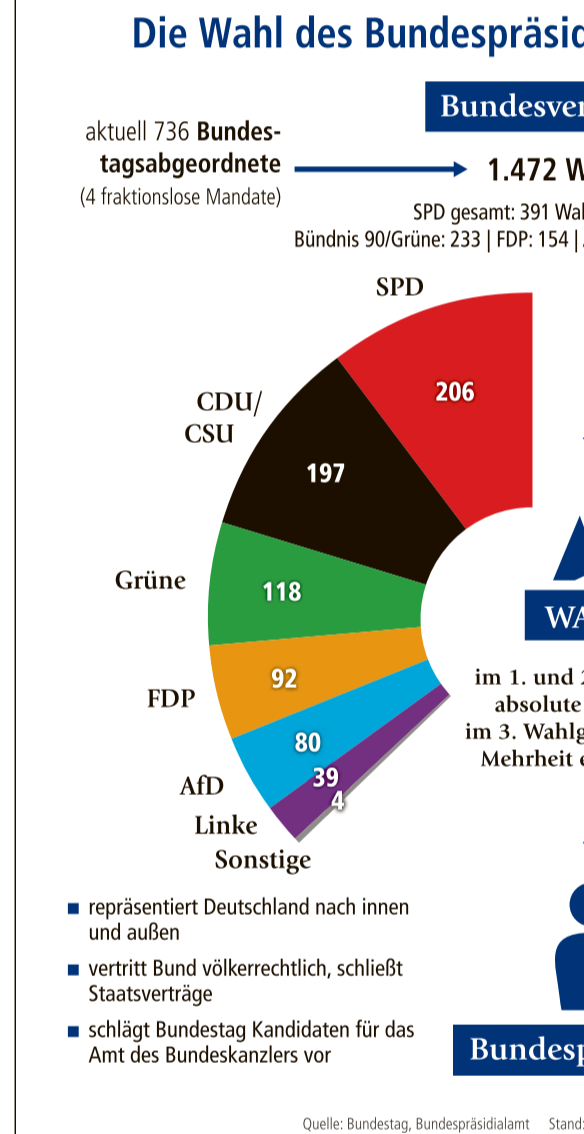
Die Halle des Paul-Löbe-Hauses des Bundestages, Schauplatz der Bundesversammlung am 13. Februar



Die Präsidenten-Standardtorte Die Standardtorte des Bundespräsidenten wird an dem Amtssitz gebacken...



Frank-Walter Steinmeier (66) Der frühere Kanzleramtschef, Außenminister und SPD-Fraktionschef...



Repräsentant mit »Reservfunktion«

AMT Der Bundespräsident verkörpert die Einheit des Staates. Er wirkt vor allem durch die »Kraft des Wortes«, doch reichen seine Kompetenzen weiter

Fast zwei Monate waren schon seit der Bundestagswahl vom September 2017 vergangen, als FDP-Chef Christian Lindner in der Nacht zum 20. November die Sondierungsgespräche mit CDU, CSU und Grünen über die Bildung einer Jamaika-Koalition für gescheitert erklärte.

Dies liegt nicht zuletzt an den Erfahrungen der Weimarer Republik, deren Verfassung dem Reichspräsidenten eine starke Stellung zwies. Direkt vom Volk gewählt, stellte er ein Gegengewicht zum Reichstag dar.

Im Krisenfall ist er zu politischen Leitentscheidungen berufen. In der Praxis bevollmächtigt er ein Regierungsmitglied zur Abgabe völkerrechtlich verbindlicher Erklärungen.

Im Gesetzgebungsverfahren werden die Bundesgesetze vom Bundespräsidenten ausfertigt und im Bundesgesetzblatt verkündet, nachdem er geprüft hat, ob sie nach den Vorschriften des Grundgesetzes zustande gekommen sind.

Mehrheit für die Wahl ins höchste Staatsamt. Wenngleich es rechnerisch keine Zweifel an Steinmeiers Wahl gibt, wird das Wahlergebnis mit großem Interesse beäugt werden.

»Vom Vertrauen einer größeren Zahl von Volksvertretern getragen«

WAHLGREMIIUM Bundestag lehnt Direktwahl des Staatsoberhauptes ab. Schon der Parlamentarische Rat wollte keinen »plebiszitären Präsidenten«

Für Philipp Amthor (CDU) war es kein Zufall, dass der Bundestag am Freitag in seiner letzten Sitzung vor der Bundespräsidentenwahl am 13. Februar über einen AfD-Vorstoß zur Einführung einer Direktwahl des Staatsoberhauptes statt durch die Bundesversammlung (20198) debattierte: Die AfD wolle so die Bundesversammlung und den Bundespräsidenten delegitimieren, sagte Amthor. Dabei habe die Bundesversammlung die „breiteste Legitimation aller Staatsorgane“, und eine Direktwahl des Präsidenten wäre ein „erheblicher Eingriff in das Kompetenzgefüge des Grundgesetzes“.

Auch Elisabeth Kaiser (SPD) warnte, dass das Verfassungsgefüge der Bundesrepublik bei einer Direktwahl ihres Staatsoberhauptes „ins Wanken“ käme, da der Bundespräsident dann „genauso machtvolle Entscheidungskompetenzen“ wie der gleichfalls direkt gewählte Bundestag haben müsse. Dies stehe in einem klaren Widerspruch zu der im Grundgesetz definierten Rolle des Staatsoberhauptes. Eine Direktwahl des Präsidenten, mit der nach den Vorstellungen der AfD keine Ausweitung seiner bisherigen Befugnisse verbunden sein soll, würde wiederum ohne erweiterte Kompetenzen Politikverdrossenheit in der Bevölkerung schüren, da die politische Entscheidungsmacht beim Parlament und der Regierung bliebe. Leon Eckert (Grüne) ergänzte, die AfD-Vorlage schaffe eine „reine Pseudo-Beteiligung“ der Bürger, womit deren Enttäuschung vorprogrammiert wäre. Ebenso äußerte sich Stephan Thomae (FDP): Würde das Präsidentenamt, das kei-

ne gesetzgeberische, ausübende oder recht-sprechende Gewalt habe, durch eine „besondere Legitimation“ zusätzlich aufgeladen, entstünde auch eine besondere Erwartungshaltung an das Amt, die enttäuscht werden müsse.

André Hahn (Linke) argumentierte, dass das Amt des Bundespräsidenten „aus guten, auch historischen Gründen vor allem repräsentativ“ sei. Zugleich sei das Staatsoberhaupt durch die Bundesversammlung als gemeinsames Gremium von Bundestag und Länderparlamenten legitimiert.

Stephan Brandner (AfD) betonte dagegen, die vorgeschlagene Direktwahl wäre ein „demokratischer Sprung nach vorn, gestützt von 70 Prozent der deutschen Bevölkerung“. Auch in dem AfD-Gesetzentwurf, der mit den Stimmen der Koalition sowie der Union und der Linken abgelehnt wurde, wird auf eine Umfrage vom Juni 2016 verwiesen, bei der fast 70 Prozent der Befragten eine Direktwahl des Bundespräsidenten befürworteten.

Dabei flackert die Diskussion über eine solche Direktwahl immer wieder auf, schon im Parlamentarischen Rat, der 1948/49 das Grundgesetz ausarbeitete, wurde darüber debattiert. Dennoch entschieden sich die Väter und Mütter des Grundgesetzes anders: „Der Bundespräsident wird“, so steht es in Artikel 54 der Verfassung, „von der Bundesversammlung gewählt“. Warum aber das Staatsoberhaupt durch eine nur zu diesem Zweck einzuberufende Versammlung gewählt wird, war vor bald 75 Jahren bei den Beratungen über das Grundgesetz so unumstritten

nicht. Gleiches galt für die Frage, warum die Bundesrepublik überhaupt einen doch weitgehend auf repräsentative Aufgaben beschränkten Bundespräsidenten braucht. Die Sehnsucht nach einem „Ersatzkaiser“, der nach dem Sturz der Monarchie mit dem 1919 geschaffenen Amt des Reichspräsidenten noch Rechnung getragen worden war, schien nach den schlechten Erfahrungen der Weimarer Republik mit ihrem Nebeneinander von Präsidialsystem und parlamentarischer Demokratie diskreditiert. Stattdessen wurde bei den Beratungen über „Richtlinien für ein Grundgesetz“ 1948 auf der Insel Herrenchiemsee erwogen, angesichts des „provisorischen Charakters“ der zu schaffenden staatlichen Ordnung „die Aufgaben des Staatsoberhauptes einem „Bundespräsidium“ zu übertragen.

Zwar machte sich in der Expertenrunde nur eine Minderheit für ein solches Dreierkollegium aus Bundestagspräsident, Bundesratspräsident und Bundeskanzler mit regelmäßig wechselndem Vorsitz stark, doch griffen die Sozialdemokraten den Vorschlag bei der Ausarbeitung der Verfassung im Parlamentarischen Rat wieder auf. Aus ihren Reihen kam auch der Gedanke, auf eine solche Institution ganz zu verzichten und stattdessen „für das Provisorium des Grundgesetzes“ dem Bundestagspräsidenten die Funktionen des Staatsoberhauptes zu übertra-

gen – so wie vier Jahrzehnte später ja auch in der Endphase der DDR die damalige Volkskammerpräsidentin Sabine Bergmann-Pohl als Staatsoberhaupt fungierte. Der Parlamentarische Rat indes entschied sich gleichwohl dafür, die Staatsspitze mit einer eigens zu wählenden Persönlichkeit zu besetzen. Die CDU argumentierte, dass „ein gut funktionierender Bundesstaat grundsätzlich auch eines Bundespräsidenten“ zur Repräsentation nach innen und außen bedürfe; auch könne ein solcher Präsident „der moralische Repräsentant der Volkseinheit“ sein. Und für die FDP warnte Theodor Heuss vor dem „Provisorium eines Direktoriums“. Das würde „in der Bevölkerung gleich wieder so ausgedeutet (...)“: Man will also die verschiedenen Leute und Parteien mit daran beteiligt haben.“

Angesichts der Lehren aus der Weimarer Republik wurde das Bundespräsidentenamt mit deutlich geringeren Kompetenzen ausgestattet als zuvor der Reichspräsident. Aus denselben Gründen wurde auch die Direktwahl des Staatsoberhauptes, die einige FDP-Vertreter im Parlamentarischen Rat zur Diskussion stellten, dort schließlich von allen Fraktionen abgelehnt.

Das künftige Staatsoberhaupt sollte sich gleichwohl auf ein „breites Fundament“ stützen können. Wenn schon kein „plebiszitärer Bundespräsident“ erwünscht sei, ar-

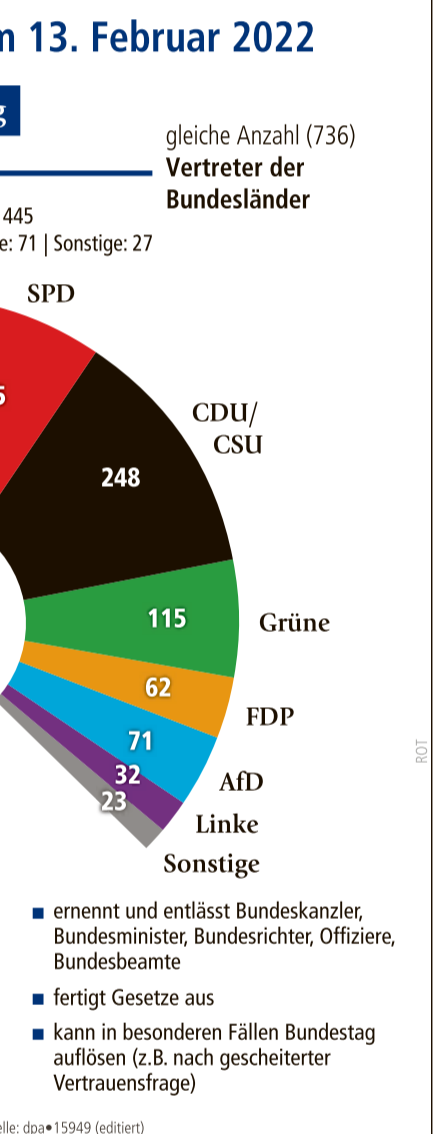
gumentierte im Parlamentarischen Rat der FDP-Politiker Thomas Dehler, solle der erste Mann im Staate doch „vom Vertrauen einer größeren Zahl von Vertretern des Volkes getragen werden“.

Schon auf Herrenchiemsee war der Vorschlag aufgekommen, den Bundespräsidenten durch Bundestag und Bundesrat wählen zu lassen. Unterstützung fand dies im Parlamentarischen Rat bei Unions-Vertretern, die die Länderkammer an der Präsidentenwahl beteiligt sehen wollten. Das aber stieß bei Sozial- und Freidemokraten auf Ablehnung mit der Begründung, es sei „eines freien Staates unwürdig“, dass die Wähler des Staatsoberhauptes „nach Instruktionen ihrer Landesregierungen handeln“. Eine echte Wahl setze voraus, „dass die Wähler ihre Stimmen nach bestem Wissen und Gewissen abgeben“. Schließlich kam es zur Idee einer „Bundesversammlung“ von gewählten Vertretern des Bundes und der Länder – eine „persönliche Erfindung“ von Theodor Heuss, der dann von diesem Gremium als erster ins höchste Staatsamt gewählt werden sollte.

Damit nun aber der Bundesrat bei der Kür des Staatsoberhauptes nicht gänzlich außen vor bleiben muss, wies die Verfassungsmütter und -väter der Länderkammer wenigstens eine Art Zeugenrolle bei der Vermeidung des neu Gewählten zu. Aus diesem Grunde leistet jeder Bundespräsident bei Antritt der neuen Tätigkeit seinen Amtseid, wie es in Artikel 56 des Grundgesetzes vorgeschrieben ist, „vor den versammelten Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates“.

Helmut Stoltenberg ■

Die Bundesversammlung war eine »persönliche Erfindung« von Theodor Heuss.



Das Schloss Bellevue in Berlin ist erster Amtssitz des Bundespräsidenten.

Alibifrauen, Abstimmungskrimis, Angehörige

RÜCKBLICK Mal absehbar, mal spannend: ein Streifzug durch 16 Bundesversammlungen. Kandidatinnen standen stets auf verlorenem Posten

Noch nie hat ein amtierender Bundespräsident erneut zur Wahl gestanden, ohne im Amt bestätigt zu werden. Auch der aktuelle Amtsinhaber Frank-Walter Steinmeier kann am 13. Februar mit einer breiten Mehrheit rechnen. Freilich kandidierten von seinen elf Amtsvorgängern lediglich vier für eine erneute Amtsperiode – die dann nur zwei vollständig absolvierten.

Dabei hatte Heinrich Lübke, der zweite Bundespräsident, von seiner zweiten Amtszeit immerhin schon mehr als vier Jahre absolviert, als er 1968 seinen vorzeitigen Abschied zum 30. Juni 1969 ankündigte, zehn Wochen vor Ablauf der regulären Amtsdauer. Bei Horst Köhlers Demission im Jahr 2010 dagegen waren nur gut 13 Monate seit seiner Bestätigung im höchsten Staatsamt vergangen, das er seit 2004 bekleidete. Mit mehr als sechs Jahren hatte Köhler zumindest deutlich länger amtiert als sein 2010 gewählter Nachfolger Christian Wulff, der nach gut 20 Monaten zurücktrat. Damit musste 2012 erneut eine Bundesversammlung vorzeitig einberufen werden; es war die dritte in weniger als drei Jahren – das hatte es noch nicht gegeben. Eine Premiere anderer Art bot Köhlers Wiederwahl 2009, als mit ihm und seiner SPD-Herausforderin Gesine Schwan erstmals zwei Kandidaten antraten, die schon bei der vorherigen Bundesversammlung zur Wahl gestanden hatten. Wie 2004 gewann Köhler auch 2009 – jeweils von Union und FDP nominiert – im ersten Wahlgang. Zugleich erinnerte die Konstellation von 2009 an die spannendste aller bisherigen

Bundesversammlungen: die vom 5. März 1969. Damals regierten wie 2009 Union und SPD zusammen, liefen aber bei der Präsidentenwahl zwei Kabinettsmitglieder gegeneinander kandidieren: CDU-Mann Gerhard Schröder (nur namensgleich mit dem späteren Kanzler), erst Innen-, dann Außen-, dann Verteidigungsminister, und Justizminister Gustav Heinemann, einst selbst CDU-Innenminister und mittlerweile Sozialdemokrat. Erst im dritten Wahlgang gewann Heinemann mit 50,0 Prozent der abgegebenen Stimmen. Den Ausschlag gab die FDP, die den ersten SPD-Politiker ins höchste Staatsamt wählte – Verbote der sozialliberalen Ära.

Nicht jede Bundesversammlung bot einen solchen Krimi. 1979 und 1984 etwa war das Ergebnis von vornherein klar, da die Union die absolute Mehrheit in dem Gremium hatte. Da half es der SPD 1979 nichts, mit Ex-Bundestagspräsidentin Annemarie Renger erstmals eine Frau ins Rennen zu schicken. Seitdem standen zwar bei Bundesversammlungen neben insgesamt 16 Männern auch sieben weitere Frauen zur Wahl, doch waren diese allesamt von vornherein gänzlich oder doch weitgehend chancenlos.

Obleich Renger von 1972 bis 1976 bereits als erste Frau an der Spitze des Bundestages Geschichte geschrieben hatte, war sie 1979

für ihre Partei nur „zweite Wahl“: Ursprünglich hatte die SPD die Kandidatur dem Physiker und Philosophen Carl-Friedrich von Weizsäcker angetragen, der indes abwinkte. Sonst hätte er wohl mit seinem Bruder Richard die Erfahrung einer Niederlage in der Bundesversammlung geteilt.

Richard von Weizsäcker nämlich stand 1974 als Unions-Bewerber auf verlorenem Posten gegen den sozialliberalen Mehrheitskandidaten Walter Scheel. Dafür bekam er dann 1984 auch zahlreiche SPD-Stimmen und 80,9 Prozent. Bei Weizäckers Wiederwahl 1989 gab es zum einzigen Mal keine Gegenkandidaten; er wurde mit 86,2 Prozent bestätigt – ein Wert, den nur Gründungspräsident Theodor Heuss bei seiner Wiederwahl 1954 mit 88,2 Prozent übertraf. Heuss hatte dabei ebenfalls die Zustimmung auch der meisten Sozialdemokraten gefunden; 1949 hatte er sich erst im zweiten Wahlgang gegen SPD-Chef Kurt Schumacher durchgesetzt.

„Pfui“-Rufe gab es 1954 bei Bekanntgabe des Wahlergebnisses, als sich eine Stimme für den als Kriegsverbrecher inhaftierten Karl Dönitz fand, 1945 kurzzeitig Hitlers Nachfolger als Reichspräsident. Dass auf einem weiteren Stimmzettel der damalige Chef des Hauses Hohenzollern als Staatsoberhaupt gewünscht wurde, erregte 36 Jahre nach Ende der Monarchie nur

noch Heiterkeit. Auch auf Kanzler Konrad Adenauer, wie Dönitz und der Kaiser-Enkel gar nicht nominiert, entfiel 1954 eine Stimme.

Für die folgende Präsidentenwahl von 1959 kündigte Adenauer dann zunächst seine Bewerbung an, machte aber drei Wochen vor der Wahl einen Rückzieher, um weiter die „Richtlinien der Politik“ zu bestimmen. Heuss-Nachfolger wurde Heinrich Lübke (CDU). Bei dessen Wiederwahl 1964 verzichtete die SPD – anders als die FDP – auf einen Gegenkandidaten: Die erste Große Koalition kündigte sich an.

Mit vier Gegenkandidaten hatte es dagegen etwa Roman Herzog 1994 zu tun. Als Unions-Bewerber für deren ursprünglichen, dann aber zurückgezogenen Kandidaten Steffen Heitmann angetreten, behauptete sich Herzog gegen den SPD-Mann Johannes Rau erst im dritten Wahlgang – mit Unterstützung der FDP, die ihre Bewerberin Hildegard Hamm-Brücher nach dem zweiten Wahlgang aus dem Rennen nahm. Rau gelang fünf Jahre später der Sprung an die Staatsspitze. Verheiratet mit der Enkelin seines politischen Ziehvaters Heinemann, musste er sich dabei auch gegen dessen von der damaligen PDS nominierten Tochter Uta Ranke-Heinemann durchsetzen, der Tante seiner Frau. Der zweite Sozialdemokrat im höchsten Staatsamt nahm es launig: „An dem Wort ‚Familienbande‘ ist viel Wahres dran“, bemerkte er. Wie Rau und Weizsäcker fand auch Joachim Gauck erst im zweiten Anlauf eine Mehrheit der Bundesversammlung, bei der er 2012 als schwarz-rot-gelb-grüner Kandidat antrat:

79,9 Prozent langten ihm im ersten Wahlgang. 2010 dagegen musste sich Gauck, von SPD und Grünen nominiert, noch Wulffs Mehrheit von Union und FDP beugen, wenn auch erst im dritten Wahlgang.

Nach Gauck konnte 2017 auch Steinmeier auf die Stimmen von SPD, Union, Grünen und FDP zählen. Zu verdanken hatte er dies auch der einstigen Bundessprecherin der Bündnisgrünen und Gauck-Nachfolgerin an der Spitze der Stasi-Untersuchenbehörde, Marianne Birthler. Eigentlich wollte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sie damals als Unions-Kandidatin gegen den SPD-Mann Steinmeier aufstellen – ein schwarz-grünes Signal im Vorfeld der Bundestagswahl 2017. Gut 54 Prozent der Wähler stellten Union und Grüne zusammen in der 16. Bundesversammlung; genug, um erstmals eine Frau an die Spitze der Republik zu wählen. Doch dann sagte Birthler der Kanzlerin kurz vor der Nominierung ab – die damals 68-Jährige fühlte sich gesundheitlich nicht fit genug für das Präsidentenamt – und Merkel stellte sich mit der Union hinter ihren Außenminister Steinmeier.

Der setzte sich prompt im ersten Wahlgang mit großer Mehrheit gegen vier – männliche – Konkurrenten durch. Damit wechselte Steinmeier nicht nur als zweiter Außenminister (nach dem FDP-Mann Scheel) ins Präsidentenamt, sondern war auch der zweite Sozialdemokrat, der 2009 wie Rau 1987 als Kanzlerkandidat eine Niederlage einführte, um dann mit dem höchsten Staatsamt einen anderen Karrieregipfel zu erklimmen.

Helmut Stoltenberg ■

»Pfui«-Rufe erntete 1954 eine Stimme für Dönitz, Heiterkeit eine für den Kaiser-Enkel.

DIE BUNDESPRÄSIDENTEN

Roman Herzog 1994 bis 1999



Der 1934 geborene Staatsrechtler war 1978 bis 1983 CDU-Kultus- und anschließend Innenminister in Baden-Württemberg und gehörte anschließend dem Bundesverfassungsgericht an, dessen Vorsitzender er 1987 wurde. 1996 führte er als Bundespräsident den 27. Januar als Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus ein. 1997 forderte er, dass angesichts verkrusteter Strukturen ein „Ruck“ durch Deutschland gehen müsse – es war die berühmte „Ruck-Rede“.

Johannes Rau 1999 bis 2004



Als erstes deutsches Staatsoberhaupt sprach Rau, Jahrgang 1931, vor der Knesset und bat das jüdische Volk und Israel in deutscher Sprache um Vergebung für die Verbrechen des Holocaust. Die Maxime des langjährigen SPD-Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens – „Versöhnen statt Spalten“ – galt auch für seine Amtszeit im Schloss Bellevue. Rau setzte sich für die Integration ein und verband dies mit dem Plädoyer für eine geregelte Einwanderungspolitik.

Horst Köhler 2004 bis 2010



Seit 1981 CDU-Mitglied und später Chefunterhändler von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU), war der 61-Jährige Volkswirt Geschäftsführer des Internationalen Währungsfonds, als er 2004 als Kandidat von Union und FDP zum Bundespräsidenten gewählt wurde. 2009 im Amt bestätigt, reichte er 2010 überraschend seinen Rücktritt ein. Köhler prägte die Formulierung von Deutschland als „Land der Ideen“, außenpolitisch setzte er sich für Entwicklung und Armutsbekämpfung auf dem afrikanischen Kontinent ein.

Christian Wulff 2010 bis 2012



Mit 51 Jahren zum Staatsoberhaupt gewählt, war der vorherige CDU-Ministerpräsident Niedersachsen der bislang jüngste Bundespräsident und auch derjenige mit der kürzesten Amtszeit. Presseberichte nährten den Verdacht der Vorteilsnahme, im Februar 2012 stand die Aufhebung der Immunität im Raum. Wulff trat daraufhin zurück. 2014 wurde er freigesprochen. In seiner Antrittsrede sprach Wulff von der „bunten Republik“, Akzente setzte er mit seinem Plädoyer für Integration und mit dem Satz, dass auch der Islam inzwischen zu Deutschland gehöre.

Joachim Gauck 2012 bis 2017



Jahrgang 1940 und zu DDR-Zeiten Pastor in Rostock, warnte er 2015 in der Flüchtlingskrise vor einem „Dunkeldeutschland“ der Brandstifter. Außenpolitisch forderte er, dass sich Deutschland „früher, entschiedener und substanzieller“ zur Lösung internationaler Konflikte einbringen solle – und in Sachen Menschenrechte nahm der einstige Beauftragte für die Stasi-Untersuchen gegenüber Russland und China kein Blatt vor den Mund. Auch Kritiker gestehen ihm zu, dem Amt Ansehen zurückgegeben zu haben, das durch die Rücktritte seiner beiden Vorgänger beschädigt worden war.

Frank-Walter Steinmeier seit 2017

Der seit 2017 amtierende Bundespräsident kandidiert am 13. Februar für eine zweite Amtszeit. (Siehe Beiträge links) **sto** ■



Auch im Bundestag gelten in der Corona-Pandemie strenge Vorgaben und Regeln, um die Abgeordneten vor einer Infektion bestmöglich zu schützen.

© picture-alliance/Flashpic/Jens Krick

Wahlprüfer legen los

KONSTITUIERT Die CSU-Parlamentarierin Daniela Ludwig leitet den Wahlprüfungsausschuss des Bundestages. Das neunköpfige Gremium konstituierte sich am vergangenen Donnerstag und wählte die 46-Jährige einstimmig zur Vorsitzenden. Der Wahlprüfungsausschuss muss die rund 2.100 Einsprüche gegen die Gültigkeit der vergangenen Bundestagswahl prüfen. Der Großteil der Einsprüche kommt aus Berlin. Dort war es in mehreren Wahlkreisen unter anderem wegen fehlender Wahlzettel zu langen Warteschlangen vor den Wahllokalen, Stimmabgaben nach 18 Uhr und anderen Unregelmäßigkeiten gekommen. Auch der Bundeswahlleiter hat Einspruch gegen die Durchführung der Bundestagswahl in Berlin eingelegt. Die Entscheidungen des Bundestages zur Gültigkeit werden vom Wahlprüfungsausschuss vorbereitet. Gegen die Entscheidung des Parlaments kann das Bundesverfassungsgericht angerufen werden. **aw II**

AfD scheitert mit Eilantrag

RECHT Die AfD-Fraktion ist vergangene Woche vor dem Bundesverfassungsgericht mit einem Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gegen eine Allgemeinverfügung der Bundestagspräsidentin gescheitert. Die Allgemeinverfügung regelt den pandemiebedingten Zugang zum Plenarsaal und den Ausschüssen. Konkret hatte die Fraktion einen Ausschluss einiger ihrer Mitglieder von der Gedenkstätte am vergangenen Donnerstag verhindern wollen. Da die Tribünen für Ehrengäste genutzt wurden, konnten ungeimpfte Abgeordnete nicht wie bei regulären Sitzungen dort sitzen. Eine Verletzung des freien Mandats sah das Gericht darin jedoch nicht. Die Richter argumentierten unter anderem, dass Abgeordnete in der Regel bei Gedenkstunden nur zuhören, ein „unmittelbarer politischer Austausch“ fände nicht statt. Weiter anhängig ist die von der AfD-Fraktion angestrebte Organstreitklage gegen die Allgemeinverfügung (2 BvE 1/22) sowie eine weitere wegen der Nicht-Besetzung von Ausschussvorsitzenden (2 BvE 10/21). **scr II**

Kommunikatives Desaster

AUFLAGEN RKI-Beschluss und Sonderrolle des Bundestages für Genesene stoßen auf Kritik

Wer mit der Johnson&Johnson-Impfung gegen eine Coronainfektion immunisiert wurde, gilt seit zwei Wochen als ungeimpft und fällt damit nicht mehr unter die 2G-Regelung. Gleiches gilt für von Corona-Genesene, wenn die Erkrankung länger als drei Monate zurückliegt. Quasi über Nacht haben die dem Bundesgesundheitsministerium unterstellten Experten beim Robert-Koch-Institut (RKI) sowie dem Paul-Ehrlich-Institut (PEI) durch geänderte Zahlen auf ihren Internetseiten für Aufregung gesorgt. Johnson&Johnson-Geimpfte brauchen nun zwei statt wie bislang nur eine Impfung. Als genesen gilt man jetzt nur noch drei statt sechs Monate. Übergangsregelungen gibt es nicht. Betroffen von den Entscheidungen sind Millionen von Bundesbürgern. Wie konnte es dazu kommen? Am 13. Januar verabschiedete der Bundestag die „Verordnung zur Änderung der COVID-19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmenverordnung und der Coronavirus-Einreiseverordnung“ (20/390). Danach gelten

künftig sowohl Impfnachweise als auch Genesenennachweise in der Art, wie es auf den Internetseiten von RKI und PEI „unter Berücksichtigung des aktuellen Stands der medizinischen Wissenschaft“ verlaubar wird. Mit Ausnahme der AfD stimmten alle Fraktionen im Bundestag der Verordnung zu (20/414). Einen Tag später, am 14. Januar, nahm der Bundesrat in einer Sondersitzung die Vorlage einstimmig an. Schon am Samstag, dem 15. Januar, machten RKI und PEI ernst und änderten die Regeln. **Heftige Kritik** Der Aufschrei war groß – zuallererst bei den Betroffenen, die Stück für Stück durch Medienberichte von ihrem geänderten Impf- oder Genesenenstatus erfuhren. Brüskiert fühlten sich aber auch einige Unions-Ministerpräsidenten und Gesundheitspolitiker der Unions-Fraktion. Die Änderung führte allen vor Augen, dass sich Bundestag und Bundesrat mit ihrer Zustimmung zu der Verordnung letztlich selber aus dem Spiel genommen hatten. Was aber sagt nun Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) zu dem Chaos? Im Bundestag warb Lauterbach am vergangenen Mittwoch noch engagiert für eine

Impfpflicht. Doch bei der Debatte über den Genesenenstatus am Donnerstag war er nicht zugegen. Im Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ) erklärte er, nicht davon unterrichtet worden zu sein, „dass der Genesenenstatus jenseits der Quarantäneregeln quasi über Nacht auf drei Monate verkürzt wurde“. In der ZDF-Talkshow „Maybrit Illner“ räumte er eine „Kommunikationsfahrlässigkeit“ ein. Einen Bedarf, die Änderung zurückzunehmen oder zumindest Übergangszeiten einzubauen, sieht der Minister nicht. Entscheidungen wie diese werde er auch in Zukunft nicht stoppen. „Die Wissenschaft muss unabhängig bleiben und ist Grundlage meiner Arbeit“, sagte er der FAZ. **Sonderregelung** Hintergrund des verkürzten Genesenenstatus ist die Omikron-Variante. Laut RKI ist die Änderung nötig, „da die bisherige wissenschaftliche Evidenz darauf hindeutet, dass Ungeimpfte nach einer durchgemachten Infektion einen im Vergleich zur Delta-Variante herabgesetzten und zeitlich noch stärker begrenzten Schutz vor einer erneuten Infektion mit der Omikron-Variante haben“. Die Irrungen und Wirrungen rund um die Über-Nacht Entscheidung des RKI gehen aber weiter. Just zu dem Zeitpunkt, als Lauterbach die Abkürzung des Genesenenstatus verteidigte, wurde auf EU-Ebene – mit

den Stimmen der deutschen Vertreter – beschlossen, dass der Genesenenstatus europaweit sechs Monate gültig sein soll. Für öffentliche Irritationen sorgte ein weiteres Kuriosum. Bei Abgeordneten des Bundestages gilt nämlich noch immer der Genesenenstatus von sechs Monaten. Grundlage dafür ist eine vor der RKI-Entscheidung erlassene Allgemeinverfügung von Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD). Der Erlass einer neuen Allgemeinverfügung werde geprüft, heißt es. Aus Sicht der Union ist das auch dringend nötig. Eine solche Sonderregelung sei skandalös und führe zu noch weniger Akzeptanz der Politik in der Bevölkerung, befand Simone Borchardt (CDU) während der Debatte zum geänderten Genesenenstatus. „Sonderregelungen für uns darf es nicht geben“, bestätigte auch Christine Aschenberg-Dugnus (FDP). Die Forderung der AfD-Fraktion nach einer Rücknahme der Änderungen beim Impf- und Genesenenstatus (20/511) stieß indes auf Ablehnung aller Fraktionen. Martin Sichert (AfD) hatte dafür geworben und während der Debatte darauf verwiesen, dass der Bundestag „gegen die

Stimmen der AfD“ eine Website dazu errichtet habe, über elementare Freiheitsrechte der Menschen zu entscheiden. Über Nacht hätten Millionen Menschen diese verloren, beklagte er und urteilte: „So geht es nicht.“ **Veränderte Lage** Matthias Mieves (SPD) warnte hingegen davor, einen klaren Kurs mit einem starren Kurs zu verwechseln. „Ein starrer Kurs würde bedeuten, dass wir alte Maßnahmen beibehalten, obwohl sich die Lage schon wieder komplett verändert hat.“ Die Abgeordnete Borchardt befand hingegen: „Die Umsetzung dieser Verordnung auf diese Art und Weise durchzudrücken, ist absolut inakzeptabel.“ Janosch Dahmen (Grüne) übte den Schulterschluss mit Lauterbach und sagte: „Wir müssen die Menschen schützen, wenn nötig auch sofort und direkt.“ Gleichwohl gelte es, in der Kommunikation besser zu werden. Aschenberg-Dugnus betonte: „Unser Ziel bleibt der Gesundheitsschutz der Bevölkerung, und zwar nach dem jeweiligen Stand der Wissenschaft.“ Ates Gürpınar (Die Linke) warf der AfD vor, lediglich Ängste schüren zu wollen. **Götz Hausding II**

„Wir müssen die Menschen schützen, wenn nötig auch sofort und direkt.“
Janosch Dahmen (Grüne)

„Die Verordnung auf diese Art und Weise durchzudrücken, ist inakzeptabel.“
Simone Borchardt (CDU)

KURZ NOTIERT

Union: Brinkhaus räumt Vorsitz zugunsten von Merz
Ralph Brinkhaus räumt den Posten des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden zugunsten des designierten CDU-Parteivorsitzenden Friedrich Merz. In einem Brief an die Unionsfraktion sprach sich Brinkhaus in der vergangenen Woche für eine Neuwahl des Fraktionsvorsitzenden am 15. Februar aus. Der 53-Jährige hatte das Amt seit September 2018 inne. **aw II**

Das Zentrum ist wieder im Bundestag vertreten
Die Zentrums-Partei ist erstmalig seit 1957 wieder im Bundestag vertreten. Der im Dezember aus Partei und Fraktion der AfD ausgetretene Abgeordnete Uwe Witt erklärte jüngst den Beitritt zu der 1870 gegründeten Partei. Witt hatte die AfD laut Medienberichten aufgrund von „Grenzüberschreitungen“ von AfD-Mitgliedern verlassen. **scr II**

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!
Jetzt auch als E-Paper.
Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
fazit-com@cover-services.de
Telefon 089-8585 3832

Unter 2G-Plus auf dem roten Teppich

BERLINALE Das Filmfestival benötigt erneut höhere Zuschüsse des Bundes. Sorgen bereiten aber auch die Zukunft

Isabelle Huppert, Isabelle Adjani, Juliette Binoche – Frankreichs Filmgöttinnen verzaubern ab dem 10. Februar Berlin. Die Namen von Regiemeistern wie Claire Denis, Francois Ozon und Paolo Taviani versprechen hochkarätige Kinokost. Das Programm der diesjährigen Berlinale hat einen frankophonen Touch, was bei der Zusammensetzung des Auswahlgremiums zu erwarten war. Nicolette Krebitz und Andreas Dresen setzen die deutschen Farbtupfer. Oscar-Preisträger Mark Rylance, Sigourney Weaver und Emma Thompson bringen einen Hauch Hollywood ins graue Berlin. Sieben der 18 Wettbewerbsfilme wurden von Frauen inszeniert. Bei der Zusammenstellung hatte die Jury erneut die Qual der Wahl. 6.755 Titel wurden vorgeschlagen. „Im Auswahlprozess konnten wir feststellen, dass die Freiheit des Kinos – einschließlich der Möglichkeit, Filme auch im Lockdown zu drehen – nichts nützt, wenn die Freiheit des Denkens nicht gegeben ist“, sagt Carlo Chatrion, künstlerischer Leiter der Berlinale. „Die Branche hat uns mit vielen Filmen konfrontiert, die die Geschehnisse im vergangenen Jahr auf eine Weise zeigen, als sei keine andere Entwicklung möglich gewesen.“ Die Spekulation, dass manch künstlerisches Highlight an der Berlinale vorbeigeh, weil die Filmema-

cher eine Online-Edition fürchteten, weist die Berlinale vehement zurück. In der Fachwelt wurde über diese Möglichkeit spekuliert, nachdem Festivals wie Rotterdam oder Sundance ins Netz gingen. Auch Chatrion und Geschäftsführerin Mariette Rissenbeck mussten Abstriche machen und zwischen Filmmarkt und Zuschauern wählen. Sie entschieden sich für die Bewahrung des Rufs als weltweit größtes Publikumsfestival und luden Presse, Oscar-Preisträger Mark Rylance, Sigourney Weaver und Emma Thompson bringen einen Hauch Hollywood ins graue Berlin. Sieben der 18 Wettbewerbsfilme wurden von Frauen inszeniert. Bei der Zusammenstellung hatte die Jury erneut die Qual der Wahl. 6.755 Titel wurden vorgeschlagen. „Im Auswahlprozess konnten wir feststellen, dass die Freiheit des Kinos – einschließlich der Möglichkeit, Filme auch im Lockdown zu drehen – nichts nützt, wenn die Freiheit des Denkens nicht gegeben ist“, sagt Carlo Chatrion, künstlerischer Leiter der Berlinale. „Die Branche hat uns mit vielen Filmen konfrontiert, die die Geschehnisse im vergangenen Jahr auf eine Weise zeigen, als sei keine andere Entwicklung möglich gewesen.“ Die Spekulation, dass manch künstlerisches Highlight an der Berlinale vorbeigeh, weil die Filmema-

In diesem Jahr sind für die Berlinale 10,3 Millionen Euro im Bundeshaushalt eingeplant. Um Einnahmeausfälle auszugleichen und Mehraufwendungen zu schultern, stellt die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien (BKM), Staatsministerin Claudia Roth (Grüne), einen „niedrigen zweistelligen Millionenzuschuss“ in Aussicht. Dass die Kosten momentan noch nicht genau zu beziffern sind, ist nachvollziehbar. Doch solche Ankündigungen wecken Spekulationen zu explodierenden Ausgaben ohne Deckelung, an denen Berlinale und BKM nicht unschuldig sind. Sie verraten nicht, wie hoch die Zusatzförderung aus dem Programm „Neustart Kultur“ im Vorjahr konkret war und bleiben sich nun nicht genau zu Details der Kostenkalkulation schuldig. Ein unverzichtbarer Posten sind die Ausgaben für das ausgeklügelte Sicherheitskonzept. Sonst könnte eine Großveranstaltung mit Tausenden Gästen in Corona-Zeiten zu einem Superspreader-Event werden. Die größte Gefahr lauert in den Fahrten im ÖPNV zu und zwischen den Festivalorten. Nun rächt sich, dass der Traum von einem Festival an einem Standort nach dem Verlust des Cinestar am Potsdamer Platz und der unendlichen Ausdehnung des Programms längst perdu ist.

Viele Kritiker des früheren Festival-Leiters Dieter Kosslick hofften, dass Chatrion die Berlinale entschlackt. Zwei Nebenreihen wurden eingespart, mit den Encounters kam ein neuer Wettbewerb hinzu. Gelungen ist ihm und seinem Team aber die Schärfung des Profils der Reihen. Die Sorgen der Gegenwart überdecken das Bangen um die Zukunft. Mariette Rissenbeck verhandelt momentan die Verträge mit den Spielstätten bis 2025. Wie es danach mit dem Standort Potsdamer Platz weitergeht, steht in den Sternen. Die Mietverträge für den Filmhaus-Komplex mit Filmmuseum, dffb und Arsenal laufen aus. Die ehemalige Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) kündigte 2017 den Neubau eines Filmhauses an. Als bevorzugter Standort wurde der Parkplatz neben dem Gropius-Bau ausgemacht. Doch seit dem Ausscheiden Kosslicks als Berlinale-Leiter fehlt der Mahner. Aus dem BKM gibt es keine Antwort auf die Frage nach dem Planungsstand. Im März hieß es auf Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion, im Moment werde der Raumbedarf ermittelt. Bei den deutschen Planungszeiten verheißt dies nichts Gutes. Insofern hoffen wohl alle, dass die Verträge für das Filmhaus und den Berlinale-Palast verlängert werden können. **Katharina Dockhorn II**

Die deutsche Wirtschaft anzukurbeln, ohne allein auf Exporte zu setzen oder den Klimaschutz zu vernachlässigen, das ist das erklärte Ziel von Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen). „Es ist möglich, den Wohlstand zu erhöhen und gleichzeitig den Schutz des Klimas und der Umwelt nach vorne zu bringen“, sagte er bei der Vorstellung des Jahreswirtschaftsberichts vor den Abgeordneten des Bundestages am vergangenen Freitag. Corona-Pandemie, außenpolitische Krisen und Lieferengpässe machen der deutschen Wirtschaft momentan zu schaffen. Doch es gebe auch Grund zur Hoffnung, sagte Habeck und verwies auf das prognostizierte Wachstum für das laufende Jahr.

Zwar musste der Sachverständigenrat die Prognose im Vergleich zur Herbstprojektion der vorherigen Bundesregierung nach unten korrigieren - von 4,1 auf 3,6 Prozent - doch im zweiten Quartal 2022 soll sich die Wirtschaft auf das Vorkrisenniveau erholen haben.

Steigende Preise Neben den Auswirkungen der Pandemie belasten insbesondere die hohe Inflation von 3,3 Prozent und die steigenden Energiepreise sowohl Unternehmen als auch Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Aufgabe seines Ministeriums bestehe deshalb darin, die Energiepreise zu senken, so Habeck.

„Es geht darum, den Preisanstieg, den wir noch in diesem Jahr erleben werden, sowohl für die Menschen als auch die Unternehmen, zu dämpfen.“ Um das zu erreichen wolle man die EEG-Umlage so schnell es geht abschaffen, man wolle zudem eine Reform der Netzentgelte vornehmen und werde das Marktdesign im Energie- und Strommarkt anpassen müssen, erläuterte Habeck die nächsten Schritte. Steuerentlastungen, wie sie von manchen gefordert würden, seien natürlich theoretisch denkbar, müssten aber zusammenpassen mit anderen Forderungen, so Habeck und meinte damit die Einhaltung der Schuldenbremse.

Neue Messgrößen Dass der Jahreswirtschaftsbericht neben den klassischen Indikatoren wie dem Bruttoinlandsprodukt mit dem Sonderkapitel „Nachhaltiges und inklusives Wachstum – Dimensionen der Wohlfahrt messbar machen“ erstmals auch Bildungsinvestitionen, soziale Gerechtigkeit, Demografie und Integration in die Prognosen mit einbezieht, sorgte insbesondere in den Oppositionsfraktionen von CDU/CSU und AfD für Unverständnis.

In der unsicheren wirtschaftlichen Lage erwarte der Leser des Jahreswirtschaftsberichtes Antworten auf die drängenden Fragen, etwa zur Inflation, sagte Jens Spahn (CDU) nach Habecks Vorstellung. Nur eine wachsende Volkswirtschaft werde die Ressourcen bereitstellen können, die es braucht, um die Energiewende sozial gerecht zu gestalten, so Spahn. „Deshalb können Sie uns nicht weismachen, dass Wachstum per se nicht wichtig wäre.“ Der Minister solle weniger Aufmerksamkeit in „immer neue Kapitel und neue Indikatoren stecken“, sondern mehr Kraft in eine Politik des Wachstums und des Wohlstands des Landes investieren.

Der Christdemokrat vermisst seit der Regierungsübernahme durch die Ampelkoalition eine wirtschaftspolitische Führung und verwies in seiner Kritik unter anderem auf die kürzlich eingestellten KfW-Kredite zur Förderung energieeffizienter Gebäude. Er könne die Empörung über das Einbeziehen neuer Indikatoren in den Jahreswirtschaftsbericht nicht verstehen, sagte der FDP-Abgeordnete Reinhard Houben: Es seien auch in der Regierungszeit der Gro-

Wachstum ohne Schmerz

WIRTSCHAFT Bundestag debattiert über Konjunkturprognosen für 2022. Minister Habeck wirbt für Vereinbarkeit von Wohlstand und Klimaschutz



Die Ampel-Koalition will die Wirtschaft unabhängiger von Rohstoff- und Energieengpässen machen.

© picture-alliance/dpa/Daniel Bockwold

ßen Koalition in einer Enquete-Kommission bereits Fragen der Erweiterung der Themen des Berichts diskutiert worden. Leider seien die Ergebnisse der Kommission dann nie umgesetzt worden, sondern in irgendwelchen Schubladen verschwunden. Die entscheidende Botschaft des Berichts bleibe ohnehin die gleiche, so Houben. Es gehe weiterhin darum, zu schauen, wo man beim Bruttoinlandsprodukt stehe und wie man die Frage des Wohlstands und des wirtschaftlichen Erfolges mit den Fra-

gen nach den ökologischen oder sozialen Folgen des Wirtschaftens versöhne. „Das Bruttoinlandsprodukt bleibt am Ende die Größe, die auch im internationalen Vergleich zeigt, wo die deutsche Wirtschaft steht“, schloss Houben.

Exporte Die Stellung Deutschlands auf dem internationalen Markt ist ein weiterer Punkt, der laut Habeck in Zukunft genauer betrachtet werden soll: Bis zum Jahr 2015 sei die Stärke der deutschen Wirtschaft vor-

allem durch den Export gestützt worden, erläuterte der Minister. Doch diese Stärke sei aufgrund der großen Rohstoff- und Energieabhängigkeit gefährdet. Man brauche also ein ausgewogeneres Wachstumsmodell, das sich auf mehr stützt als auf die reine Exportleistung, auch um die Widerstandsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu erhöhen.

Arbeitsmarkt Immerhin: 3,5 Prozent mehr Geld werden die Arbeitnehmerinnen

und Arbeitnehmer laut der Wirtschaftsprognose in diesem Jahr auf dem Konto haben. Und mehr Menschen werden überhaupt arbeiten können, denn die Arbeitslosigkeit soll von aktuell 5,7 auf 5,1 Prozent sinken.

Zwar habe die Pandemie zu einer „geringeren Beschäftigungsdynamik“ geführt, sagte Habeck. Aber das werde sich nach Abflauen der Pandemie ändern - und gleichzeitig ein weiteres Problem deutlich sichtbar machen: einen „dramatischen Fach- und Ar-

beitskräftemangel“. Dem könne man nur entgegensteuern, indem man mehr Menschen weiterbilde und mehr Zuwanderung organisiere. Es könne sein, dass Deutschland schon im kommenden Jahr in eine Produktivitätslücke gerate, warnte Habeck. Verena Hubertz, (SPD), verwies in ihrem Redebeitrag auf den Mangel von drei Komponenten: Es fehle an Ressourcen, Fachkräften und Zeit. „Wir sind die erste Generation, die bei den Erneuerbaren nach vorne kommen muss“, sagte Hubertz. Der Jahreswirtschaftsbericht zeige aber, dass sich Ökonomie und Ökologie nicht ausschließen müssten. Die Sozialdemokratin betonte zudem, dass der Jahreswirtschaftsbericht endlich den Aspekt der Lohngerechtigkeit zwischen Männern und Frauen berücksichtige. „Es ist einfach ungerecht, dass Frauen immer noch weniger verdienen.“

Soziale Gerechtigkeit Christian Leye von der Fraktion Die Linke sah einen Fortschritt darin, dass im Jahreswirtschaftsbericht erstmals überhaupt die soziale Gerechtigkeit thematisiert werde. Schließlich seien die ungerechten Verhältnisse im Land auch das „Ergebnis der Politik in diesem hohen Hause“, sagte der Abgeordnete bei seiner ersten Rede im Bundestag. Eine Politik der ökologischen Nachhaltigkeit müsse aber auch sozial nachhaltig sein. „Wirtschaftspolitik muss aus der Perspektive von Menschen mit niedrigem Einkommen gedacht werden, um nachhaltig sein zu können“, sagte Leye und forderte die Regierung auf, hohe Einkommen gerecht zu besteuern und die Schuldenbremse des Grundgesetzes aufzugeben.

Doch bei allen Warnungen und den von allen Seiten betonten großen Herausforderungen sieht der Bericht auch Potenzial sowohl den Wohlstand zu mehren als auch den Klimaschutz zu stärken: „Es ist auch ein Bericht der vorsichtigen Hoffnung“, schloss Minister Habeck seine Vorstellung: Man habe viel vor sich, doch der Bericht beweise, dass es möglich sei.

Wie sein Parteikollege blickte deshalb auch Dieter Janecek optimistisch auf den Jahreswirtschaftsbericht und befand, dass es sich um einen kraftvollen Aufschlag der neuen Wirtschaftspolitik handle. Schließlich stehe man vor einem „ruppigen Jahr“ mit großen wirtschaftspolitischen Herausforderungen. Viele Unternehmen bräuchten aufgrund der Folgen der Corona-Pandemie auch weiterhin Unterstützung.

Was aber nicht bedeute, dass man in Zukunft allem nachgebe, was die Industrie fordere. Es gehe immer auch darum, zu schauen, welche Mittel effizient seien. „Das Wirtschaftsministerium ist schließlich nicht die verlängerte Werkbank der Lobbyverbände“, sagte der Grüne Janecek.

„Volksverarmung“ Für die AfD-Fraktion im Bundestag klingt der Jahreswirtschaftsbericht insgesamt „sehr abenteuerlich“. Der Abgeordnete Enrico Komning sagte, der Bericht sei ein Abgesang auf Freiheit, soziale Marktwirtschaft und breiten Wohlstand für die Menschen in Deutschland. Im Koalitionsvertrag stehe der Satz: „Wir stellen die Weichen auf eine sozial-ökologische Marktwirtschaft und leiten ein Jahrzehnt der Zukunftsinvestition ein“, zitierte Komning und ergänzte, dass es richtiger hätte heißen müssen: „Wir stellen die Weichen auf eine unsoziale, öko-religiöse Planwirtschaft und leiten ein Jahrzehnt der Volksverarmung ein.“ Jedes kleine Pflänzchen von Wirtschaftswachstum werde auf Grundlage der Ampel-Wirtschaftspolitik ersticken, prophezeite der AfD-Abgeordnete und bemängelte, dass die Abschaffung der EEG-Umlage nicht ansatzweise das ausgleiche, was man den Menschen mit der Erhöhung der CO-Steuer aus der Tasche ziehe. *Elena Müller*

Vorrang für mehr Tierwohl

LEBENSMITTEL Ampel-Fraktionen legen in einem Antrag ihre Pläne für die zukünftige Agrarpolitik vor

Für Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen) hat sich am vergangenen Donnerstag ein Kreis geschlossen. Vor 20 Jahren war sie die erste Landwirtschaftsministerin der Grünen. Damals waren Fragen der Tierhaltung und Ernährung eher etwas für Experten, heute werden diese Themen in der Mitte der Gesellschaft diskutiert. Nun stellte sie im Bundestag den Antrag (20/491) der Ampel-Fraktionen „Landwirtschafts- und Ernährungspolitik im Aufbruch“ und die Schwerpunkte der zukünftigen Agrarpolitik vor. Noch in diesem Jahr will die Bundesregierung ein verbindliches Tierhaltungskennzeichen umsetzen.

Im falschen System „In einem falschen System kann man nicht die richtige Ernährung organisieren“, sagte Künast. Oberste Priorität habe das Tierwohl, das durch ein verbindliches Tierhaltungskennzeichen noch in diesem Jahr Gesetz werden soll. Ein solches Label, mit dem Verbraucher auf einen Blick erkennen sollen, woher das Fleisch auf dem Teller kommt und unter welchen Bedingungen das Tier gelebt hat, ist seit Jahren im Gespräch. Laut dem vorliegenden Antrag soll nun jedes Steak gekennzeichnet werden, auch der Transportweg und die Schlachtung sollen dokumentiert werden.

Zudem sollen die Ställe vergrößert und tiergerecht umgebaut werden. Mehr Tierwohl bedeutet für die Landwirte höhere Kosten, was auf eine Mehrwertsteuererhöhung für tierische Produkte oder eine nutzerorientierte Fleischabgabe hinauslaufen könnte. Außerdem soll der Anteil des Ökolandbaus bis 2030 auf 30 Prozent erhöht werden, 2020 wurden knapp zehn Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche ökologisch bewirtschaftet. Darüber hinaus soll bis 2023 der Gebrauch und der Verkauf des Unkrautvernichters Glyphosat verboten werden. Ein weiterer Schwerpunkt liegt bei einer neuen Ernährungsstrategie für Kinder und Jugendliche. So soll unter anderem speziell an unter 14-Jährige gerichtete Werbung für ungesunde Lebensmittel verboten werden. Heftige Kritik kam von der Opposition. Albert Stegmann, agrar- und ernährungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, nennt die Agrarpolitik der Ampel „absurd“. Was sich hinter den einzelnen Forderungen konkret verberge, werde nicht benannt. Landwirte und Verbraucher würden

„ratlos zurückgelassen“. Bemerkenswert sei zudem die Forderung im Antrag, dass sich die gesamte Landwirtschaft an den Zielen des Umwelt- und Ressourcenschutzes und des Ökolandbaus auszurichten habe.

Gero Hocker, landwirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, warf der Unions-Fraktion „Breitbeinigkeit“ vor. 16 Jahre habe die Union den Landwirtschaftsminister gestellt, es sei nun an der Zeit, sich ehrlich zu machen, die hohen Produktionsstandards in Deutschland müssten sich in Preis für Lebensmittel widerspiegeln. Luiza Licina-Bode (SPD) betonte, die Jungwähler hätten der Politik den Auftrag erteilt, Tierschutz nicht länger zu behandeln. „Die Verbraucher wollen wissen, was in ihrem Einkaufswagen liegt.“ *Luiza Licina-Bode (SPD)*

»Die Verbraucher wollen wissen, was in ihrem Einkaufswagen liegt.«

Luiza Licina-Bode (SPD)

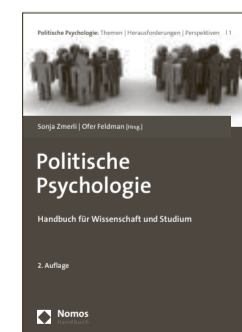
stiefmütterlich Verbraucher wollen wissen, was in ihrem Einkaufswagen liegt“, sagte sie. Der AfD-Abgeordnete Frank Rinck, Mitglied im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, sieht den Antrag als Beleg dafür, dass die Ampelkoalition im Bereich der Agrarpolitik „völlig konzept- und ideenlos“ sei. Weder habe die Regierung eine

Antwort, wie beispielsweise der „unverhältnismäßigen Düngerverordnung“ oder wie den „explodierenden landwirtschaftlichen Produktionskosten“ begegnet werden solle. Ina Latendorf (Die Linke) sagte, ihr fehlten im Antrag die Lösungsvorschläge, wie sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in der Landwirtschaft geschaffen werden sollen: „Dazu steht nichts in dem Papier.“ Renate Künast jedoch wollte sich den Antrag nicht kleinreden lassen. „Machen Sie mit bei der Aufstellung eines neuen Systems!“, rief sie die Abgeordneten zur Zusammenarbeit auf. Nie sei die Bereitschaft der Verbraucher größer gewesen als aktuell, Grundlagen der Ernährung zu verändern.

Unions-Antrag Die CDU/CSU Fraktion brachte am Freitag noch einen eigenen Antrag (20/206) ein. Darin fordert sie die Bundesregierung in Abstimmung mit den Bundesländern auf, bis zur Mitte dieser Legislaturperiode Vorschläge für eine Finanzierung einer nationalen Agrar-Marketingagentur zu entwickeln, die regionale Lebensmittel besser vermarktet. Zudem soll der Export von Agrarprodukten ausgebaut werden. Beide Anträge wurden jeweils zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen. *Nina Jeglinski*

Anzeige

Das Referenzwerk für Politische Psychologie



Politische Psychologie

Handbuch für Wissenschaft und Studium

Herausgegeben von Prof. Dr. Sonja Zmerli

und Prof. Dr. Ofer Feldman

2., aktualisierte und erweiterte Auflage

2022, 475 S., brosch., 68,- €

ISBN 978-3-8487-7629-0

(Political Psychology: Issues, Challenges and Prospects | Politische Psychologie: Themen, Herausforderungen, Perspektiven, Bd. 1)

Politisches Verhalten aus psychologischer bzw. sozialpsychologischer Perspektive zu untersuchen, ist Aufgabe der Politischen Psychologie. Renommierte internationale und deutschsprachige Vertreterinnen und Vertreter der Politischen Psychologie stellen in der 2., aktualisierten und erweiterten Auflage des Handbuchs die thematische Bandbreite dieser Teildisziplin in deutscher Sprache vor.

Nomos
eLibrary nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Nomos

Bereit zur Klage

ETAT 2021 Der Bundestag beschließt den Zweiten Nachtragshaushalt 2021. Die Union will dagegen vor das Bundesverfassungsgericht ziehen



Vorbereitungen laufen: CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt zeigt die unterzeichnete Vollmacht zur Einreichung der Verfassungsklage zum Nachtragshaushalt. Auch die AfD-Fraktion hat verfassungsrechtliche Bedenken.

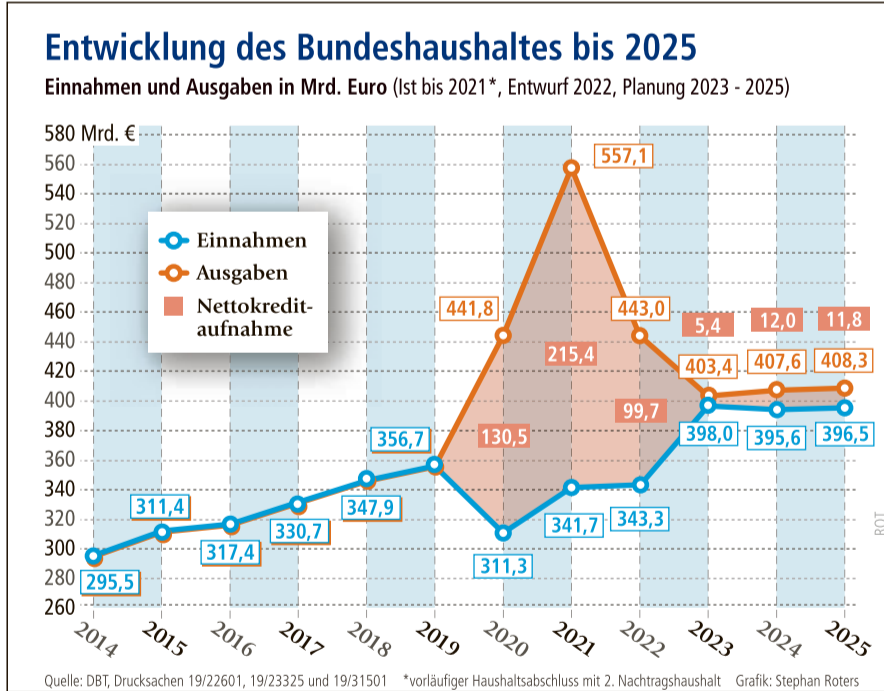
FDP-Haushaltspolitiker Otto Fricke hatte extra Goethe rausgeholt, um die Union von ihrem Vorhaben abzubringen: „Zahlen sind des Haushalters Waffen, nicht die Klage“, sagte Fricke angelehnt an den großen Dichter und Denker. Doch es wird wohl nichts helfen: Die Unionsfraktion will – wie bereits angekündigt – gegen den vergangenen Woche beschlossenen Zweiten Nachtragshaushalt vor das Bundesverfassungsgericht ziehen, in der Fraktion wurden schon entsprechende Vollmachten gesammelt. Kernpunkt des Nachtragshaushalts ist die Verschiebung von Kreditemächtigungen in Höhe von 60 Milliarden Euro aus dem Kernhaushalt in den Energie- und Klimafonds (EKF), einem Sondervermögen des Bundes. Mit diesen Mitteln will die Bundesregierung in den kommenden Jahren klima- und transformationspolitische Vorhaben finanzieren. Laut Bundesregierung soll damit zuallererst ein Beitrag zur Bekämpfung der Corona-Pandemie geleistet werden, um beispielsweise private Investitionen anzureizen. In der Debatte verwiesen Vertreter der Koalition auf die pandemiebedingte Notwendigkeit von Zukunftsinvestitionen. Vertreter von CDU/CSU und AfD zweifelten hingegen erneut an der Verfassungsmäßigkeit des Entwurfs, weil aus ihrer Sicht die geplanten, mit Corona-Krediten zu finanzierenden Investitionen nichts mit der Pandemiebekämpfung zu tun haben. Christoph Meyer (FDP) betonte, dass die Pandemie noch nicht vorbei und die Wachstumserwartungen deutlich nach unten korrigiert worden seien. „Wir kommen nicht so schnell aus der Pandemie-Delle, wie wir müssten, um unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit zu halten“, sagte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der

Liberalen. Er verwies – wie auch andere Redner – darauf, dass auch die unionsgeführte Bundesregierung im zweiten Nachtragshaushalt für das Jahr 2020 Milliarden in die Rücklage des EKF transferiert hatte. Mathias Middelberg (CDU) übte scharfe Kritik. „Wir müssen den Nachtragshaushalt ablehnen, wenn wir unsere Verfassung ernst nehmen“, sagte er. Plan der Koalition sei es, die Schuldenbremse zu umgehen und sich „die Taschen voller Geld zu laden“. Das vorgegebene Ziel, die Pandemie zu bekämpfen, sei eine Ausrede, tatsächlich sollten damit klimapolitische und andere Vorhaben umgesetzt werden. „Das hat mit solider, das hat mit verfassungsmäßiger Haushaltsführung nichts zu tun“, meinte Middelberg.

Dennis Rohde (SPD) sagte, dass es Ziel des Nachtragshaushalts sei, diese Pandemie nachhaltig zu verlassen. „Wir wollen ein Long-Covid für die deutsche Wirtschaft verhindern.“ Der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion warf der Union mangelnde Aufrichtigkeit vor. Mit dem zweiten Nachtragshaushalt 2020 habe die Große Koalition ebenfalls Mittel für mittel- und langfristige Projekte bereitgestellt. Wolfgang Wiehle (AfD) sagte mit Verweis darauf, dass der Nachtrag 2021 Ende Januar 2022 beschlossen wird, es sei der „absurdeste Nachtragshaushalt in der Geschichte dieser Republik“. Die von der Union angekündigte Verfassungsklage begrüßte Wiehle, warf ihr aber eine „kaum zu übertreffen-

de Wendigkeit“ vor. Diese habe seinerzeit „exakt dieselbe Täuschung vollzogen“. Für die Grünen-Fraktion betonte Sven-Christian Kindler, dass die Koalition eine Politik umsetze, „die sich an der konkreten Realität dieser Pandemie und ihrer Folgen orientiert“. Mit dem Nachtragshaushalt und den geplanten Investitionen solle eine „Grundimmunsierung der Volkswirtschaft“ erreicht werden. Nüchtern in der Verfassung stehe, dass man diese notwendigen Ausgaben nicht mit Klimaschutz und Transformation verbinden dürfe, sagte Kindler. Janine Wissler (Linke) vermutete mit Bezug auf die Verschiebung der Kreditemächtigungen in den EKF, dass Finanzminister Lindner gemerkt habe, dass es ohne Kredite nicht gehe. „Es ist immer erhellend, wenn das Weltbild der FDP auf die Wirklichkeit trifft – und dabei in der Regel den Kürzeren zieht“, sagte Wissler. Sowohl den Nachtragshaushalt (20/300, 20/400, 20/401) als auch einen Koalitionsantrag zur Aussetzung der Schuldenbremse (20/505) nahm der Bundestag in namentlicher Abstimmung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Opposition an. Entschließungsanträge der Oppositionsfraktionen fielen jeweils durch.

Vorläufiger Haushaltsabschluss Die Verabschiedung des Nachtrags hatte aus haushälterischer Sicht eine kuriose Note: Denn das darin vorgesehene Soll war schon vom – vorläufigen – Ist eingeholt worden. Der Bund sollte nach just beschlossener Nachtrag rund 572,7 Milliarden Euro ausgeben. Tatsächlich waren es laut vorläufigem Haushaltsabschluss 557,1 Milliarden Euro. Auch die Einnahmen fielen um 9,2 Milliarden Euro höher aus. Damit sank die notwendige Nettokreditaufnahme auf 215,4 Milliarden Euro, 24,8 Milliarden Euro weniger als geplant.



SPD-Bürgermeister machen Druck

VORKAUFRECHT Neuregelung nach Urteil gefordert

Es war die Hoffnung vieler Mieter, die sich in den begehrten Vierteln deutscher Großstädte vor Mietsteigerung und Verdrängung fürchten: das kommunale Vorkaufsrecht. Doch am 9. November vergangenen Jahres setzte das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig dieser Hoffnung ein jähes Ende: In einem aufsehenerregenden Urteil erklärte es das Vorkaufsrecht in der bisher ausgeübten Form für nicht gesetzeskonform. Das sei ein „schwerer Schlag“ für alle Städte mit angespanntem Wohnungsmarkt, klagte damals Ephraim Gothe, Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung im Berliner Bezirk Mitte. Zwar bezog sich das Urteil der Leipziger Richter auf einen konkreten Fall in Berlin. Die Folgen wirken sich aber auf alle deutschen Städte aus. Dementsprechend hat das Thema auch den Bundestag erreicht: Vorgangene Woche debattierte er über einen Antrag (20/236) der Fraktion Die Linke, der die Bundesregierung auffordert, sofort eine gesetzliche Neuregelung in die Wege zu leiten, das die rechtssichere Ausübung des gemeindlichen Vorkaufsrechts wieder erlaubt. „Das ist Kampf gegen Spekulation und Verdrängung erforderlich“, sagte Caren Lay (Die Linke). Das Gemeinwohl müsse Vorrang vor Profit haben.

Mittel gegen Verdrängung Zum Mittel des Vorkaufsrechts griffen Städte wie Berlin, Hamburg und München immer öfter, wenn in einem Gebiet mit einer Erhaltungssatzung – einem sogenannten Milieuschutzgebiet – ein Mehrfamilienhaus zum Verkauf stand. Damit wollten sie verhindern, dass Investoren, die hohe Preise für die Immobilie bezahlen, die Mieten erhöhen und die bisherigen Mieter verdrängen. In der Regel trat dabei nicht die Kommune selbst als Käufer auf, sondern eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft oder eine Wohnungsgenossenschaft. Oft diente das Vorkaufsrecht auch nur als Mittel, um den Investor zum Abschluss einer Abwendungsvereinbarung zu veranlassen, in der er sich verpflichtete, aufwendige Sanierung und Umwandlung in Eigentumswohnungen zu verzichten. Allein in Berlin wurden 2020 durch die Ausübung von Vorkaufsrechten und Abwendungsvereinbarungen rund 4100 Wohnungen „gesichert“, so der Berliner Senat. Doch seit dem Urteil vom November geht das nicht mehr. Denn das Bundesverwaltungsgericht kam zum Schluss, eine Gemeinde dürfe das Vorkaufsrecht nicht deshalb ausüben, weil sie befürchte, dass der Käufer in Zukunft „erhaltungswidrige Nut-

zungsabsichten“ verfolge, also beispielsweise Miet- in Eigentumswohnungen umwandeln könnte. Ausschlaggebend sei allein der gegenwärtige Zustand. Dabei bezogen sich die Richter auf Paragraph 26 des Baugesetzbuches. Darin heißt es, dass die Ausübung des Vorkaufsrechts ausgeschlossen ist, wenn das Grundstück entsprechend den Zielen der städtebaulichen Maßnahme genutzt wird und das darauf errichtete Gebäude keine Mängel aufweist.

Neuregelung gefordert Die Linksfraktion im Bundestag ist nicht die einzige Gruppierung, die seither eine Neuregelung fordert. Auch der Deutsche Mieterbund spricht sich für die Überarbeitung des Baugesetzbuches aus. Noch im November reichte das Land Berlin eine entsprechende Bundesratsinitiative ein, über die noch nicht entschieden ist. Und vergangene Woche starteten Berlin, Hamburg und München (alle mit SPD-Regierung) eine gemeinsame Initiative für eine gesetzliche Neuregelung auf Bundesebene. „Das Vorkaufsrecht ist ein wichtiges Instrument, um Mieterinnen und Mieter vor Spekulation und Verdrängung zu schützen“, sagte Peter Tschentscher, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg.

In der Bundestagsdebatte forderten die Redner der Koalitionsfraktionen die schnelle Erarbeitung einer rechtssicheren Regelung. „Wir nehmen nicht hin, dass ein wichtiges Instrument des Mieterschutzes entfällt“, betonte Claudia Tausend (SPD). Den Antrag der Linksfraktion bezeichnete sie als „eigentlich überflüssig“. Canan Bayram (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte, dass Wohnen keine Ware sei und dass in ihrem Berliner Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg viele Menschen auf ein rechtliches Vorkaufsrecht hoffen. Gute Gesetze bräuchten Zeit, sagte hingegen Rainer Semet (FDP). Er sprach sich dafür aus, die Frage des Vorkaufsrechts im zuständigen Ausschuss zu diskutieren. Grundsätzliche Kritik am Instrument des Vorkaufsrechts übte Lars Rohwer (CDU/CSU). Milieuschutz, forderte er, müsse die absolute Ausnahme sein. Carolin Bachmann (AfD) bemängelte, das Vorkaufsrecht schaffe keinen einzigen Quadratmeter Wohnraum. Die Linksfraktion scheiterte mit ihrem Vorschlag, direkt in der Sache abzustimmen. Alle übrigen Fraktionen sprachen sich für eine Überweisung des Antrags in den Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen aus.

Christian Hunziker

Nur zur Vorsorge

FINANZEN Banken müssen Rücklagen stark erhöhen

Die Immobilienpreise steigen und steigen. Seit 2015 ist der Erwerb einer Immobilie etwa um ein Drittel teurer geworden. Zugleich beginnen die Zinsen für Immobilienkredite zu steigen, wenn auch sehr langsam. Geht das so weiter oder verschärf sich die Entwicklung, könnten Gefahren für die Finanzstabilität entstehen. Vorsorglich hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) daher ein „makroprudenzielles Maßnahmenpaket“ mit strengeren Kapitalanforderungen für die deutschen Banken aufgelegt. 22 Milliarden Euro sollen die Finanzinstitute zurücklegen, um besser gegen Risiken gewappnet zu sein. Das Geld sei bei den Banken vorhanden, ließ die BaFin in der vergangenen Woche die Mitglieder des Finanzausschusses im Bundestag wissen, bei denen das Maßnahmenpaket überwiegend auf Zustimmung stieß. Vertreter von BaFin und Bundesbank erläuterten, nach Analysen des Ausschusses für Finanzstabilität (AFS) und des European Systemic Risk Board (ESRB) hätten sich im

deutschen Finanzsystem Verwundbarkeiten gegenüber negativen wirtschaftlichen Entwicklungen und speziell am Wohnimmobilienmarkt aufgebaut. Als Konsequenz daraus soll der Schutz vor möglichen Verlusten im Krisenfall verbessert werden, indem ab 1. Februar dieses Jahres ein antizyklischer Kapitalpuffer von 0,75 Prozent der risikogewichteten Aktiva auf inländische Risikopositionen bei Banken festgesetzt wird. Der Kapitalpuffer war wegen der Corona-Krise auf 0,0 Prozent gesenkt worden, davor hatte er 0,25 Prozent betragen. Bei der zweiten Maßnahme handelt es sich um einen „sektoralen Systemrisikopuffer für Wohnimmobilienkredite“ in Höhe von zwei Prozent. Auf Fragen von Abgeordneten hieß es, Verknappungen im Markt für Kreditvergaben würden nicht erwartet. Auch würden die Maßnahmen nicht zu einem Zinsanstieg bei Krediten beitragen. Die Bundesbank wies darauf hin, schon vor der Corona-Krise habe es Verschiebungen innerhalb der Banken-Kreditportfolios zu schlechteren Risiken gegeben.

KURZ NOTIERT

Karsten Klein ins Gremium für die Bundesschuld gewählt

Karsten Klein zieht für die FDP-Fraktion als zweites Mitglied in das Gremium gemäß Paragraph 3 des Bundesschuldengesetzes ein. Klein wurde vergangene Woche mit großer Mehrheit gewählt. Das Gremium wird vom Bundesfinanzministerium über alle Fragen des Schuldenwesens des Bundes unterrichtet.

Entwurf für Wirtschaftsplan des ERP-Sondervermögens

Ohne Debatte an den Wirtschaftsausschuss überwiesen hat der Bundestag vergangene Woche das ERP-Wirtschaftsplanengesetz 2022 (20/336). Der Wirtschaftsplan soll der Unterstützung der deutschen Wirtschaft aus dem Sondervermögen des European Recovery Program (ERP) dienen.

Bundesweit große Resonanz

KULTUR Staatsministerin Roth zieht erste positive Bilanz zu Corona-Hilfen

Kulturstatsministerin Claudia Roth (Grüne) bewertet die Corona-Hilfen des Bundes für den Kultursektor als erfolgreich. Vor allem das Programm „Neustart Kultur“ habe sich bewährt, führte die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) in der vergangenen Woche vor dem Kulturausschuss aus. Die Hilfen stießen in der Branche bundesweit auf große Resonanz, sagte Roth. Nach den Angaben Roths sind im Rahmen des Programms „Neustart Kultur“ mehr als 1,5 Milliarden Euro für konkrete Bewilligungen gebunden (Stand Ende 2021). Von den rund 100.000 eingegangenen Anträgen sei die Hälfte bereits bewilligt. Dies entspricht Mitteln in Höhe von mehr als einer Milliarde Euro. Davon seien rund 800 Millionen Euro bereits ausgezahlt worden. Insgesamt hat der Bund seit Frühlingsbeginn 2020 im Rahmen des Neustart-

Programms zwei Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Auch der Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen stöße auf große Resonanz, führte Roth aus. Für die Wirtschaftlichkeitshilfe seien Stand Mitte Januar 2022 rund 24.400 Veranstaltungen registriert worden, für die sich ein maximal mögliches Fördervolumen von etwa 927 Millionen Euro ergebe. Die Wirtschaftlichkeitshilfe kann von Kulturveranstaltungen mit bis zu 2.000 Besuchern in Anspruch genommen werden, deren Besucherzahl pandemiebedingt um mindestens 20 Prozent verringert wird. Für die Ausfallabsicherung seien bislang etwa 2.270 Veranstaltungen mit einem maximal möglichen Fördervolumen von rund 973 Millionen Euro registriert worden. Die Ausfallabsicherung greift bei Kulturveranstaltungen mit mehr als 2.000 Besuchern

im Fall von Absagen oder Verringerung der Besucherzahlen. Es können bis zu 90 Prozent der Einnahmeausfälle ausgeglichen werden. Roth wies darauf hin, dass aktuell auch freiwillig abgesagte Kulturveranstaltungen als pandemiebedingt anerkannt werden und somit Mittel aus dem Sonderfonds beantragt werden können. **Umsatzeinbrüche** Die Staatsministerin betonte, dass die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Kultur- und Kreativbranche enorm seien. Nach einer Analyse des Kompetenzzentrums Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundes habe die Branche 2020 einen Umsatzrückgang von 15,3 Milliarden Euro und 2021 von elf Milliarden Euro zu verkraften gehabt. Je nach Verlauf der Pandemie könnten in diesem Jahr weitere Umsatzeinbußen von bis zu elf Milliarden Euro entstehen.

Kaum ein schöner Land

TOURISMUS Deutschland als Reiseziel wieder beliebter

Dass wieder mehr Menschen Deutschland bereisen – zur Not auch virtuell –, ist das Ziel der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT). Nachdem man noch im Jahr 2019 das zehnte Mal in Folge Rekorde bei den Besucherzahlen verzeichnet habe, habe die Pandemie für massive Einbußen im Bereich Tourismus geführt, berichtete Petra Hedorfer, Vorstandsvorsitzende der DZT, im Ausschuss für Tourismus am Mittwoch. Nach den Lockdowns der vergangenen Jahre ist nun laut Hedorfer jedoch wieder eine steigende Reiselust nach Deutschland bei ausländischen Reisenden zu verzeichnen. Um Deutschland als Ziel noch attraktiver zu machen setze die DZT einerseits auf die Stärke des Landes im Kultur- und Städtetourismus, andererseits aber auch auf den Ausbau des Bereichs Natur und Erholung, speziell bei den Angeboten des Wander-, Rad- und Wellnessurlaubs, erläuterte die

Tourismusexpertin. Unabhängig der Zielgruppe müsse jedoch die digitale Infrastruktur im Tourismus weitaus stärker ausgebaut werden, das habe die Pandemie beispielsweise mit ihrer Nachfrage nach virtuellen Rundgängen, beispielsweise durch Museen, gezeigt. Auch wenn sich der Städtetourismus etwas stabiler halte, so sehe man dennoch auch Potenzial im ländlichen Raum. Hedorfer sagte, dass sich, neben den traditionellen Quellmärkten Niederlande, Österreich und Schweiz unter anderem auch Polen als starker Markt etabliert habe. Es müsse jedoch der Spagat gelingen zwischen der Förderung von Städtereisen einerseits und des Natururlaubs andererseits, so Hedorfer. Deutschland stehe in beiden Bereichen für hohe Qualität und sei insbesondere beim Thema Lebensqualität unter den führenden Ländern.



Emotionale Momente der Gedenkstunde: Die Überlebende Inge Auerbacher erzählt ihre Lebensgeschichte, Bundestagspräsidentin Bärbel Bas dankt Knesset-Präsident Mickey Levy (Bild in der Mitte), der bei seiner Rede mit den Tränen kämpfte. © picture-alliance/Flashpic/Jens Krick/dpa/Kay Nietfeld

»Tag der Scham«

HOLOCAUST-GEDENKEN Die Überlebende Inge Auerbacher, Knesset-Präsident Mickey Levy und Bundestagspräsidentin Bärbel Bas warnen vor dem Vergessen und mahnen, sich dem wiedererstarkten Antisemitismus entgegenzustellen

Zum Schluss ihrer Rede steht sie mit weit ausbreiteten Armen da – so, als wolle sie jeden Einzelnen im Plenarsaal umarmen: „Mein innigster Wunsch ist die Versöhnung aller Menschen“, sagt Inge Auerbacher mit bewegter Stimme. Dabei hat die 87-jährige Holocaust-Überlebende gerade das unfassbare Grauen geschildert, das sie als Kind im nationalsozialistischen Deutschland erfuhr. Als Siebenjährige war die heutige US-Staatsbürgerin im August 1942 zusammen mit ihren Eltern von Stuttgart aus in das Konzentrationslager Theresienstadt deportiert worden, erlebte dort Hunger, Angst, Krankheit und Tod. Bis zur Befreiung durch Soldaten der Roten Armee am 8. Mai 1945 blieb sie dort interniert. 1946 emigrierte Auerbacher mit ihren Eltern nach New York.

»Wir sind alle als Brüder und Schwestern geboren. Mein Wunsch ist Versöhnung.«

Inge Auerbacher, Holocaust-Überlebende

schon Idiom, aber doch drastischen Worten beschreibt, wie der Terror der Nazis in das Leben der jüdischen Gemeinde und damit auch in ihre Familie einbrach.

„Nazi-Rowdies“ Sie sei noch ein Kind gewesen, aber die „grauenhafte Zeit des Schreckens und des Menschenhasses“ habe sie trotzdem gut im Gedächtnis: Nicht einmal vier Jahre alt war die kleine Inge, als während der Pogrome des 9. und 10. Novembers 1938 „Nazi-Rowdies“ mit Backsteinen die Fenster ihres Elternhauses im badischen Kippenheim einwarfen. „Ein Stein hat mich beinahe getroffen“, erinnert sich Auerbacher. Großvater und Vater – letzterer Textilhändler und mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnete Veteran des Ersten Weltkrieges – seien in der Folge wochenlang im Konzentrationslager Dachau interniert und misshandelt worden, aber schließlich doch freigekommen. Die Familie wollte daraufhin Deutschland verlassen, erzählt Auerbacher, zog zunächst zu den Großeltern ins schwäbische Jebenhausen. Hier erlebte sie die letzten glücklichen Tage als Kind. Doch immer neue antisemitische Bestimmungen und Gesetze machten auch hier bald das Leben schwer: In eine normale Schule durfte sie als Jüdin nicht gehen, mit dem gelben Davidstern auf ihrer Brust wurde sie zur Zielscheibe für Hohn und Spott der „christlichen Kinder“. Auch die Hoffnung auf Ausreise erfüllte sich nicht. „Die Türen zum Auswandern wurden bald geschlossen.“

Kein Entrinnen Ende 1941 fiel die geliebte Großmutter einer der ersten Deportationen nach Osten zum Opfer. Im Sommer 1942 erhielten dann auch Inge Auerbacher und ihre Eltern den Transportbefehl der Geheimen Staatspolizei – kurz Gestapo. Gemeinsam mit rund 1.100 Juden aus Württemberg wurde die Familie in Richtung Theresienstadt gebracht. Bei der Ankunft umringten sie Wachleute mit Peitschen: Die Eltern gehen rechts und links neben Inge, um ihr einziges Kind vor Schlägen zu schützen. Nur wenige

ihrer Mitreisenden haben überlebt: „Soviel ich weiß, bin ich das einzige Kind, das unter allen Deportierten aus Stuttgart zurückkehrte“, berichtet Auerbacher. Von den etwa 140.000 Juden in Theresienstadt seien mindestens 33.000 in dem Lager umgekommen, etwa 88.000 in Auschwitz und anderen Vernichtungslagern gestorben. Auch ihre Freundin Ruth aus Berlin, mit der sie eine Zeit das Lagerleben in Theresienstadt teilte, starb in den Gaskammern von Auschwitz-Birkenau. Die beiden Mädchen hatten sich fest versprochen, sich zu besuchen, sobald alles vorbei sei. Doch: „Sie erlebte nicht einmal ihren zehnten Geburtstag“, sagt Auerbacher. Im Plenarsaal wischen sich Zuhörer über die Augen, auch leises Schnäuzen ist zu hören. Auerbachers Stimme, die sonst so kraftvoll und fest klingt, zittert als sie ruft: „Liebe Ruth, ich bin hier in Berlin, um dich zu besuchen.“ Einen Tag später wird sie, begleitet von Bundestagspräsidentin Bas, am Stolperstein ihrer ermordeten Freundin gedenken (siehe Seite 12). „Die Vergangenheit darf nie vergessen werden“, mahnte Auerbacher schließlich eindringlich.

Tränen beim Kaddisch Emotional auch der Auftritt des israelischen Parlamentspräsidenten Mickey Levy: Als der 70-Jährige zum Abschluss seiner Rede

das jüdische Totengebet spricht, versagt ihm kurz die Stimme und er kämpft mit den Tränen. Trost findet er in den Armen von Inge Auerbacher.

„Grenzen des Bösen ausgedehnt“ Zu vor hatte er auf die Geschichte des Reichstagsgebäudes hingewiesen: „An diesem Ort hat die Menschheit die Grenzen des Bösen ausgedehnt – ein Ort des Werteverlusts, an dem der demokratische Rahmen zu rassistischer Tyrannei verfiel“, sagte Levy. Dies zeige, wie zerbrechlich die Demokratie sei.

Sie müsse „um jeden Preis“ verteidigt werden. Der Knesset-Präsident betonte zudem die Notwendigkeit, nicht nachzulassen in der Erinnerungsarbeit. „Die ernste Mahnung des Holocaust lautet: „Nie wieder. Nie wieder!“ Bundestagspräsidentin Bärbel Bas, die mit ihrer Rede die Gedenkstunde eingeleitet hatte, bezeichnete den 27. Januar als „Tag der Scham“ und rief dazu auf, sich neuer Judenfeindlichkeit entgegenzustellen: „Der Antisemitismus ist mitten unter uns“, unterstrich sie. Wenn „Rechtsextrem-

misten, Geschichtsrevisio-nisten und Völkisch-Nationale“ Wahlerfolge feierten, sei das kein „Alarmzeichen“, sondern „allerhöchste Zeit zu handeln“, stellte Bas klar. Die Bundestagspräsidentin appellierte, die demokratische Gesellschaft zu schützen: „Die Demokratie trägt kein Ewigkeitssiegel“, warnte sie. Es brauche Bürgerinnen und Bürger, die sie schätzten und mit Leben füllten. Auch daran erinnere dieser Tag in der Geschichte: „Von uns allen hängt es ab.“ Sandra Schmid

Leuchtende Erinnerung

#WEREMEMBER Parlamente in Berlin, Jerusalem und Wien nehmen an Kampagne teil

Unübersehbar stehen sie da, die Worte „#WeRemember“ (Wir erinnern [uns]), in großen weißen Lettern, vor dem Westportal des Reichstages. Rund um den internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust waren diese Worte, die gleichzeitig Mahnung sind und Auftrag, vor den Toren des Deutschen Bundestages zu lesen. Nach Einbruch der Dunkelheit und bis zum Sonnenaufgang wurde der Satz zudem als Lichtinstallation auf die Fassade des Parlaments projiziert. Und mit einer Raute (Englisch „hashtag“) versehen, sollten die Worte hinausgetragen werden in die sozialen Netzwerke: Als Aufruf, sich an die Gräueltaten der Nationalsozialisten und den Mord an sechs Millionen Menschen während des Holocaust zu erinnern – und daran mitzuwirken, dass sich diese Verbrechen niemals wiederholen. Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) machte am Dienstag, zwei Tage vor dem Gedenktag am 27. Januar, dem Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz, gemeinsam mit ihren Amtskollegen, den Parlamentspräsidenten von Israel, Mickey Levy, und Österreich, Wolfgang Sobotka, auf die Dringlichkeit der Botschaft „#WeRemember“ aufmerksam. „Wir wollen gemeinsam ein Zeichen setzen und zeigen, dass wir uns mit der Geschichte auseinandergesetzt haben“, sagte Bas vor dem Reichstagsgebäude. Es gehe um ein Zeichen gegen den Hass, auch gegen jenen, der sich aktuell Bahn breche bei sehr radikalen Impfgegnern, die den Holocaust verharmlosten; um ein Zeichen gegen den wachsenden Antisemitismus, so Bas weiter. „Wir beteiligen uns wie andere europäische Parlamente an der Kampagne, weil wir

deutlich zeigen wollen, dass wir Hass und Antisemitismus nicht tolerieren.“ Der israelische Parlamentspräsident Levy bezeichnete die Aktion als einen „Meilenstein in der Zusammenarbeit unserer Demokratien“. Die Shoah sei ein unfassbares Menschheitsverbrechen, das nicht beschrieben werden könne und habe Wunden hinterlassen, die in der Geschichte der Menschheit nicht heilen würden, so Levy. Er bedankte sich für die Verpflichtung Deutschlands und Österreichs, die Erinnerung an die Shoah und die Ermordung von sechs Millionen Menschen wachzuhalten. „Als Vorsitzende unserer demokratischen Parlamente müssen wir aus der Vergangenheit lernen, wie fragil die Demokratie ist, wenn wir nicht für sie kämpfen.“

Mit einem Zitat, das einer Inschrift im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen entnommen ist, appellierte der österreichische Parlamentspräsident an die Menschen, die Erinnerung an den Holocaust wach zu halten: „Das Vergessen des Bösen heißt, seine Wiederholung zu ermöglichen.“ Antisemitismus sei nicht nur eine Bedrohung für die jüdische Gemeinde, sondern eine Bedrohung für die Demokratie insgesamt, sagte Sobotka. Auf Initiative Sobotkas hatten die europäischen Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten vereinbart, sich mit den Parlamenten in ihren Ländern der Gedenkkampagne #WeRemember anzuschließen, zu der seit 2017 der Jüdische Weltkongress und die Unesco aufrufen. Elena Müller

STICHWORT

Holocaust-Gedenktag

> Erinnern im Bundestag Bereits zum 26. Mal gedenkt das deutsche Parlament am Jahrestag der Befreiung von Auschwitz am 27. Januar 1945 der Opfer des Nationalsozialismus.

> Gedenktag Eingeführt wurde der nationale Gedenktag 1996 von Bundespräsident Roman Herzog. 2005 riefen die Vereinten Nationen den Tag zum internationalen Gedenktag aus.

> KZ Auschwitz-Birkenau In dem größten Arbeits- und Vernichtungslager der Nationalsozialisten starben von 1940 bis 1945 mehr als eine Million Menschen, die meisten davon Juden.



Levy, Bas und Sobotka (v.l.) vor dem Bundestag © Deutscher Bundestag / Florian Gaertner / photothek

Bei seinem Amtsantritt im Januar 2021 hatte Joe Biden versprochen, die amerikanische Demokratie werde sich unter seiner Führung als ruhiger, verlässlicher Dienstleister für breite Bevölkerungsschichten präsentieren. In der Realität hat eine größer werdende Mehrheit der Amerikaner nach dem ersten Amtsjahr erhebliche Zweifel, ob der 79-Jährige politisch und ökonomisch einlösen kann, was er in Aussicht gestellt hat. Bidens ambitionierte Reform-Agenda ist nach dem rund 2000 Milliarden US-Dollar starken Corona-Hilfspaket und dem rund tausend Milliarden Dollar schweren Infrastruktur-Programm ins Stocken geraten; auch weil in den Reihen der eigenen Demokratischen Partei Schlüsselfiguren Widerstand leisten. Umfragen zeigen, dass der Präsident schlechend Rückhalt verliert. Stabil 60 Prozent plus x sind unzufrieden mit ihm. Die hohe Inflationsrate von zuletzt sieben Prozent, der stagnierende Kampf gegen die Pandemie und die Rekordzahl von fast zwei Millionen Asylsuchenden an der Grenze zu Mexiko sind Gründe dafür.

Die wichtigste Zielmarke aller Bestrebungen Bidens, die Stimmung zu drehen, ist der 8. November. Dann werden bei den „midterms“ alle 435 Mitglieder des Repräsentantenhauses und 34 von hundert Senatoren/-innen neu gewählt. Im Senat gibt es heute ein 50:50-Patt. Im „House“ benötigen die Republikaner fünf Sitze mehr, um die Macht zu übernehmen. „Mehr als machbar“, sagen Analysten.

Käme es so, wäre Biden schlagartig fast jede politische Beinfreiheit genommen. Vorhaben mit nachhaltiger Strahlkraft hätten so gut wie keine Chance. Joe Biden würde bis zur nächsten Wahl ein Dasein als „lame duck“ („lahme Ente“) fristen. In der Demokratischen Partei würden Konflikte zwischen Gemäßigten und Links-Progressiven offen ausbrechen.

Umfragen und massive Veränderungen beim politisch gesteuerten Zuschnitt der Wahlbezirke („gerrymandering“), die mehrheitlich den Republikanern in die Hände spielen, machen aus heutiger Sicht eine Wahlniederlage der Demokraten sehr wahrscheinlich.

Schrittweise Aushöhlung Dazu kommen elementare Probleme mit dem Allerheiligsten – dem Wahlprozess. Die Republikaner treiben Veränderungen voran, die nach Überzeugung von Kritikern der „Grand Old Party“ das Wahlrecht schrittweise aushöhlen. Nach Zählung des „Brennan Center for Justice“ haben allein im vergangenen Jahr 20 republikanisch regierte Bundesstaaten mehr als 30 Gesetze verabschiedet, die unter dem Strich die Stimmabgabe erschweren sollen. Mal wird die Briefwahl, die dem Wahlverlierer von 2020, Donald Trump, bis heute ein Dorn im Auge ist, eingeschränkt. Mal wird die Vorlage eines landesweit nicht vorgeschriebenen Personalausweises zur Voraussetzung gemacht. Vereinzelt soll, etwa im Südstaat Georgia, Helfern das Verteilen von Wasserflaschen oder Snacks an wartende Bürger verboten werden, die am Wahltag vor den oft dünn besetzten Wahlbüros stundenlang in der Warteschlange ausharren müssen. Alles in allem, so die Überzeugung der Demokraten und unabhängiger Organisationen, sollen Wählergruppen benachteiligt werden, etwa Afro-Amerikaner, die traditionell die Partei mit dem Esel im Wappen wählen. Noch massiver sind die Bemühungen der Republikaner, den Einfluss von lokalen und regionalen Wahlbehörden und der Kongresse auf Ebene der Bundesstaaten zu erhöhen. Sie sollen de facto in den Stand versetzt werden, die Stimmenauswertung nach dem Urmengang nach politischer Opportunität steuern zu können.



Big zu den „Midterms“ bleibt Joe Biden nicht viel Zeit, wichtige Vorhaben umzusetzen und eine Mehrheit der Republikaner im Kongress zu verhindern. In Umfragen verliert der Präsident ein Jahr nach Amtsantritt zunehmend an Rückhalt. © picture-alliance/AP/Susan Walsh

Ein Indiz: In 15 Bundesstaaten kandidieren gerade zehn Republikaner für das bei Wahlen wichtigste Schlüsselamt des „secretary of state“. Sie teilen Trumps komplett widerlegte Behauptung, ihm sei die Wahl 2020 durch Betrug der Demokraten „gestohlen“ worden. Kämen diese Funktionäre ans Ruder, könnten unliebsame Wahlergebnisse nachträglich „frisirt“ werden, befürchten US-Medien. In dieses Spektrum gehört auch das von Republikanern verfolgte Ziel, die Listen der Wahlmänner und -frauen für das „electoral college“, das letztlich den Präsidenten wählt, auf bundesstaatlicher Ebene mit loyalen Parteigängern zu bestücken – um so am Ende den gewünschten Kandidaten in Washington an die Macht zu bringen. Die Demokraten wollen dieser maßgeblich durch Trump befeuerten Entwicklung mit zwei Gesetzen beikommen, die nationale Mindeststandards festlegen. Dazu gehört zum Beispiel die Ausweitung von Briefwahl-Möglichkeiten, eine automatische Registrierung von Wählern ohne Passzwang,

das Wahlrecht für ehemalige Strafgefangene und die Festsetzung des Wahltags auf einen Feiertag, um der arbeitenden Bevölkerung mehr Möglichkeiten der politischen Partizipation zu geben. Im anderen Paket bekäme das Justizministerium Hebel in die Hand, um potenziell diskriminierende Wahlgesetze in den Bundesstaaten zu neutralisieren. Dieses Recht wurde 2013 vom Obersten Gerichtshof einkassiert.

Widerstand in eigenen Reihen Doch alle Versuche der Demokraten, die Wahlgesetze weiterfest zu machen, scheiterten bisher am Widerstand von zwei Nein-Sagern aus den eigenen Reihen, die Republikaner sind ohnehin geschlossen dagegen. Die Senatoren Joe Manchin (West Virginia) und Kyrsten Sinema (Arizona) weigern sich hartnäckig, einen gewichtigen Stolperstein aus dem Weg zu räumen – den Filibuster. Nur wenn die „heilige Kuh“ des Interessenausgleichs – eine Sperr-Minorität, die der Minderheit erlaubt, Gesetzesvorhaben der Mehrheit zu blockieren – geschlachtet wür-

de, könnten die Gesetze bei einem 50:50 Stimmen-Patt durchkommen. Doch danach sieht es nicht aus. Dabei hatte Joe Biden in das Vorhaben viel politisches Kapital investiert. Am ersten Jahrestag der Erstürmung des Kapitols am 6. Januar 2021 – ein von Ex-Präsident Donald Trump animierter Mob wollte die Verfassung aus den Angeln heben und die Zertifizierung des Biden-Wahlsieges hintertreiben – beschwor er seine Landsleute mit bohrenden Fragen: „Werden wir eine Nation sein, die politische Gewalt als Regelfall akzeptiert? Werden wir eine Nation sein, in der wir es zulassen, dass parteiische Wahlhelfer den rechtmäßig zum Ausdruck gebrachten Willen des Volkes umstoßen?“ Biden appellierte an die Amerikaner: „Wir dürfen uns nicht erlauben, so ein Land zu werden.“ Die Gewissheit, dass die Abwehrschlacht gelingt, konnte er ihnen nicht geben.

Der Autor ist USA-Korrespondent der Funke Mediengruppe.

Ausgebremst

USA Präsident Joe Biden droht bei der Reform des Wahlrechts zu scheitern. Zehn Monate vor den Zwischenwahlen im Kongress ist das ein schlechtes Omen für die Demokraten

Tausende Migranten harren weiter aus

BELARUS Situation im Grenzgebiet bleibt kritisch

Die Lage an der belarussisch-polnischen Grenze bleibt unübersichtlich. Nach Schätzungen der Internationalen Organisation für Migration (IOM) befinden sich noch immer rund 1.500 Geflüchtete und Migrantinnen und Migranten in Belarus, die auf eine Einreise in die EU hofften, berichtete eine Vertreterin des Auswärtigen Amtes (AA) vergangene Woche im Menschenrechtsausschuss. 628 von ihnen seien in einem sogenannten Logistikzentrum nahe der polnischen Grenze untergebracht, das wegen mangelhafter Sicherheits- und Hygienestandards auf Dauer nicht für eine Unterbringung geeignet sei. In Polen seien 1.670 Personen in geschlossenen und 1.076 in offenen Aufnahmeeinrichtungen untergebracht.

Da die polnische Regierung den Zugang für humanitäre Helfer und mediale Berichterstattung eingeschränkt habe, sei die Lage dort schwer einzuschätzen. Die EU wirft dem belarussischen Machthaber Alexander Lukaschenko vor, die Geflüchteten absichtlich ins Grenzgebiet geschleust und sie bei der irregulären Migration in die EU aktiv unterstützt zu haben, nachdem die Europäische Union im Juni 2021 verschärfte Sanktionen gegen das Regime verhängt hatte. Wie die AA-Vertreterin erklärte, seien 2021 mindestens 20.000 Menschen über Belarus in die EU gekommen, 11.000 von ihnen seien irregulär nach Deutschland eingereist. Polen, Litauen und

Lettland hätten den Grenzschutz verstärkt und Notstandsmaßnahmen, darunter eine Einschränkung des Asylrechts, beschlossen. Dass Polen im November 2021 den Zugang zum Grenzgebiet per Gesetz zu beschränkt und „Pushbacks“, also das Zurückdrängen von Geflüchteten und Migranten nach Belarus, legalisiert habe, verstößt nach Ansicht der Bundesregierung gegen europäisches und internationales Recht, stellte die Außenamts-Vertreterin klar. Polen müsse der EU-Kommission, der Grenzschutzagentur Frontex sowie unabhängigen Beobachtern Zugang zum Grenzgebiet gewähren und geltendes Recht beim Umgang mit den Geflüchteten einhalten.

Zum Vorschlag der EU-Kommission, das EU-Recht an den Grenzen zu Belarus vorübergehend auszusetzen, sagte die Außenamts-Vertreterin, die Bundesregierung stimme ihre Position dazu noch ab. Einig sei sie sich mit der Kommission, physische Grenzbefestigungen, wie die von Polen geplante 186 Kilometer lange Mauer an der Grenze zu Belarus, nicht mitzufinanzieren.

Die polnische Regierung steht wegen Berichten über Pushbacks und die Internierungen von Geflüchteten seit Monaten in der Kritik. Die Außenamts-Vertreterin berichtete, inzwischen seien mehr als 5.000 Migranten in ihre Länder zurückgekehrt, die Zahl der Grenzübertritte sei stark zurückgegangen.

joH II

Die polnische Regierung gewährt Medien und humanitären Helfern keinen Zugang.

Nahezu 300 Millionen Menschen in Not

MENSCHENRECHTE Hunger weltweit stark angestiegen

Der Direktor des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen (WFP), David Beasley, hat vergangene Woche im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe vor einer Hungersnot in mehreren Ländern gewarnt. Die Corona-Pandemie und ihre wirtschaftlichen Folgen hätten die Hungersituation drastisch verschärft. Hätten vor Ausbruch der Pandemie weltweit noch 135 Millionen Menschen Hunger gelitten, seien es nun 285 Millionen Menschen, berichtete Beasley. 45 Millionen davon litten unter extremem Hunger. In 43 Staaten, darunter Afghanistan, Äthiopien, Jemen und Staaten in der Sahelzone wie Niger und Burkina Faso, drohten Hungersnöte und damit auch eine neue Massenmigration. Grund für die gegenwärtige Situation seien neben der Corona-Pandemie auch die weltweit zunehmenden Konflikte, Krisen und Klimakatastrophen.

Es sei möglich, die Regionen zu stabilisieren, wenn genügend Finanzmittel zur Verfügung stünden, erklärte Beasley. Aktuell fehlten dem WFP aber bis zu sechs Milliar-

den US-Dollar, umgerechnet rund 5,3 Milliarden Euro, um Nothilfe zu leisten. Beasley verlor seine Hoffnung Ausdruck, dass Deutschland als nach der USA zweitgrößter Geber des WFP weitere Unterstützung leisten wird.

Dem Welternährungsprogramm fehlen bis zu sechs Milliarden US-Dollar.

Um den Hunger zu überwinden und größere Migrationsbewegungen zu verhindern, brauche es insbesondere Hilfe bei der Anpassung an Klimaveränderungen. Dazu sei aber ein anderer Ansatz gefragt, sagte Beasley. Humanitäre Hilfe und Entwicklungsprojekte wie bisher getrennt zu betrachten, sei nicht mehr zielführend.

Partner wie Deutschland und die USA hätten verstanden, dass es einer effektiveren, strategisch angelegten Hilfe bedürfe, lobte der WFP-Direktor. Mit ihrer Unterstützung habe das Welternährungsprogramm etwa begonnen, Ernteprogramme und Programme zur Landverbesserung zu entwickeln. Diese zeigten messbaren Erfolge: In der Sahel-Region etwa hätten durch Landverbesserungsmaßnahmen und Schulspeisungen Migrationsbewegungen abgenommen.

sas II

»Der IS ist noch längst nicht besiegt«

BUNDESWEHR Anti-IS-Einsatz im Irak verlängert. Terrormiliz versucht, ihre Präsenz in der Region auszubauen

Die Bundeswehr bleibt für weitere neun Monate im Irak, um die irakischen Sicherheitskräfte beim Kampf gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) zu unterstützen. Für einen entsprechenden Antrag (20/408) der Bundesregierung votierten vergangenen Freitag in namentlicher Abstimmung 553 Abgeordnete, 110 lehnten ihn ab. Es gab eine Enthaltung. Somit können weiterhin maximal 500 bewaffnete Soldatinnen und Soldaten vor Ort sein. Neben dem Fähigkeitsaufbau für die irakischen Streit- und Sicherheitskräfte sind sie unter anderem zuständig für Lufttransporte, See- und Luftraumüberwachung sowie Aufklärung und Lagebilderstellung.

Einsätze in Syrien sind mit dem neuen Mandat auch formal ausgeschlossen, nachdem die Bundeswehr ihre Aufklärungsflüge in dem irakischen Nachbarland schon im Frühjahr 2020 eingestellt hatte. Bei der letzten Mandatsverlängerung von Oktober 2021 bis Ende Januar 2022 wurde zudem bereits die Höchstzahl der eingesetzten Soldatinnen und Soldaten von 700 auf 500 heruntersetzt, weil die Luftbetankung von Jordanien aus von den internationalen Partnern der „Koalition der Willigen“ kaum noch genutzt wird.

Obwohl die irakische Regierung 2017 ihren Sieg über den IS erklärt hatte, geht von

kleineren Gruppen der Terrormiliz weiterhin große Gefahr aus: Erst am 21. Januar wurden mehr als 70 Menschen bei zwei Angriffen des IS in Syrien und dem Irak getötet. Einem Bericht der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2021 zufolge sind schätzungsweise 10.000 IS-Kämpfer nach wie vor in Syrien und dem Irak aktiv.

„Der IS ist noch längst nicht besiegt“, urteilte Michael Müller (SPD). Dieser Terror könne auch in Deutschland wieder eine Rolle spielen, daher dürfe man nicht auf halber Strecke aufgeben, „dieses Morden zu beenden“. Der Einsatz sei zudem von der irakischen Regierung ausdrücklich gewünscht. „Sie erwarten, dass sich die Bundesrepublik weiter engagiert.“

Kurswechsel Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen hatte sich im Bundestag bisher gegen eine Verlängerung des Mandats ausgesprochen, weil sie den Einsatz in Syrien als völkerrechtswidrig ansah. Das neue Mandat sei jedoch wesentlich verbessert und stehe auf einem soliden Fundament, sagte Sara Nanni (Grüne) nun. Es fokussiere sich auf den Irak und sehe außerdem eine umfassende Evaluierung vor. Gleichwohl ändere sich nichts an der politischen Bewertung ihrer Fraktion, „dass solche Einsätze besser im Rahmen von

Systemen kollektiver Sicherheit stattfinden sollen“, als in einer Koalition der Willigen. Norbert Röttgen (CDU) begrüßte den Kurswechsel der Grünen. In der Konsequenz sei „der verfassungs- und völkerrechtliche Konsens über diesen und vergleichbare Einsätze breiter geworden“, lob-

STICHWORT

Das neue Mandat

> **Geschichte** Die Bundeswehr engagiert sich seit 2015 im internationalen Anti-IS-Einsatz, um ein Wiedererstarken des Terrorismus in der Region zu verhindern.

> **Beteiligung** Syrien ist im Mandat als Einsatzgebiet künftig ausgeschlossen. Im Irak ist die Bundeswehr, anders als in Syrien, auf ausdrückliche Einladung der dortigen Regierung im Einsatz.

> **Erfolgskontrolle** Das Mandat soll erstmals umfassend evaluiert werden. Insbesondere die Lage vor Ort, der irakische Bedarf und die rechtlichen Rahmenbedingungen sollen dabei eine große Rolle spielen.

te er. Die Lage im Land sei nach wie vor fragil, der Irak brauche weitere internationale Unterstützung. Für die FDP betonte Ulrich Lechte, dass Mandat sei inzwischen multilateral eingebettet in die Nato-Mission im Irak. Dieses Vorgehen sei seiner Fraktion „besonders wichtig“. AfD und Die Linke lehnten das Mandat erneut ab. Gerold Otten (AfD) kritisierte, es sei ein „offensichtlicher Formelkompromiss der linksgelben Koalition“. Zwar sei Syrien nicht mehr Einsatzgebiet des Mandats, der Anti-IS-Einsatz Counter Daesh existiere aber weiterhin. Auch seien die Nato-Trainingsmission und der Anti-IS-Einsatz in Syrien zwei Aufträge in einem Mandat, die geografisch wie methodisch unterschiedliche Ziele verfolgten. Er forderte, das Mandat zu teilen, damit der Bundestag über beide getrennt abstimmen könne.

Nach Ansicht von Zaklin Nastic (Linke) sieht ein Erfolgskonzept anders aus. Das im Irak von den USA implementierte und für Korruption anfällige System habe das Land „ins Verderben gestürzt“. Der IS habe erst unter US-Besatzung so mächtig werden können. Er nähere sich dem Groll der Bevölkerung gegen die fremden Besatzer. „Haben Sie in all den Jahren eigentlich nichts dazugelernt?“, fragte Nastic.

joH II

20 Jahre Guantanamo

USA Linke fordert Schließung des Gefangenenlagers

Die Linksfraktion dringt auf die Schließung des US-Gefangenenlagers Guantanamo. In einem Antrag (20/485), über den der Bundestag in der vergangenen Woche erstmalig debattierte, verlangen die Abgeordneten, die Regierung solle die US-Administration nachdrücklich zur „umgehenden Schließung“ des als Antwort auf die Anschläge des 11. September 2001 errichteten Lagers auffordern.

„Brutale Realität“ Auf Kuba habe das US-Militär unter der Ausrufung des „globalen Kriegs gegen den Terror“ im Januar 2002 mit der Verhaftung zahlreicher Menschen aus unterschiedlichen Ländern begonnen. Das Lager sei zum Ort für grausame Verbrechen geworden, erinnerte Zaklin Nastic (Linke) in der Debatte. Folter, brutale Misshandlungen und unbefristete Inhaftierungen ohne Anklage und Gerichtsverfahren – das sei seit 20 Jahren „brutale Realität“ in Guantanamo. Noch immer säßen dort etwa 40 Menschen in Haft. Dass US-Präsident Biden das Lager schließen wolle, sei zu begrüßen, so die Abgeordnete, doch der Kongress lege ihm „Steine in den Weg“. Nastic appellierte an die Abgeordneten, ein klares Zeichen für Rechtsstaatlichkeit zu setzen – auch gegenüber den USA. Menschenrechtsverletzungen in China oder

Russland würden von der Bundesregierung angeprangert, zu „Nato-Kriegsverbrechen“ aber schweige sie.

Während die meisten Fraktionen das Anliegen des Antrags im Grundsatz teilten und wie Derya Türk-Nachbaur (SPD) mahnten, die USA müssten den letzten Gefangenen endlich rechtsstaatliche Verfahren auf amerikanischem Boden ermöglichen, so wurde doch auch Kritik laut: Knut Abraham (CDU) hielt den Linken Anti-amerikanismus vor. Das Lager Guantanamo sei falsch gewesen. Die USA hätten ihren Fehler aber längst erkannt – beheben könnten sie ihn nur selbst.

Peter Heide (FDP) verwies zudem darauf, dass sich der Bundestag bereits 2006 geschlossen gegen Guantanamo ausgesprochen habe. Ein neuer Antrag sei unnötig. Es brauche vor allem keinen Antrag „der mehrfach umbenannten SED“, um auf völkerrechtswidrige Haftbedingungen hinzuweisen, griff dann auch Jürgen Braun (AfD) die Linke scharf an.

Weniger „Selbstgerechtigkeit“ empfahl Jürgen Trittin (Grüne): Die Auflösung von Guantanamo sei nicht „trivial“, daran sei schon Präsident Obama gescheitert. Zudem tue sich auch Deutschland schwer, deutsche IS-Kämpfer aus kurdischen Lagern in Syrien zurückzuholen.

sas II



Russische Panzereinheiten machen sich Ende Januar auf den Weg zu Militärübungen bei Rostow. Mehr als 100.000 Soldaten hat Russland an der Grenze zur Ukraine zusammengezogen.

© picture-alliance/AA/Russian Defence Ministry

»Wer redet, schießt nicht«

UKRAINE-KRISE Die Koalition lehnt Waffenlieferungen weiter ab, Union fordert mehr Entschlossenheit

Wie klar steht die Bundesregierung an der Seite der Ukraine? Es gibt Kritik in dieser Frage an Deutschland, auch die Union trägt sie im Bundestag vor und bemängelt fehlende Entschlossenheit gegenüber russischer Aggression wie dem massiven Truppenaufmarsch an der Grenze zur Ukraine. Außenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) hat die Absage der Bundesregierung zur Lieferung von Waffen in die Ukraine verteidigt. Den Kurs in dieser Frage um 180 Grad zu drehen, das „sollte man schon bei vollem Bewusstsein tun“, sagte Baerbock vergangenen Donnerstag in einer vereinbarten Debatte zur Ukraine-Krise. Vor allen Dingen dürfen damit nicht Türen zur Eskalation verschlossen werden, „die sich gerade in diesem Moment so zaghaft wieder öffnen“, sagte die Ministerin mit Blick auf die Wiederaufnahme von Gesprächen wie tags zuvor im sogenannten Normandie-Format. Bei einer neuen Aggression „steht uns eine breite Bandbreite an Antworten zur Verfügung, inklusive Nord Stream 2“, sagte Baer-

»Nicht die Nato bedroht Russland, auch nicht die Ukraine.«
Alexander Graf Lambsdorff (FDP)

bock. Deutschland unterstütze die Ukraine auch militärisch, etwa mit der Lieferung von Schutzhelmen und der Ausbildung ukrainischer Soldaten. Der diplomatische Dialog habe aber Priorität. „Wer redet, der schießt nicht. Daher ist es fatal, die Wiederaufnahme von Dialog einfach so abzutun.“ Die Bundesregierung setze auch weiter darauf, die Ukraine wirtschaftlich und finanziell zu stärken. Der designierte CDU-Parteivorsitzende Friedrich Merz sprach mit Blick auf die massive russische Truppenstationierung von einem „Zangenangriff auf die gesamte Ukraine“. Der russische Präsident Wladimir Putin destabilisiere seit 15 Jahren systematisch die politische Ordnung in Europa, dies unter beständiger Verletzung gemeinsamer Verträge und Vereinbarungen. Nunmehr drohe womöglich ein neuer Krieg in Teilen Europas. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) halte es aber nicht für nötig, in einer Regierungserklärung Farbe zu bekennen, was auch mit „unklaren Positionen“ seiner Partei in puncto Russland zu tun habe. Es gebe Zweifel an der Zuverlässigkeit der Bundesrepublik, befand Merz. Wer sich erkennbar um das Problem zu wenig kümmere, der vergrößere das Risiko.

Der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil betonte hingegen, dass die Bundesregierung klar auf trete: „Wir benennen sehr deutlich, von wem die Eskalation ausgeht, das ist die russische Seite.“ Kanzler Scholz habe deutlich gemacht, dass „alle Optionen“ bei einem russischen Angriff auf die territoriale Integrität der Ukraine auf dem Tisch lägen. Diese Klarheit und Konsequenz sei nötig, aber jetzt müsse es darum gehen, das Gespräch zu suchen, um „Frieden zu organisieren“. Waffen zu liefern bedeute nicht, Friedensbemühungen zu stärken, sagte Klingbeil. „Wir liefern keine Waffen in die Ukraine.“ Sanktionen Stefan Keuter (AfD) beklagte „Stimmungsmache“ und „unsägliche Rhetorik“ gegen Russland und stellte die Frage, wem diese Eskalation nutze. Durch die EU-Sanktionen infolge der Annexion der Krim 2014 sei Russland ein Schaden in Höhe von 36 Milliarden US-Dollar entstanden und Deutschland in Höhe von 23 Milliarden US-Dollar. „Wir schneiden uns mit diesen Sanktionen ins eigene Fleisch, und das muss ein Ende haben.“ Keuter wandte sich direkt an den Botschafter der Ukraine, Andrij Melnyk, der auf der Tribüne der Debatte folgte: „Die Forderung nach Waffen können wir Deutsche nicht erfüllen“, sagte Keuter. „Ihre unsägliche Kriegstreiberei kann ich nur verurteilen.“ Alexander Graf Lambsdorff (FDP) signalisierte die Bereitschaft, russische Sicherheits-

interessen auf Basis des Völkerrechts zu adressieren – nicht aber der russischen Regierung die „Schaffung einer zweiten Wirklichkeit“ zuzugestehen. „Nicht die Nato bedroht Russland, auch nicht die Ukraine.“ Es seien nicht Nato-Soldaten, die in anderen Ländern gegen den Willen der dortigen Regierungen stünden, sondern russische Soldaten wie im Falle Georgiens, der Republik Moldau und der Ukraine. „Die russische Seite wäre erheblich glaubwürdiger, wenn Präsident Putin den Rückzug dieser Truppen anordnen würde.“ Gregor Gysi (Die Linke) verwies auf die Osterweiterung der Nato ab 1999 gegen

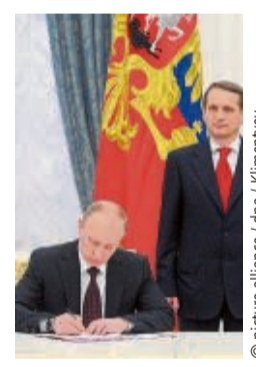
Abmachungen mit Russland im Zusammenhang mit der Deutschen Einheit. Die USA würden es nicht akzeptieren, wenn russische Truppen auf Kuba oder in Venezuela stationiert würden: „Warum billigen Sie der Atommacht USA einen Sicherheitsabstand zu und der Atommacht Russland nicht?“ Die Nato betone, keine aggressiven Absichten gegenüber Russland zu hegen. „Das mag ja sein“, sagte Gysi. „Aber wenn es die russische Führung nicht glaubt, nützt uns das nichts.“ Es gebe nur einen Weg, das seien Verhandlungen. „Waffenlieferungen können auf gar keinen Fall die Antwort sein.“ Alexander Heinrich

> STICHWORT

Der Ukraine-Konflikt

> Annexion Nach Protesten in Kiew und Rücktritt der ukrainischen Regierung Anfang 2014 besetzten russische Truppen die Krim. Es folgt ein illegales Referendum über einen Anschluss der Halbinsel an Russland, dessen Präsident Putin im März schließlich ein Dekret zur Eingliederung der Krim und Sewastopols in die Russische Föderation unterzeichnet (Foto). In den ostukrainischen Oblasten Donezk und Luhansk bricht ab Februar 2014 ein bewaffneter Konflikt zwischen prussischen Milizen und ukrainischen Truppen aus.

> Aufmarsch Seit Frühjahr 2021 kommt es zu einem massiven Aufmarsch russischer Truppen entlang der ukrainischen Grenze, mehr als 100.000 Soldaten sollen inzwischen dort stationiert sein.



© picture-alliance/dpa/Klimeniyev

Hohe Erwartungen

G7 Die deutsche Präsidentschaft steht im Zeichen von Klimaschutz und Corona und fällt in eine Zeit außenpolitischer Spannungen

Zum dritten Mal hat Deutschland 2022 die G-7-Präsidentschaft übernommen. Den einjährigen Vorsitz in der Staatengruppe sieben führender demokratischer Wirtschaftsmächte will die Bundesregierung nutzen, um beim Klimaschutz, der Bekämpfung der Corona-Pandemie und der internationalen Zusammenarbeit Marken zu setzen. Über die Vorhaben debattierten die Fraktionen vergangenen Donnerstag im Bundestag – Anlass war ein Antrag der Unionsfraktion (20/490), der in die Ausschüsse überwiesen wurde und in dem die Abgeordneten eigene Schwerpunkte setzen: So sollte die Bundesregierung die deutsche G-7-Präsidentschaft zu nutzen, um „diesen einzigartigen weltweiten Zusammenschluss demokratischer Staaten gegenüber den Anfeindungen und Angriffen autoritärer Staaten und Ideologien zu stärken“ und als Nukleus einer weltweiten „Allianz der Demokratien“ auszubauen.

warf. Deutschland und die EU würden zu Zuschauern, während Großbritannien und die USA mit China verhandelten und ab diesem Jahr etwa das RCEP-Abkommen mit Japan, Südkorea, den ASEAN-Staaten, China, Australien und Neuseeland gelten würde. „Das heißt, andere nehmen regionale Zusammenschlüsse ernst und versuchen, darüber den Welthandel entsprechend zu beeinflussen und Standards zu setzen; an der Spitze ist es China“, sagte Radwan. „Andere schaffen darüber Fakten – und wir schauen zu.“ Andreas Larem nannte Klima, Gesundheit und die Stärkung der Demokratie als zentrale Vorhaben der deutschen G-7-Präsidentschaft. Die Bundesregierung wolle die Chance nutzen, um die leitende und koordinierende Rolle der Weltgesundheitsorganisation WHO bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie auszubauen. Diese Pandemie habe nicht zuletzt zu schweren Rückschlägen bei der Erreichung der Nachhaltigkeitsziele geführt. „Insgesamt nimmt die Bundesregierung die Agenda 2030 mit ihren Nachhaltigkeitszielen zum zentralen Referenzrahmen für die G-7-Präsidentschaft“, sagte Larem. Es müsse zum Beispiel um die Abarbeitung eines außenpolitischen Programms, das Sie selber nicht abgearbeitet haben, als Sie in der Regierung waren.“ So habe die Union mit mehreren Verteidigungsministern „über 16 Jahre das Militär kaputt gespart“, nun

fordere sie das Zwei-Prozent-Ziel der Nato ein und spiele sich als Retter der Bundeswehr auf. Auch die Forderung, die G7 um einen internationalen Klimaklub zu erweitern, lehnte Frohnmair ab. „Greta Thunberg darf dann zukünftig zwischen Joe Biden und Emmanuel Macron Platz nehmen und den G-7-Gipfel eröffnen. Ist das die staatstragende Union unter Friedrich Merz, von der alle sprechen?“

Impf-Solidarität Omid Nouripour (Bündnis 90/Die Grünen) nannte den Klimaschutz als „sehr klaren Schwerpunkt“ der G-7-Präsidentschaft. „Entscheidend ist, dass wir endlich heruntersinken von unserem Hunger nach Fossilien. Das ist nicht nur ein Gebot von Klimaschutz, das ist nicht nur ein ökonomisches Gebot, es ist auch ein Gebot der Friedenspolitik“, sagte er mit Blick auf den Ukraine-Konflikt und die Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen. Die G-7-Staaten hätten für dieses Jahr zudem 900 Millionen Impfdosen gegen Corona in Aussicht gestellt, hier gebe es nun um den Aufbau von Impfkapazitäten in schwachen Staaten, betonte Nouripour. „Das ist nicht nur ein Gebot der Solidarität, sondern auch ein Gebot des Selbstschutzes.“ ahe

> STICHWORT

G7 - Gruppe der Sieben

- > Mitglieder** Dem informellen Zusammenschluss gehören Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und die USA an. Die Europäische Union hat einen Beobachterstatus.
- > Präsidentschaft** Die Staats- und Regierungschefs treffen sich auf Einladung der jeweiligen Präsidentschaft einmal jährlich, um gemeinsame Positionen zu globalen Fragen abzustimmen.
- > Gipfel** wie bereits 2015 soll auch in diesem Jahr das G-7-Treffen im bayerischen Elmau stattfinden.

»Ideen für die Zukunft der EU umsetzen«

EUROPA Die Fraktionen im Bundestag machen sich mit Ausnahme der AfD für eine Umsetzung der Ergebnisse der im Mai 2021 gestarteten „Konferenz zur Zukunft Europas“ stark. Die Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger „werden wir ernst nehmen und voranbringen“, versprach Axel Schäfer (SPD) am vergangenen Donnerstag in einer vereinbarten Debatte zum Thema. Gunther Krichbaum (CDU) mahnte: „Wenn wir diese Ideen nicht aufgreifen, würde sehr viel Enttäuschung zurückbleiben, und das wäre fatal.“ Beide Abgeordnete nehmen an der Konferenz als Vertreter des Deutschen Bundestages teil. Das Format soll neue Impulse für die Stärkung der europäischen Idee setzen. Die rund 450 Millionen EU-Bürger sind aufgerufen, auf der Plattform future.europa.eu Vorschläge zu machen. Außerdem finden europaweit Veranstaltungen statt. Laut der Vizepräsidentin der Kommission, Dubravka Suica, hat sich bisher allerdings kaum mehr als ein Prozent der Gesamtbevölkerung an der Konferenz beteiligt. Gunther Krichbaum sieht daher „noch Luft nach oben“. Er sprach sich unter anderem dafür aus, das Format über die Kultusministerkonferenz der Länder noch stärker in die Schulen zu bringen, „damit wir gerade bei der jungen Generation für einen positiven Aufschlag sorgen“. Schon jetzt sei aber ein Erfolg, dass quer durch Europa über europäische Fragen diskutiert werde. Eine große Mehrheit der Bürger spreche sich dabei für mehr europäische Zusammenarbeit und demokratische Beteiligung aus, betonte Axel Schäfer. Vieles könne schon jetzt, ohne großen Aufwand, umgesetzt werden. So sollten „wir im Bundestag und im Europäischen Parlament eine öffentliche Debatte auch in den Ausschüssen führen“, mahnte der SPD-Abgeordnete. Anna Lührmann (Grüne), Staatsministerin im Auswärtigen Amt, nannte die Konferenz einen „Booster für die europäische Demokratie“. Bei vielen Ideen frage man sich: „Warum machen wir das nicht längst?“ Als Beispiele nannte sie Vorschläge für eine größere europäische Öffentlichkeit, wie ein „EU-TV“. Norbert Kleinwächter (AfD) warf der EU-Kommission hingegen vor, mit der Konferenz festschreiben zu wollen, „was die Bürger alles genau nicht möchten“, etwa die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa. Für die Teilnahme seien nur „überzeugte Föderalisten“ ausgewählt worden.

Neue Perspektiven Thomas Hacker (FDP) nannte die Konferenz demgegenüber eine Chance für „die Auseinandersetzung mit neuen Perspektiven“. 13.000 Zukunftsideen seien bereits digital eingereicht worden. Die daraus abgeleiteten Empfehlungen sollten zu „Handlungsprioritäten“ der Politik werden und in einen verfassungsgebenden Konvent münden. Für Die Linke appellierte Andrej Hunko, ganz Europa in die Zukunftsdebatte einzubeziehen. Er schlug vor, zur Abschlusskonferenz auch die Parlamentspräsidenten des Europarats und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa einzuladen, „um die Perspektive des gesamteuropäischen Friedens einzubringen“. Anton Hofreiter (Grüne) nannte die Umsetzung möglichst vieler Bürger-Vorschläge „entscheidend“ und betonte, Herausforderungen wie die Klimakrise seien ohne handlungsfähige EU nicht lösbar. Die EU-Spitzen wollen bis zum Frühjahr aus den Vorschlägen der Bevölkerung Leitlinien für die Zukunft Europas erarbeiten. joh

Anzeige

DAS LEBEN ÄNDERT SICH

Bitte benachrichtigen Sie uns bei:

- Namensänderung
- Adressänderung
- Änderung der Bankverbindung

Telefonisch unter: 089-85853832, via E-Mail: fazit-com@cover-services.de oder online unter: www.das-parlament.de/aboservice

AUFGEKEHRT

Allein unter Feiernden

Die britischen Brauereien hatten es in den vergangenen zwei Jahren nicht leicht: Geschlossene Pubs, Kontaktverbote und Ausgangssperren ließen den Absatz schrumpfen. Dem müssen wir als Regierungsapparat entgegenwirken, dachten sich wohl einige Mitarbeiter und verabredeten sich im Mai 2020 zu einer Gartenparty im Amtssitz des britischen Premiers. Während Europas Radiosender die Bevölkerung mit „You'll Never Walk Alone“ zur Solidarität im Lockdown aufriefen, hieß es in der Downing Street offenbar „You'll Never Drink Alone“. Berichten zufolge seien Mitarbeiter mit Koffern in nahegelegene Supermärkte gezogen, um für Nachschub zu sorgen – und sorgten so bei den Brauereien für einen Lichtblick in diesen dunklen Zeiten. Mangelnden Durchblick muss sich nun Boris Johnson vorwerfen, der sich keiner Schuld bewusst ist, sah er in der Gartenparty doch ein Arbeitsmeeting. Dass statt Laptops und Unterlagen Flaschen und Gläser auf den Tischen standen, sorgte beim Premier nicht für Erleuchtung und lässt tief blicken in den Arbeitsalltag der Downing Street. Doch es kommt noch schlimmer für den pflichtbewussten Johnson. An seinem Geburtstag ist der Premier völlig machtlos in die Fänge seiner feierwütigen Mitarbeiter geraten. Mit Kuchen und Ständchen haben sie ihn in seinem Büro förmlich überfallen, versuchte Parteikollege Burns das angeschlagene Image des Premiers zu retten. Denn Politik und Bevölkerung sind „not amused“ von den Erklärungsversuchen des Premiers und mittlerweile ermittelt sogar Scotland Yard in dem Fall. Mit einem Freedom Day 2.0 in England will Johnson die Wogen glätten. Dann kann Downing Street No. 10 auch wieder völlig legal zu Gartenparties laden. Pardon, Arbeitsmeetings. Denise Schwarz |

VOR 25 JAHREN...

Spatenstich am Spreebogen

4.2.1997: Baubeginn des Kanzleramts. „Waschmaschine“, „Kohlösseum“ oder etwas despektierlich „Elefantenklo“. So nennen manche den größten Regierungssitz der Welt: das Bundeskanzleramt. Im siebten Stock liegt das Büro des Kanzlers oder der Kanzlerin – mit Blick



Nach vier Jahren Bauzeit wurde das Bundeskanzleramt 2001 eingeweiht.

auf den Reichstag, dessen Kuppel nur vier Meter höher ist als der mittlere Kubus des Kanzleramts mit 36 Metern. Auf einer Nutzungsfläche von mehr als 25.000 Quadratmetern arbeiten etwa 590 Menschen. Zu dem Gebäude gehören ein Hubschrauberlandeplatz und ein Ehrenplatz für den Empfang von Staatsgästen. Am 4. Februar 1997 begannen am Spreebogen die Bauarbeiten des von den Architekten Axel Schultes und Charlotte Frank entworfenen Gebäudes. Deren Pläne hatten sich gegen 50 andere Entwürfe durchgesetzt. Nur vier Jahre nach Baubeginn wurde das Kanzleramt eingeweiht. 513 Millionen D-Mark hatte der Neubau bis dahin verschlungen – rund 115 Millionen mehr als ursprünglich geplant. Doch schon bald waren Renovierungsarbeiten notwendig. Zu kurze Regenschutzbleche mussten ausgetauscht, die Fassade von grünen Flecken befreit oder das eigene Blockheizkraftwerk repariert werden. 2023 soll das Kanzleramt erweitert werden: Die gestiegene Mitarbeiterzahl sorgte für einen Büromangel. Für 460 Millionen Euro soll daher ein Erweiterungsbau entstehen. Gem wird behauptet, das Kanzleramt sei um ein Vielfaches größer als das Weiße Haus. Das stimmt zwar, der Vergleich führt aber in die Irre. Denn der Großteil der dem US-Präsidenten zugeordneten Verwaltung ist im benachbarten Eisenhower Building mit einer Fläche von mehr als 61.000 Quadratmetern untergebracht. Benjamin Stahl |

ORTSTERMIN: STILLES GEDENKEN AM STOLPERSTEIN



Wider das Vergessen: Die Holocaust-Überlebende Inge Auerbacher (Mitte) gedenkt am 28. Januar mit Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) ihrer Freundin Ruth. Ein Stolperstein in Berlin Mitte erinnert an das jüdische Mädchen, das im Konzentrationslager in Auschwitz ermordet wurde. © DBT/Kügelner/photothek/Colledge, Stephan Rotes

»Hier wohnte Ruth Nelly Abraham«

Drei goldglänzende Messingtafelchen, jedes nicht viel größer als Inge Auerbachers Handfläche, blitzen aus dem Grau des Berliner Pflasters. »Hier wohnte Ruth Nelly Abraham« steht in Versalien eingraviert auf einem der kleinen Quader. Ein kalter Wind fegt durch die Hauptstadt, nur vereinzelt bedecken zarte Wolken den ansonsten strahlend blauen Himmel. Es ist der Stolperstein für ihre beste Freundin aus Kindheitstagen, den die 87 Jahre alte Frau mit den großen dunklen Augen an diesem Freitagnachmittag gemeinsam mit Bundestagspräsidentin Bärbel Bas besucht. Sichtlich ergriffen betrachtet Auerbacher die Gedenktafel, die hier, in der Wallstraße 84, dem einstigen Wohnort der Familie Abraham, in den Gehweg eingelassen ist. Als Mädchen waren die beiden unzertrennlich, bis die Nationalsozialisten Ruths Leben auslöschten. Inge Auerbacher hat als junges Mädchen die Gräueltaten der Nationalsozialisten erlebt. Geboren an Silvester 1934 wächst sie in einem kleinen Dorf am Rande des Schwarzwalds auf. Schon wenige Jahre nach ihrer Geburt dringt der Naziterror in ihr junges Leben: Schikanen, Plünderungen, willkürliche Verhaftungen. Die Nationalsozialisten beginnen, Jüdinnen und Juden gezielt zu verfolgen. Am 22. August 1942 werden die damals Siebenjährige und ihre Eltern nach Theresienstadt deportiert. Hunger und Krankheit nagen an den Frauen, Männern und Kindern, die in dem Lager im heutigen Tschechien gefangen gehalten werden. Inmitten dieses unmenschlichen Ortes lernt Auerbacher die gleichaltrige Ruth kennen. Das »Dorfmädel« aus Süddeutschland und die Berliner werden beste Freundinnen. Sie versprechen einander, sich gegenseitig zu besuchen, wenn der Alptraum vorbei ist. Doch Ruth überlebt die NS-Gewaltherrschaft nicht, sie und ihre Eltern werden nach Auschwitz deportiert und ermordet. Es ist einer der letzten Transporte, bevor die sowjetische Armee am 8. Mai 1945 die Überlebenden von Theresienstadt befreit. Hitler-Deutschland hat kapituliert, der Krieg in Europa ist beendet. Inge Auerbacher und ihre Eltern haben die Hölle überlebt. Am 27. Januar, dem Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust, sprach sie im Bundestag über ihre Geschichte. »Liebe Ruth«, rief Auerbacher während ihrer Gedenkrede, »ich bin hier in Berlin, um dich zu besuchen.« Sie hat ihr Versprechen wahr gemacht. Ruth Abraham ist eines von mehr als anderthalb Millionen Kindern, die dem Rassenwahn der Nationalsozialisten zum Opfer fielen. Anderthalb Millionen Hoffnungen und Lebenspläne, ausgelöscht. Die Schicksale der Ermordeten und Verfolgten lebendig zu halten, ist das Ziel des Erinnerungsprojekts von Künstler Gunter Demnig. Mehr als 75.000 Stolpersteine prägen mittlerweile die Fußwege zahlreicher Städte. Schlicht, beinahe unscheinbar, und doch lassen sie die Augen stolpern. Sie rücken die Opfer des NS-Regimes in den Blick, ihre Namen und Geschichten. Schicksale wie das von Ruth Abraham. »Jahrgang 1934, Deportiert 1942, Theresienstadt, Ermordet in Auschwitz.« Lange blicken Inge Auerbacher und Bärbel Bas auf die kleine Gedenktafel und auf das Foto von Ruth, nach dem Inge Auerbacher so lange gesucht hat. Dann legen sie gemeinsam eine weiße Rose auf das Mahnmahl. Ruth Abraham wurde vor annähernd acht Jahrzehnten ermordet, aber die Erinnerung an sie lebt. Irina Steinhauer |

PERSONALIA

>Jerzy Montag Bundestagsabgeordneter 2002-2013, Bündnis 90/Die Grünen Jerzy Montag wird am 13. Februar 75 Jahre alt. Der Rechtsanwalt aus München schloss sich 1984 den Grünen an und stand von 1998 bis 2002 an der Spitze des Landesverbands Bayern. Der langjährige rechtspolitische Sprecher seiner Fraktion wirkte im Rechtsausschuss sowie im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union mit.

>Hans-Joachim Fuchtel Bundestagsabgeordneter 1987-2021, CDU Am 13. Februar wird Hans-Joachim Fuchtel 70 Jahre alt. Der Jurist aus Altensteig/Kreis Calw schloss sich 1969 der CDU an, war von 1975 bis 1987 dort Stadtrat und von 1979 bis 2009 Kreisabgeordneter. Von 2009 bis 2021 am-

tierte Fuchtel als Parlamentarischer Staatssekretär (2009 bis 2013 im Arbeitsministerium, 2013 bis 2018 im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 2018 bis 2021 im Landwirtschaftsministerium). Der Direktkandidat des Wahlkreises Calw gehörte von 1994 bis 2009 dem Haushaltsausschuss an.

>Jochen Welt Bundestagsabgeordneter 1990-2004, SPD Am 14. Februar vollendet Jochen Welt sein 75. Lebensjahr. Der Sozialwissenschaftler aus Recklinghausen, SPD-Mitglied seit 1969, war dort von 1987 bis 1998 Bürgermeister sowie von 2004 bis 2009 Landrat. Welt engagierte sich im Innen- sowie im Haushaltsausschuss. Von 1998 bis 2004 war er Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedler und nationale Minoritäten.

>Erika Trenz Bundestagsabgeordnete 1987-1990, Die Grünen Am 15. Februar wird Erika Trenz 75 Jahre alt. Die Verwaltungsangestellte aus Saarbrücken schloss sich 1984 den Grünen an. Die erste saarländische Vertreterin ihrer Partei im Bundestag engagierte sich im Arbeits- sowie im Innenausschuss.

>Gerhard Päselt Bundestagsabgeordneter 1990-1998, CDU Gerhard Päselt vollendet am 16. Februar sein 85. Lebensjahr. Der Physiker trat 1984 der CDU in der DDR bei und wurde 1990 stellvertretender Kreisvorsitzender in Gotha. Mehr als zwei Jahrzehnte gehörte er dem dortigen Kreistag an. Der Direktkandidat des Wahlkreises Gotha – Arnstadt war Mitglied des Bildungs- sowie des Tourismusausschusses.

>Roswitha Stolfa Bundestagsabgeordnete 1990, PDS Am 15. Februar begeht Roswitha Stolfa ihren 80. Geburtstag. Die Lehrerin aus Halle/Saale trat 1964 der SED und 1989 der PDS bei und gehörte 1990 der ersten frei gewählten Volkskammer an. Von 1994 bis 2002 war sie Mitglied des Landtags in Sachsen-Anhalt.

>Konrad Weiß Bundestagsabgeordneter 1990-1994, Bündnis 90/Die Grünen Am 17. Februar wird Konrad Weiß 80 Jahre alt. Der Filmregisseur zählte im September 1989 zu den Mitbegründern der DDR-Bürgerbewegung »Demokratie Jetzt!«. Von 1989 bis 1991 stand er dieser als Sprecher vor. 1990 gehörte er der ersten frei gewählten Volkskammer an. Im Bundestag arbeitete Weiß im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und im Petitionsausschuss mit.

>Ludger Volmer Bundestagsabgeordneter 1985-1990, Die Grünen, 1994-2005, B90/Die Grünen Ludger Volmer wird am 17. Februar 70 Jahre alt. Der Diplom-Sozialwissenschaftler aus Gelsenkirchen zählte 1979 zum Gründerkreis der Partei »Die Grünen« und war von 1991 bis 1994 Sprecher des Bundesvorstands. 1990 gehörte er der ersten frei gewählten Volkskammer an. Im Bundestag arbeitete er für die Fusion seiner Partei mit der ehemaligen Bürgerrechtsbewegung der DDR »Bündnis 90«. Von 1998 bis 2002 amtierte Volmer als Staatsminister im Auswärtigen Amt. Er engagierte sich im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit, im Finanzausschuss sowie im Auswärtigen Ausschuss. bmh |

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament Platz der Republik 1 11011 Berlin redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von »Das Parlament« erscheint am 21. Februar.

Rita Süsmuth wird 85

Auch 20 Jahre nach ihrem Abschied von der aktiven Politik gehört sie zu den bekanntesten und geachteten bundespolitischen Persönlichkeiten. Am 17. Februar wird Rita Süsmuth 85 Jahre alt. Als Bundeskanzler Kohl die Professorin für Erziehungswissenschaften 1985 zur Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit berief – seit Juni 1986 um Belange der Frauen ergänzt –, war sie außerhalb ihres bisherigen Wirkungskreises als Vorsitzende des CDU-Bundesfachausschusses für Familienpolitik nahezu unbekannt. Heiner Geißler war es, der sie förderte und ihr den Schritt in die Politik schmackhaft gemacht hatte. Dass sie rasch Akzente setzte und neuen Politikfeldern ein Gesicht gab, ließ sie zu der bis heute profiliertesten Seiteneinsteigerin in die Bundespolitik werden. Bei allem war sie aber keine typische Parteipolitikerin, sondern eine durchsetzungsstarke Gestalterin, die sich trotz heftiger Kritik den gesellschaftlichen Herausforderungen, etwa in der Familienpolitik, stellte und der CDU, der sie erst 1981 beitrug, einen zeitangepassten Weg wies. Dass sie dabei Offenheit und Redlichkeit an den Tag legte, kam Süsmuth zugute. Ihre Karriere nahm im November 1988 eine unerwartete Wende, als sie in der Nachfolge Philipp Jenningers zur Bundestagspräsidentin gewählt wurde. Auf politische Mitsprache verzichtete sie auch in diesem Amt nicht und verlieh ihm eine unverwechselbare Note. Sie war eine »politische« Präsidentin. Als 1990 der gesamtdeutsche Bundestag zusammenkam, bezeichnete sie es als dessen künftige Aufgabe, das Zusammenwachsen zu fördern und die Lebensbedingungen einander anzugleichen. Der Ruf »Wir sind ein Volk« müsse zuallererst im Bundestag sichtbar werden. bmh |



der bis heute profiliertesten Seiteneinsteigerin in die Bundespolitik werden. Bei allem war sie aber keine typische Parteipolitikerin, sondern eine durchsetzungsstarke Gestalterin, die sich trotz heftiger Kritik den gesellschaftlichen Herausforderungen, etwa in der Familienpolitik, stellte und der CDU, der sie erst 1981 beitrug, einen zeitangepassten Weg wies. Dass sie dabei Offenheit und Redlichkeit an den Tag legte, kam Süsmuth zugute. Ihre Karriere nahm im November 1988 eine unerwartete Wende, als sie in der Nachfolge Philipp Jenningers zur Bundestagspräsidentin gewählt wurde. Auf politische Mitsprache verzichtete sie auch in diesem Amt nicht und verlieh ihm eine unverwechselbare Note. Sie war eine »politische« Präsidentin. Als 1990 der gesamtdeutsche Bundestag zusammenkam, bezeichnete sie es als dessen künftige Aufgabe, das Zusammenwachsen zu fördern und die Lebensbedingungen einander anzugleichen. Der Ruf »Wir sind ein Volk« müsse zuallererst im Bundestag sichtbar werden. bmh |

PERSONALIA

>Karl-Walter Fritz + Bundestagsabgeordneter 1965-1969, SPD Karl-Walter Fritz starb am 8. Januar, wenige Tage nach seinem 90. Geburtstag. Der Versicherungskaufmann aus Wiesbaden trat 1953 der SPD bei. Von 1962 bis 1969 war er Vorsitzender des dortigen Unterbezirks. Der Direktkandidat des Wahlkreises Wiesbaden arbeitete im Finanzausschuss mit.

>Arnulf Kriedner + Bundestagsabgeordneter 1990-1998, CDU Bereits am 20. Dezember starb Arnulf Kriedner im Alter von 84 Jahren. Der Unternehmensberater aus Meiningen trat 1963 der CDU bei, war von 1993 bis 1995 Vorsitzender des Kreisverbands Schmalkalden-Meiningen und amtierte von 1981 bis 1989 als Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln. Kriedner wirkte im Haushaltsausschuss mit.

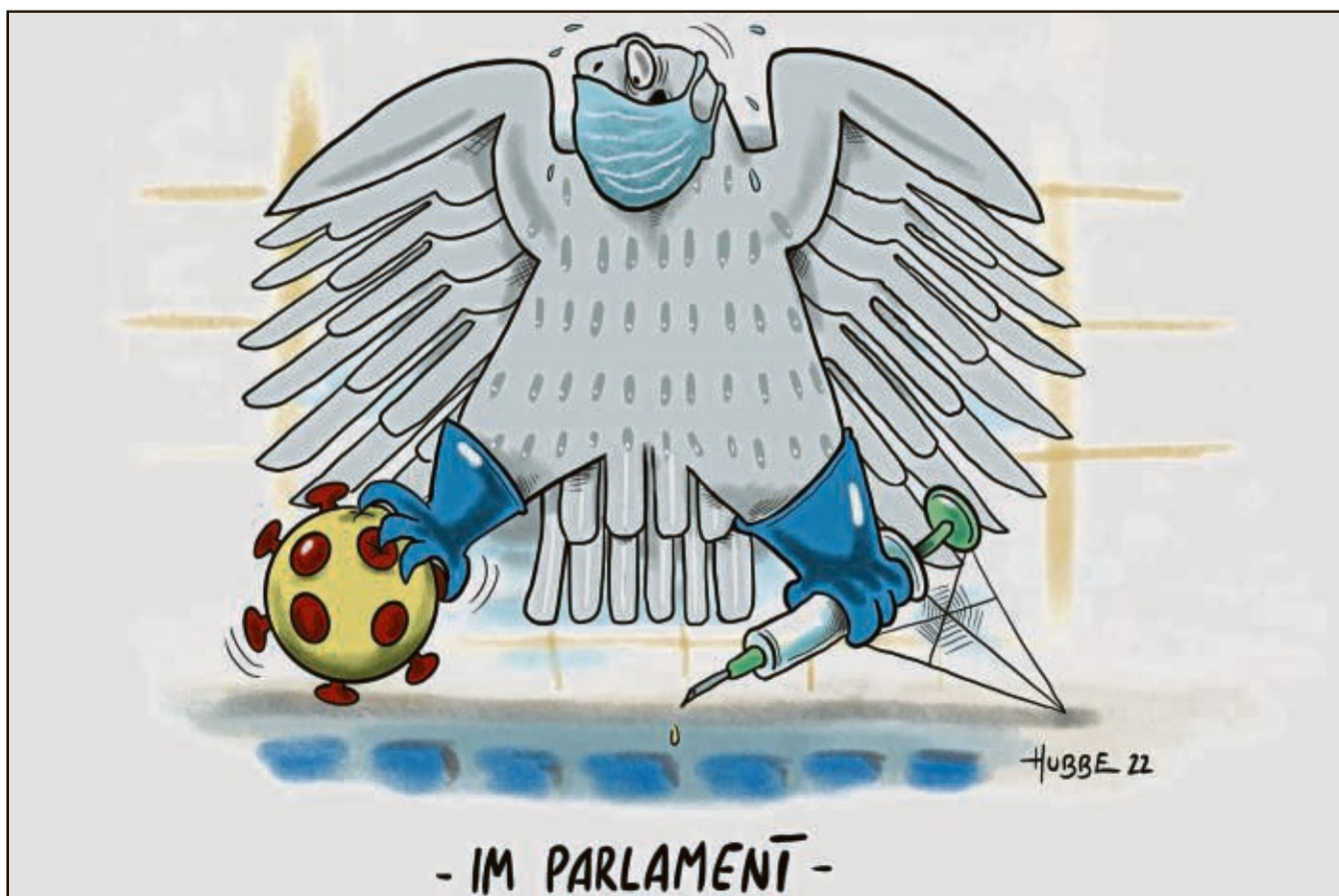
>Horst Sielaff Bundestagsabgeordneter 1980-1998, SPD Horst Sielaff vollendet am 7. Februar sein 85. Lebensjahr. Der Pfarrer aus Frankenthal wurde 1968 SPD-Mitglied und gehörte von 1969 bis 1984 dem dortigen Stadtrat an. Der Direktkandidat des Wahlkreises Frankenthal engagierte sich im Familien- sowie im Landwirtschaftsausschuss.

>Jürgen Türk Bundestagsabgeordneter 1990-2005, FDP Am 7. Februar wird Jürgen Türk 75 Jahre alt. Der Diplom-Ingenieur aus Kolkwitz/Kreis Spree-Neiße trat 1989 der FDP bei und war von 2001 bis 2003 Landesvorsitzender in Brandenburg. Von 2003 bis 2014 gehörte er dem Kreistag Spree-Neiße an. Er wirkte im Wirtschaftsausschuss sowie im Ausschuss für Angelegenheiten der Neuen Länder mit.

>Frank Bsirske Bundestagsabgeordneter seit 2021, Bündnis 90/Die Grünen Frank Bsirske wird am 10. Februar 70 Jahre alt. Der Diplom-Politologe trat 1986 den Grünen bei. Von 1984 bis 1989 gehörte er dem Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV an und trat 2000 an dessen Spitze. Von 2001 bis 2019 war er Vorsitzender der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Bsirske gehört dem Ausschuss für Arbeit und Soziales an.

>Gerhard Kunz Bundestagsabgeordneter 1971-1981, CDU Gerhard Kunz vollendet am 11. Februar sein 80. Lebensjahr. Der Rechtsanwalt aus Berlin trat 1961 der CDU bei und war langjähriges Vorstandsmitglied der dortigen Jungen Union. Im Bundestag arbeitete er im Rechts- sowie im Wahlaufwärtigen Ausschuss mit. Von 1981 bis 1985 gehörte der Jubilar dem Berliner Abgeordnetenhaus an und war von 1981 bis 1985 Finanzsenator. bmh |

SEITENBLICKE



- IM PARLAMENT -

Dagmar Schmidt, SPD:

Die allgemeine Impfpflicht ist der Weg aus der Pandemie



Dagmar Schmidt (*1973)
Wahlkreis Lahn-Dill

Ich bin froh und dankbar, dass wir die Debatte zur Impfpflicht heute hier führen, hier im Parlament, wo diese Debatte hingehört, und ich bin mir sicher, dass der demokratische Teil dieses Hauses sie trotz aller Unterschiede sehr angemessen und respektvoll führen wird.

Man kann sich irgendetwas selber ausdenken, zusammenschwurbeln, dabei immer gegen „die da oben“ hetzen und den Leuten dummes Zeug erzählen. Das ist einfach und nutzt all denjenigen, die das Vertrauen in unsere demokratischen und wissenschaftlichen Institutionen zerstören wollen.

Man kann sich aber auch, wie die allermeisten, die anstrengende Mühe machen, Verantwortung zu übernehmen, abzuwägen, zu diskutieren, immer wieder auf die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse zu reagieren, zu versuchen, Kompliziertes einfach zu machen, auch wenn uns das nicht immer gelingt. Dabei müssen wir die Sorgen und Ängste auf der einen Seite, aber eben auch die Erwartungen an

konsequentes Handeln auf der anderen Seite sehr ernst nehmen. Deswegen sollte uns alle ein Anliegen sein, nämlich dass wir noch mal einen großen Anlauf machen, aufeinander zugehen und zum Impfen einladen, dass wir überzeugen, Sorgen ernst

nehmen und Fragen beantworten.

Denn es ist kein kleiner Schritt, wenn lange Zeit eine Impfpflicht ausgeschlossen wurde und diese dann doch eingeführt werden soll. Warum ich es trotzdem für notwendig halte, will ich kurz erläutern; denn in Wirklichkeit reden wir ja nicht über die Frage „Impfpflicht ja oder nein?“, sondern wir reden über Alternativen im Umgang mit der Pandemie. Und jede Entscheidung – auch die dagegen – hat Konsequenzen, zu denen man sich dann eben auch bekennen muss.

Welche Alternativen haben wir? Erste Alternative: es laufen lassen. Das führt irgendwann zu einer Grundimmunität. Vorher führt es aber zu vielen Toten, Kranken und Long-Covid-Patienten. Es führt dazu, dass Menschen wegen Überlastung des Gesundheitssystems nicht mehr behandelt werden können, und zu unmenschlichen Anforderungen an diejenigen, die dort arbeiten. Wir haben uns aus guten Gründen bisher dagegen entschieden. Und auch Omikron ändert daran nichts.

Die zweite Alternative, um das Virus im Griff zu halten, kennen wir nur allzu gut: Kontaktbeschränkungen, Zugangsbeschränkungen, all die Maßnahmen bis hin zum Lockdown. Es drohen also wieder ein Herbst und ein Winter wie dieses und letztes Jahr, nur dass es jetzt wirklich an uns selber liegt, das zu ändern, weil wir die Mittel in der Hand halten.

Somit komme ich zur dritten Alternative, einer sehr hohen Impfquote. Davon sind wir trotz aller Bemühungen noch sehr weit entfernt. Deswegen brauchen wir für den Weg aus der Pandemie eine allgemeine Impfpflicht.

Die Impfstoffe, die wir haben, zählen mit zu den besten überhaupt. Bei inzwischen weltweit knapp 5 Milliarden Geimpften

wissen wir das sehr gut. Nach dem Stand der Wissenschaft bieten drei Impfungen einen guten Schutz gegen schwere Verläufe und Tod – auch bei Varianten. Wir kommen damit zu einer Grundimmunisierung ähnlich wie bei der Grippe. Und viele haben diese auch schon.

Wir wollen alle ab 18 einbezie-

Tino Sorge, CDU:

Pauschale Lösungen sind fast immer die schlechtesten



Tino Sorge (*1975)
Landesliste Sachsen-Anhalt

Der Gesundheitsminister hat sich ja geweigert, einen konkreten Vorschlag zu unterbreiten. Deshalb finde ich die Orientierungsdebatte auch vor dem Hintergrund sehr interessant, dass er uns vielleicht heute verraten wird, wie sein Vorschlag genau aussieht. Ich glaube, auch die 80 Millionen Menschen in Deutschland interessiert das. Insofern möchte ich zu Beginn meiner Rede kurz darauf hinweisen, dass es wirklich schade ist, dass bei diesem Thema, über das wir heute in einer Orientierungsdebatte diskutieren, keinerlei – ich sage jetzt mal – Richtung des Bundeskanzlers oder auch des Gesundheitsministers vorgegeben worden ist. Das erinnert mich so ein bisschen an ein Versteckspiel. Man spielt zusammen Verstecken und hofft, dass irgendjemand ein Konzept

hen, damit alle mit allen solidarisch sind: die mit mehr Kontakten mit denen, die ein größeres Risiko haben – und umgekehrt. Wir wollen eine Auswahlmöglichkeit für die Impfstoffe und Ausnahmen für die, die sich aus medizinischen, auch psychischen Gründen nicht impfen lassen können. Und wir wollen bei der Durchsetzung die Balance halten, zwar ernsthafte Durchsetzung mit Nachweispflicht und Bußgeldern – weil wir sonst das Ziel nicht erreichen –, aber wir wollen dabei die Verhältnismäßigkeit bewahren.

Die Impfpflicht ist ein milderes Mittel als die Gefährdung der Ge-

sundheit durch Durchseuchung und auch als weitere Einschränkungen, die vor allem Kinder und Jugendliche, aber noch viele andere mehr treffen mit harten Folgen: psychischen Folgen, vergangenen Lebenschancen, finanziellen Problemen, Zukunftsängsten. Wir haben einen Weg aus der Pandemie – der heißt: Impfen. Damit wir wieder unbeschwert Freunde sehen, uns umarmen, Kunst und Kultur genießen, feiern, singen und tanzen können.

Ich freue mich drauf.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

zur Impfpflicht vorlegt, wenn man nur lange genug darauf wartet.

Meine Kolleginnen und Kollegen, ich möchte in diesem Kontext jedenfalls darauf hinweisen, dass wir als Union diese Debatte sehr begrüßen. Aber wir hätten uns gewünscht, dass wir diese Debatte schon viel früher geführt hätten, nämlich vor Weihnachten, nachdem wir einen langen Fragenkatalog an das Bundeskanzleramt geschickt hatten. Wir hätten im Vorfeld dieser Debatte gern gewusst, wie bestimmte Fragen seitens der Bundesregierung einsortiert werden. Die Fragen – ja, das muss man sagen – sind zwar gestern beantwortet worden. Aber auf die 22 wichtigsten Fragen wurde in sage und schreibe zwölf Zeilen geantwortet. Insofern frage ich mich: Ist das der Anspruch der Bundesregierung? Ich hoffe, nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Gesundheitskrise, in der wir uns befinden, hat historische Ausmaße. Deshalb ist es auch so wichtig, dass wir uns überlegen: Wie können wir aus dieser Pandemie herauskommen? Insofern ist es im Rahmen dieser Debatte ganz wichtig, voranzustellen, dass Impfen der Weg aus der Pandemie ist.

Deshalb ist es so wichtig, dass wir uns darüber verständigen, wie eine Impfpflicht denn aussehen könnte, und nicht nur Plattitüden in den Raum stellen und sagen:

„allgemeine Impfpflicht“, „keine Impfpflicht“, was auch immer. Wir müssen uns vielmehr darüber verständigen, wie wir die Impfpflicht ausgestalten können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns auch die fachlichen Bedenken ernst nehmen. Wir hätten uns gewünscht, dass schon im Vorfeld der Debatte auf Fragen eingegangen worden wäre wie: Wie kann so eine Impfpflicht genau ausgestaltet werden?

Verfassungsrechtliche Fragen spielen dabei eine Rolle. Juristen sagen uns: Angesichts der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen ist es nicht so einfach, zu sagen:

„Wir machen eine allgemeine Impfpflicht“, wenn nicht erklärt wird, wie denn diese Impfpflicht aussehen könnte. Die Mediziner sagen uns: Impfen schützt bei Corona. – Wir wissen aber mittlerweile, dass die Impfstoffe nach einer gewissen Zeit an Wirksamkeit

Die Gesundheitskrise, in der wir uns befinden, hat historische Ausmaße.

Die Impfpflicht ist ein milderes Mittel als die Gefährdung der Gesundheit durch Durchseuchung.

verlieren. Das sind alles Punkte, die wir bereits im Vorfeld hätten diskutieren müssen. Das sind alles Fragen, die uns die Bürger jeden Tag stellen, und niemand, gerade bei den Bürgern, hat Lust, sich alle drei oder vier Monate boostern zu lassen. Boostern ohne Ende kann nicht die Option sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass die pauschalen Lösungen fast immer die schlechtesten Lösungen sind. Deshalb sollten wir in der Debatte differenzieren. Es muss doch gerade darum gehen, neben der Frage des Ob einer Impfpflicht auch zu diskutieren, wie diese Impfpflicht aussehen könnte. Da sollten wir genauer hinschauen und überlegen: Wie könnte das denn geschehen? Zu der Frage hätte ich mir gewünscht, dass der Bundesgesundheitsminister nicht nur in Talkshows eine Meinung äußert und eine allgemeine Impfpflicht fordert, sondern dass er auch mal sagt, wie er sich das vorstellt. Geht es dabei um konkrete Gruppen? Wie ist das Risiko einzelner Gruppen zu bewerten? Wie ist die Variante Omikron vor dem Hintergrund der Hospitalisierungen zu bewerten? Auch zeitliche Komponenten

wären zu konkretisieren.

Noch mal: Wir brauchen eine ordentliche Datengrundlage. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns in dieser Debatte doch auch darüber sprechen, wie wir diese Datengrundlage verbreitern könnten. Ist dafür beispielsweise ein Impfreister der richtige Weg? Das ist ein wichtiger Punkt, über den wir sprechen müssen. Bei der Diskussion über die Frage, wie wir die Datengrundlage verbessern können, müssen wir auch darüber sprechen, wie diese feinen Nuancierungen und Abstufungen im Rahmen der Impfpflicht ausgestaltet werden können.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns nicht immer nur alles schlechtreden; denn zu dieser Debatte gehört auch, die positiven Dinge anzusprechen. Wir tun immer so, als hätten wir im Rahmen der Debatte, insbesondere im Hinblick auf eine Impfpflicht, überhaupt nichts geschafft. Wenn wir auf die Zahlen schauen, stellen wir fest: 84 Prozent der Erwachsenen sind mittlerweile vollständig geimpft. 90 Prozent der Senioren sind mittlerweile geimpft. Das sollten wir nicht kleinreden. Aber wir sollten

immer darauf hinweisen, dass Impfen der Weg aus der Krise ist.

Zum Thema Datengrundlage, liebe Kolleginnen und Kollegen: Fallzahlen und Krankenhausinzidenz sind als Indikatoren gut; sie müssen aber durch weitere Parameter ergänzt werden. Wir brauchen einen fortlaufenden Überblick über die Auslastung der normalstationären Kapazitäten: digital, regional, differenziert. Das DIVI-Register beispielsweise könnte dafür ein gutes Vorbild sein. Wir müssen aber auch präziser erfassen, wo Arztpraxen an Belastungsgrenzen geraten. Genauso wichtig ist der Überblick über die Funktionsfähigkeit kritischer Infrastruktur.

Wir brauchen also ein präziseres Lagebild, wir brauchen aber auch in der Debatte weniger Aufgeregtheit. Wir müssen in der Debatte immer genau begründen, warum die Notwendigkeit für eine Impfpflicht in einzelnen Bereichen besteht. Denn Omikron – das sage ich wie viele andere auch – ist zwar eine dominante, aber auch

eine mildere Variante. Deshalb werden wir, glaube ich, im Frühjahr einiges Althergebrachtes überdenken müssen und bei der Frage, welche Lösungen wir in den Blick nehmen, eher auf differenziertere statt pauschale setzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach zwei Jahren Pandemie und erheblichen Grundrechtseingriffen, denke ich, sollten wir uns auch hier im Parlament im Rahmen der Debatte gegenseitig zugehen, dass insbesondere im Hinblick auf die Impfpflicht ein breites Meinungsspektrum herrscht. Ich hätte mir deshalb gewünscht, dass wir bei der Frage, wie wir diese Debatte führen, im Vorfeld zumindest einen Entwurf gehabt hätten, den man im parlamentarischen Verfahren hätte diskutieren können. Das ist leider nicht passiert. Jetzt kann man sagen: Das ist vergessene Milch. – Mein persönlicher Wunsch ist allerdings, dass unser Koordinatensystem auch bei diesen ganzen Debatten nicht dafür verloren geht, was der Staat tun

sollte und was nicht. Auch die Prinzipien der Eigenverantwortung der Bürger und der Zurückhaltung des Staates sollten wir nicht vergessen. Insofern werden wir bei der Frage hier im Parlament wie üblich letztendlich einen Kompromiss finden.

Noch mal: Das beste Instrument, um aus der Pandemie herauszukommen, ist das Impfen. Aber solange kein Instrument mit absolutem Schutz zur Verfügung steht, wäre auch eine absolute Impfpflicht der falsche Weg. Dennoch geht es darum, dass wir als Union einen pragmatischen Ansatz finden: Differenzieren statt Aktionismus, Pragmatismus statt Panik. Das ist für die Akzeptanz unverzichtbar; denn eine Impfpflicht, die wir vor Ort umsetzen müssen und wollen, wird nur dann akzeptiert, wenn sie tatsächlich umgesetzt werden kann und nachvollziehbar ist.

Und nicht zuletzt: Wir sollten uns in der politischen Kultur und in der gesellschaftlichen Debatte die Tür zur Versöhnung offen halten. Lassen Sie uns das nicht vergessen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Bündnis 90/Die Grünen:

Wir brauchen eine allgemeine Impfpflicht ab 18 Jahren



Kirsten Kappert-Gonther (*1966)
Landesliste Bremen

Die Pandemie setzt uns alle unter Druck. Einsamkeit und seelische Belastungen nehmen zu, Kinder wollen endlich wieder unbeschwert lernen und ihre Freundinnen und Freunde treffen, Künstler/-innen warten darauf, wieder aufzutreten. Und die Menschen, die Tag und Nacht unsere Gesundheitsversorgung aufrechterhalten, wollen endlich mal wieder Pause machen.

Uns eint, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir diese Pandemie endlich überwinden wollen. Impfen ist der Weg aus der Pandemie,

Impfen ist der Schlüssel dafür, die Überlastung des Gesundheitssystems zu vermeiden, damit alle, die medizinische und pflegerische Hilfe brauchen, sie sicher bekommen. Dafür brauchen wir eine deutlich höhere Impfquote. Wir liegen im europäischen Vergleich gerade einmal im Mittelfeld. Wäre die Impfkampagne motivierender, aufsuchender gewesen – wie im schönen Bundesland Bremen –, dann müssten wir diese Debatte möglicherweise gar nicht führen. Jetzt aber stehen wir in der Verantwortung, die bestehenden Impflücken zu schließen. Ich halte darum die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht ab 18 für richtig.

Sich impfen lassen zu können, ist übrigens ein Privileg; wer kann, sollte es auch tun! Der Bundesverband der Organtransplantierten unterstützt die Impfpflicht ab 18; auch sie sind auf unsere Solidarität angewiesen.

Eine Impfpflicht bedeutet eine doppelte Verpflichtung: eine Ver-

pflichtung der Bürger/-innen, sich impfen zu lassen, und eine Verpflichtung des Staates, jeder Person ein geeignetes Impfangebot zur Verfügung zu stellen. So gehen Impfpflicht und Impfrecht Hand in Hand.

Wenn die Impfpflicht ein Erfolg werden soll, dann heißt das nicht etwa weniger Kommunikation, sondern mehr Kommunikation: mehr zielgruppenspezifische Aufklärung, mehrsprachig, klar und verständlich.

Es geht auch unter den Bedingungen einer Impfpflicht immer um einen ermöglichenden Staat; das heißt, für Menschen, die besondere Sorge haben – wegen der Spritze, wegen der Impfung –, braucht es über die ärztliche Aufklärung hinausgehende Gesprächsangebote.

Macht es nun Sinn, eine Impfpflicht auf die über 50-Jährigen zu begrenzen? Ich meine, nein. Auch bei jüngeren Menschen gibt es schwere Verläufe. Long Covid ist

Impfen ist der Schlüssel dafür, die Überlastung des Gesundheitssystems zu vermeiden.

ein zusätzliches Risiko.

Eine durchgemachte Infektion birgt nicht nur für alle Altersgruppen hohe Risiken, sie schützt auch nicht so effektiv vor weiteren Infektionen wie eine Impfung.

Und – das finde ich besonders relevant – wenn wir das Signal setzen würden: „Impfen ist vor allem für die über 50-Jährigen wichtig“, birgt das sogar die Gefahr, dass die Impfbereitschaft bei den Jüngeren abnimmt, und das wäre kontraproduktiv.

Es gibt die Befürchtung, dass eine Impfpflicht zu mehr gesellschaftlicher Spaltung führe. Ich gehe eher davon aus, dass eine klare und eindeutige staatliche Regel, die für alle gleichermaßen gilt, dabei hilft, eine gesellschaftliche

Befriedung herbeizuführen. Denn sie hilft auch, innere Ambivalenzen zu überwinden, und diese Chance sollten wir nutzen.

Je mehr Menschen im persönlichen Umfeld geimpft sind, desto höher ist auch die eigene Impfbereitschaft. Es muss die Regel werden, geimpft zu sein, und das erreichen wir durch eine allgemeine Impfpflicht.

Lassen Sie uns gemeinsam weiter im Austausch bleiben! Ich freue mich auf die weiteren Beratungen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP – Zurufe von der AfD)



Bei Coronaprotesten stellten sich Gegendemonstranten schützend vor das Klinikum in Merseburg.
© picture alliance/dpa|Hendrik Schmidt

Tino Chrupalla, AfD:

Die Alternative für Deutschland steht für Freiheit statt Spaltung



Tino Chrupalla (*1975)
Wahlkreis Görlitz

Das Wetter der letzten Tage ist der heutigen Debatte zur Impfpflicht eigentlich angemessen: Es ist düster bestellt um unser Land.

Als Abgeordnete dieses Hohen Hauses setzen wir uns nun seit mehr als zwei Jahren mit immer neuen Einschränkungen und Verboten auseinander. Werte Kollegen, wir alle erleben eine Zeit, in der eine deutsche Regierung wieder versucht, ihre autoritären Bestrebungen durch das Parlament zu bringen. Die proklamierte Einigkeit der Koalitionäre ist medial gestützt, über Differenzen wird kaum oder überhaupt nicht mehr

diskutiert. Es wird vielmehr nur noch diffamiert. Es drängt sich mir förmlich das Bild einer Bundesregierung auf, die sich wie ein verwundetes Tier schon fast ängstlich zurückzieht und aggressiv um sich beißt, sobald jemand versucht, sich ihr argumentativ zu nähern. Im Ergebnis gibt es nur noch ein Richtig oder Falsch; es wird durchregiert.

Doch mit welchen Folgen, muss man sich fragen. Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem Impfstoffe schon fast eine religiöse Stellung erhalten. Sie sollen das verbindende Element für alle Bürger sein, damit diese ein Teil der Gesellschaft sein dürfen. Wer nicht glaubt und von seinem Grundrecht auf Selbstbestimmung Gebrauch macht, ist automatisch ausgeschlossen. Beispiele hierfür erleben Sie alle tagtäglich, liebe Kollegen. Einmalig jedoch ist, dass erstmals Parlamentarier ihre Aufgaben nicht mehr uneingeschränkt wahrnehmen können.

Zwei Beispiele kurz angeführt: Aus meiner Fraktion wurde dem Kollegen Joachim Wundrak die Teilnahme an einer Ausschusssitzung verwehrt. Eine weitaus größere Tragweite werden wir aller-

dings morgen erleben: Erstmals werden nicht alle Mitglieder des Deutschen Bundestages an der Gedenkveranstaltung des 27. Januar teilnehmen dürfen.

Der Grund in beiden Fällen: ein falscher, sogenannter fehlender Status. Die Begründungen sind vielfältig, jedoch weder politisch noch rechtlich noch medizinisch nachvollziehbar. Ich wiederhole noch einmal eindrücklich: Ein nichtgeimpfter Parlamentarier – gesund, getestet – darf morgen nicht den Bundestag betreten. Genau das – ich zitiere Armin Laschet von gestern Abend –, genau das ist „eine Schande“, was hier passiert. Nicht die Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten gilt es zu verurteilen, sondern die Art, mit der die Regierenden versuchen, ihren Willen durchzusetzen, und die Arroganz, diesen nicht einmal mehr zur Diskussion zu stellen.

Der Umgang mit unserem Grundgesetz wird immer schamloser. Nachträglich wird der Status

Schaffen Sie endlich ein verlässliches und vor allem vertrauensvolles Klima!

„Genesen“ durch eine staatliche Institution aberkannt. Herr Bundesgesundheitsminister, brauchen wir eigentlich Ihr Ministerium noch oder übernimmt das zukünftig komplett das RKI? Falls ja, dann können wir ja die freien Mittel in meine sächsische Heimatregion investieren. Durch Ihre vorzeitige Energiewende samt Deindustrialisierung können wir dort jeden Euro dringend gebrauchen.

Meine Damen und Herren, diese politischen Schachzüge sind im höchsten Maß zu verurteilen. Unsere etablierten Strukturen werden ebenso nachhaltig geschwächt wie die Stellung des Parlaments. Genau das ist demokratiegefährdend, wovon Sie ja sonst immer so gerne reden. Werte Bundesregierung, geht es Ihnen eigentlich noch um unser Land oder um den bloßen Beweis, wer eigentlich die Machthaber sind?

Gegen einige, die mit der Moralkeule durch unsere Gesellschaft gehen, wird nun auch wegen Untreue ermittelt. Das ist ein schwerwiegender Tatbestand, meine Damen und Herren. Und viel schlimmer: Frau Baerbock und Herr Habeck sind Bundesminister Ihres Kabinetts, Herr Scholz. Wie glaubwürdig, meinen Sie, sind diese Personalien für unsere Bürger überhaupt noch?

Sie sind ganz offensichtlich,

über viele Politikfelder hinweg, in einem Schwarz-Weiß-Denk- und Handlungsschema gefangen. Sie haben vollkommen den Blick für Ihre eigentliche Aufgabe verloren, nämlich die, eine Vision für die Zukunft unseres Landes zu erzeugen. Die gibt es schlichtweg nicht. Wie, möchten Sie, soll Deutschland in 30 oder 70 Jahren aussehen? Wie sieht eigentlich überhaupt Ihre Corona-Exitstrategie aus? Sie ist schlichtweg nicht vorhanden, Herr Scholz. Alle Szenarien, die Sie unseren Bürgern skizzieren, zeigen, dass wir mit immer mehr Einschränkungen zu leben lernen müssen: das Ganze mit den erneuerbaren Energien, einem immer stärker werdenden Staat und voll digitalisiert natürlich. Wie man davon jedoch seine Miete oder die Stromrechnung bezahlen soll, daran hat niemand gedacht, und das ist Ihnen anscheinend auch völlig egal.

Werte Bundesregierung, geben Sie den Bürgern endlich Antworten zu den Wirkungen und auch Nebenwirkungen der Impfung. Deren Wirksamkeit und Sicherheit werfen viele Fragen auf. Schaffen Sie endlich ein verlässliches und vor allem vertrauensvolles Klima!

Eine Impfpflicht jedenfalls lehnen wir sowohl für einzelne Berufsgruppen als auch allgemein vollständig ab. Die Alternative für Deutschland steht für Freiheit statt Spaltung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Marco Buschmann, FDP:

Es geht um den Schutz des öffentlichen Gesundheitssystems



Marco Buschmann (*1977)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Gestatten Sie mir zwei Bemerkungen vorneweg. Erstens. Wenn man merken wollte, dass die AfD zur Sache nichts beizutragen hat, dann hat man das jetzt gesehen. Ihre Rede hat nichts gezeigt außer wüsten Beschimpfungen und dem Fehlen von sachlichen Argu-

menten in der Debatte, Herr Chrupalla. Das war, glaube ich, ein Schuss in den Ofen.

Zweitens. Ich möchte mich bedanken. Ich möchte mich als Abgeordneter bei den Fraktionen bedanken, dass sie dieses Debatteformat hier möglich gemacht haben; denn es ist der Sache angemessen. Es ist auch dem Parlament angemessen, denn wir merken ja: Überall – in den Freundeskreisen, in den Ortsverbänden der Parteien, in den Milieus, in den Vereinen – wird über diese Sache sehr leidenschaftlich, zum Teil auch sehr hitzig debattiert. Da gelten auch manch alte Regeln nicht. Deshalb ist es richtig und gut, dass dieses Verfahren dafür sorgt, dass jede Kollegin und jeder Kollege absolut frei von allen Sorgen seine Bedenken, seine Argumente hier vortragen kann. Das zeigt, dass das Gegenteil von

dem richtig ist, was Sie behauptet haben, Herr Chrupalla: Es gilt eben nicht die Logik der Macht, sondern es gilt die Logik des Arguments und des frei gesprochenen Wortes, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wer aus einer schwierigen Frage der Ethik eine parteitaktische Frage der Macht machen möchte, beweist, dass er oder sie die Dimension der Frage nicht verstanden hat, Herr Chrupalla.

Ich möchte ein paar Anmerkungen aus rechtlicher Sicht machen, wohlgeachtet nicht in amtlicher Eigenschaft, sondern weil ich das Recht zu meinem Beruf gemacht habe und mich, seit ich hier im Parlament tätig bin, auch immer um Fragen des Rechts gekümmert habe. Wenn es um die Frage der Impfpflicht geht, höre ich immer wieder, dazu könne das Verfassungsrecht in Wahrheit

keinen Beitrag leisten; denn Karlsruhe habe doch dem Gesetzgeber eine Carte blanche gegeben. Diesem Missverständnis möchte ich hier entgegentreten. Was Karlsruhe in der Entscheidung zur Bundesnotbremse gesagt hat, war, dass diese Frage so komplex, so schwierig, auch mit so vielen prognostischen Elementen, also letztendlich Spekulationen auf die Zukunft versehen ist, dass Richter ihre Beurteilung nicht an die Stelle des Gesetzgebers setzen können. Das heißt aber nicht, dass wir frei sind, sondern dass wir umso sorgfältiger über diese Frage ringen müssen, weil nach uns vermutlich keine andere Instanz mehr kommen wird. Auch deshalb ist dieses Verfahren der Sache angemessen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

Der Beitrag des Verfassungsrechts zu dieser Debatte ist neben den medizinischen und ethischen Fragen enorm; denn unsere Verfassung verlangt von uns, dass wir

das Ziel klar benennen. Da reicht es nicht, von einer Botschaft an die Geimpften oder Ungeimpften zu reden; dass die einen die guten oder die anderen die schlechten Bürger seien. Da reicht es auch nicht, zu sagen, dass es doch klug und besser wäre, wenn ein Mensch mit Diabetes sich impfen lassen würde; denn wenn es lediglich um den medizinischen Eigen-

Wir müssen diese mildereren Alternativen nach bestem Wissen und Gewissen prüfen.

schutz geht, reicht das nicht aus. Das wäre Paternalismus; das wird man im Lande Immanuel Kants noch sagen dürfen.

Worum es gehen muss, ist der Schutz des öffentlichen Gesundheitssystems, die Verteidigung der Intensivstationen und auch der normalen Stationen vor Überlastung. Darum muss es gehen. Deshalb müssen wir uns die Frage stellen, und zwar ernsthaft: Ist das auch mit mildereren Mitteln möglich? Meine Bitte ist, dass wir uns zwei Fragen wirklich sehr

Fortsetzung auf nächster Seite

ernsthaft vornehmen:

Erstens. Wenn der Coronaexpertenrat sagt, dass insbesondere die Gruppe der über 50-jährigen Ungeimpften hinsichtlich der Frage einer künftigen Überlastung der Intensivstationen die größte Sorge bereitet, müssen wir

die mildere Alternative einer altersbezogenen, einer gestuften Impfpflicht sehr ernst nehmen.

Aber auch die Anhänger dieser gestuften Impfpflicht müssen sich ernsthaft diese zweite Frage stellen: Wenn wir die sehr vielversprechenden antiviralen Medi-

kamente, die in den Studien eine extrem hohe Wirksamkeit zeigen, schnell und flächendeckend zur Verfügung stellen, ist dies nicht möglicherweise auch eine Perspektive und ein Beitrag, um unsere Intensivstationen und unsere Krankenhäuser vor Überlastung

zu schützen?

Ich traue mir heute da noch keine abschließende Meinung zu. Aber wir müssen diese mildereren Alternativen nach bestem Wissen und Gewissen prüfen, und darum möchte ich bitten in dieser Debatte.

Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Zuruf der Abg. Beatrix von Storch [AfD])

Kathrin Vogler, Die Linke:

Eine Durchseuchungsstrategie wäre vollkommen unethisch



Kathrin Vogler (*1963)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Seit zwei Jahren leiden die Menschen in diesem Land unter der Coronapandemie und auch unter den Maßnahmen, die ergriffen werden müssen, um dafür zu sorgen, dass Erkrankte und schwer Erkrankte noch in den Krankenhäusern behandelt werden können. Diese Maßnahmen – ob Kontaktbeschränkungen, 3 G, 2 G oder Quarantäneanordnung – greifen

tief in die persönliche Freiheit ein. Angesichts der hoch ansteckenden Omikron-Variante befürchten wir jetzt sogar, dass beispielsweise die Versorgung mit Strom und Wasser zusammenbrechen könnte. Das ist gemeint, wenn wir Politikerinnen und Politiker von kritischen Infrastrukturen reden.

Die Beschäftigten in den Krankenhäusern, die ja schon vor der Pandemie am Limit waren, riskieren heute täglich Leben und Gesundheit, um Leid zu vermindern und Leben zu retten. Selbst wenn in unserem Gesundheitswesen vor Corona alles in Ordnung gewesen wäre, wäre eine Durchseuchungsstrategie vollkommen unethisch. Denn der Staat ist verpflichtet, das Recht auf Leben und körper-

liche Unversehrtheit aller Menschen zu schützen, auch der Kranken, der Schwachen und der Alten.

Was wir in der Gesellschaft erleben, ist eine zum Teil völlig verzerrte Risikowahrnehmung. Die Gefahr durch Covid-19 schwer zu erkranken, dauerhafte Gesundheitsschäden zu erleiden oder sogar zu sterben, wird massiv unterschätzt. Stattdessen fürchten sich noch viel zu viele vor den sehr sicheren und inzwischen milliardenfach erprobten Impfstoffen, die einen schweren Verlauf mit großer Wahrscheinlichkeit verhindern können. Und das kann ich Ihnen von der CDU/CSU und von der SPD leider nicht ersparen: Auch Ihre Politik der letzten zwei Jahre hat zu dieser Verunsicherung bei-

Ohne Solidarität werden wir den Weg aus dieser Krise nicht finden.

getragen. Immer wieder haben Sie Dinge versprochen, die sich dann in der Realität nicht halten ließen. Und immer wieder haben Sie Warnungen aus der Wissenschaft und Erfahrungen aus anderen Ländern ignoriert und mussten hinterher nachsteuern. Eine vorausschauende Politik war das nie; das merken wir zum Beispiel auch an den immer noch fehlenden Luftfiltern in Schulen und an den viel zu geringen Testkapazitäten.

Bis heute hat es die Bundesregierung nicht geschafft, die Bevölkerung über den Nutzen der Impfung so aufzuklären, dass die Coronaleugner, die das Internet mit Desinformationen fluten, gegen eine Wand der Solidarität laufen – ja, Solidarität. Das ist ein viel missbrauchtes Wort; aber ohne Solidarität werden wir den Weg aus dieser Krise nicht finden.

Eine Impfpflicht, die ja ein Eingriff in das Recht auf körperliche Selbstbestimmung ist, kann da immer nur Ultima Ratio sein, also eine letzte Möglichkeit, wenn der Schutz der Gesundheit und die Wiedererlangung der Freiheiten anders nicht erreicht werden können. Aber dann – und davon bin ich überzeugt – kann eine Impfpflicht nicht

nur verfassungsgemäß, sondern unter Umständen sogar zwingend geboten sein, um andere hohe Rechtsgüter zu schützen: das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, die persönlichen Freiheiten und die Funktionsfähigkeit von Bildungseinrichtungen, Gesundheitswesen und öffentlicher Daseinsvorsorge. Das müssen wir wirklich sehr sorgsam besprechen. Ich sehe noch nicht, dass wir da am Ende der Diskussion sind.

Voraussetzung wäre aber auch, den Bürgerinnen und Bürgern eine solche Pflicht so leicht wie möglich zu machen. Dafür brauchen wir niedrigschwellige Impfangebote, aktive Einladungen und verständliche, zielgruppen-gerechte Informationen, wie das unsere Gesundheitsministerin in Bremen wirklich vorbildlich gemacht hat.

Sie entbindet die Politik nicht von der Verantwortung, unser Gesundheitswesen so zu gestalten, dass die dort Arbeitenden nicht täglich über ihr Limit gehen müssen – vor, während oder nach einer Pandemie.

Herr Scholz und Herr Lauterbach: Da müssen Sie liefern.

(Beifall bei der LINKEN)

Heike Baehrens, SPD:

Wir sollten uns für den Weg der bewussten Vorsorge entscheiden



Heike Baehrens (*1955)
Landesliste Baden-Württemberg

Es gibt nur einen einzigen Gegner in dieser Pandemie, und das ist das Virus. Ich bin froh, dass die allermeisten in diesem Haus und in unserem

Land sich darin einig sind, und ich bin froh, dass wir jetzt diese intensive Debatte über den richtigen Weg führen, wie wir die Pandemie endlich überwinden können.

In den letzten Jahren haben wir uns sehr bemüht, jeweils situationsangepasst und maßvoll zu reagieren. Wir sind dabei zu meist mit weniger harten Einschränkungen als in den allermeisten Ländern ausgekommen, und trotzdem sind auch bei uns viele Maßnahmen mit erheblichen Belastungen, Folgeschäden und Problemen verbunden.

Mir geht es heute darum, dafür zu werben, dass wir uns angesichts einer ungewissen Zukunft konsequent für einen Weg der

bewussten Vorsorge entscheiden.

Aber wie kann Vorsorge in einer Zeit gelingen, in der sich der Wissensstand von Tag zu Tag erhöht und wir regelmäßig hinzulernen? Bei aller Unsicherheit und Ungenauigkeit der Vorhersage haben wir immerhin die Gewissheit, dass Impfen schützt. Und wir haben eben auch gelernt: Allein auf die Hoffnung zu setzen, dass die aktuelle Welle die letzte sein wird, ist keine gute Option.

Erinnern wir uns an den ersten Pandemieherbst, erinnern wir uns an den zweiten: Immer wieder waren wir nicht ausreichend vorbereitet, immer wieder wurde Politik das Versäumen guter Vorsorge vorgeworfen. Einen dritten

unkontrollierten Pandemieherbst darf es nicht geben.

Weil die Zeit läuft und das Virus keine Rücksicht auf Unentschlossenheit, Skepsis oder gar Trotz nimmt,

darum plädiere ich heute für die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht für alle Erwachsenen, beschränkt auf das SARS-CoV-2-Virus, zeitlich befristet und auf drei Impfdosen begrenzt, mit freier Impfstoffwahl, und selbstverständlich muss es medizinische Ausnahmen geben.

Ja, wir hoffen alle darauf, dass wir nach der Omikron-Welle rasch in einen unbeschwerteren Alltag ohne Freiheitseinschränkungen zurückkehren. Aber kein Experte kann uns heute sagen, dass die Pandemie mit Omikron weitgehend überstanden sein wird. Keiner gibt uns die Sicherheit, nicht von

weiteren Virusvarianten überrascht zu werden. Diese Ungewissheit darf aber eben nicht zu Tatenlosigkeit führen. Wir können vorsorgen und damit vor die nächste Welle kommen. Dafür braucht es jetzt eine mutige Weichenstellung, und die wollen wir vornehmen.

Es gibt nur einen einzigen Gegner in dieser Pandemie, und das ist das Virus.

Von Politik wird in dieser Zeit zu Recht Orientierung erwartet, und diese müssen wir mit klaren Botschaften geben. Wir werden die Lasten der Pandemiefolgen gerechter verteilen und dürfen nicht weiter die immer

Gleichen belasten. Das sind vor allem die Kinder und Jugendlichen, die selbst am wenigsten gefährdet und dennoch am meisten eingeschränkt waren, und es sind die Beschäftigten in der Pflege, die für uns unverzichtbare Arbeit leisten, die seit Beginn der Pandemie besonderer Gefährdung

und Belastung ausgesetzt sind und die sich jetzt durch die notwendige einrichtungsbezogene Impfpflicht noch mehr als ewige und alleinige Lastenträger fühlen.

Eine allgemeine Impfpflicht ab 18 sendet die klare Botschaft: Wir alle stehen in der Verantwortung füreinander, Gesunde für Kranke, Erwachsene für Kinder, Junge für Alte; wir alle gemein-

sam stehen in der Verantwortung für die, die in unseren Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen ungemein belastet sind.

Lassen Sie uns gemeinsam den

Gegner bezwingen, der unser aller Gesundheit bedroht. Lassen Sie uns dem Virus geschlossen die Stirn bieten. Ich lade Sie ein, für die allgemeine Impfpflicht zu stimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Andrea Lindholz, CSU:

Allgemeines Impfregister schnell auf den Weg bringen



Andrea Lindholz (*1970)
Wahlkreis Aschaffenburg

Unser Land befindet sich mitten in einer schwierigen Phase der Pandemie. Die Zahl der Neuinfektionen überschreitet Tag für Tag neue Höchstwerte. Die Bundesregierung zögert und handelt nicht. Ganz klar ist: Impfen ist ein zentraler Baustein auf dem Weg aus der Pandemie, und die Steigerung der Impfquote muss unser aller Ziel sein. Ich bitte deshalb auch jeden und jede: Helfen Sie mit, lassen Sie sich impfen! Ich danke auch allen, die sich schon haben impfen lassen.

Noch viel lieber hätte ich heute nicht nur diesen Appell an Sie gerichtet, sondern auch über einen fundierten Gesetzentwurf der Bundesregierung debattiert. Aber anstelle eines Regierungsentwurfes sind verschiedene Anträge von Abgeordneten der Ampelfrakturen mit unterschiedlichen Herangehensweisen angekündigt. Das führt bei den Menschen im Land zu Verunsicherungen. Es zeichnet auch ein Bild von Planlosigkeit, und gerade das ist bei einem so wichtigen Thema desaströs. Die Regierung verweigert die Arbeit; sie legt keinen eigenen Entwurf vor. Bei den Pflegeberufen war das kein Problem: Da gab es einen Gesetzentwurf, und die Entscheidung war keine reine Gewissensfrage. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Ampel ist in der Frage der Impfpflicht führungs- und orientierungslos.

Natürlich sind bei der Debatte über die Impfpflicht schwierige Fragen zu beantworten. Wir als Unionsfraktion haben deshalb

schon vor vier Wochen mehr als 20 konkrete Fragen an die Regierung gestellt: Fragen zur Einordnung der Omikron Variante, zum Pandemiemanagement, zu einem Impfregister.

Die Antwort kam gestern. Sie kam zu spät, und sie kam erst auf massiven Druck. Darüber hinaus aber lässt sie an vielen Stellen zu wünschen übrig. Auf viele Fragen gibt es schlicht gar keine Antwort. Man verweist auf öffentlich zugängliche Quellen und nimmt nicht mal ansatzweise eine eigene Einordnung vor: keine Positionierung zum Thema Impfpflicht, keine Antwort auf die Frage zu Vollzug und Kontrolle, keine Antwort auf die Frage bezüglich eines Impfregisters – das sind nur einige Beispiele. Stattdessen verweist man auf das Parlament und die Gruppenanträge.

Die angekündigte Hilfestellung für das Parlament können wir hierin nicht sehen. Was wir aber erleben, das ist Arbeitsverweigerung der Bundesregierung und eine Missachtung der Opposition.

Für uns ist ganz klar: Die Bundesregierung ist nach wie vor in der Pflicht, einen praktikablen und verfassungskonformen Vorschlag vorzulegen, der zentrale Fragen beantwortet und die Expertise der Ministerien einbringt.

Wie aber bewerten wir diese ernste Lage? Eine allgemeine Impfpflicht hilft uns kurzfristig in der aktuell dramatischen Situation nicht weiter. Dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen der Ampel, ist viel zu viel Zeit ungenutzt verstrichen. Aktuell bräuhete es vor allem mehr freiwillige Impfungen, und es bräuhete eine erfolgreiche Impfkampagne. Aber die Impfkampagne für die Booster- und Erstimpfungen stockt. Das von Bundeskanzler Scholz ausgegebene Ziel von 80 Prozent Erstimpfungen bis Ende Januar wird leider ganz klar verfehlt. Die Quote bei den Boosterimpfungen stagniert bei 50 Prozent, und auch das ausgegebene Ziel, zwischen Weihnachten und Ende Januar 30 Millionen Impfungen zu schaffen, wird ganz klar nicht erreicht. Wir liegen Stand heute bei knapp 15 Millionen Impfungen.

Das ist bedauerlich, und das zeigt uns eines: Der Bundesgesundheitsminister ist mit seiner Impfkampagne hier ganz klar gefordert.

Aus meiner Sicht steht aber auch fest: Wir müssen uns für den Ernstfall weiterer, möglicherweise gefährlicher Virusvarianten im Herbst wappnen. Denn den kann niemand ausschließen, auch wenn wir uns ihn alle nicht wünschen. Eine vollständige oder teilweise Impfpflicht kann ab einem bestimmten Zeitpunkt die Voraussetzung werden, sie kann notwendig sein, um eine Über-

Die Regierung verweigert die Arbeit; sie legt keinen eigenen Entwurf vor.

Dr. Paula Piechotta, Bündnis 90/Die Grünen:

Eine Regelung muss für alle Bundesländer funktionieren



Paula Piechotta (*1986)
Landesliste Sachsen

Vor allen Dingen: Liebe Frau Lindholz, ich möchte Sie nicht auffordern, ich möchte Sie einfach als Ärztin bitten, daran zu denken, dass es Themen und Debatten in diesem Haus gibt, die wichtiger als parteipolitische Profilierung sind. Darum bitte ich Sie. Es tut mir leid, dass ich damit hier so anfangen muss.

Das Spannende an dieser Debatte ist doch, egal wer von uns

sie in den letzten Wochen in diesem Haus und außerhalb dieses Hauses geführt hat: Es geht fast niemand in diese Debatte ohne seinen ganz persönlichen Rucksack an Emotionen, an Perspektiven, auch an Dingen, die ihn persönlich in den letzten 24 Monaten wundgeschauert haben. Anzuerkennen, dass vor allen Dingen auch diese verschiedenen Perspektiven mit darüber entscheiden werden, was am Ende hier mehrheitsfähig ist, gehört doch an der Stelle zu einer ehrlichen Debatte dazu.

Schauen wir uns an, wie unterschiedlich diese Perspektiven sind. Heute wird zum Beispiel Herr Kubicki hier gleich noch reden. Ich hatte gerade das Vergnügen, neben ihm zu sitzen. Seine Perspektive ist eine ganz andere als meine. Er kommt aus

Information helfen. Es kann helfen, die Datenerhebung und -auswertung zu verbessern. Es kann Vorhersagen über die zu erwartende Belastung unseres Gesundheitssystems treffen und damit auch eine bessere Bewertung von nötigen oder nicht nötigen Maßnahmen ermöglichen. Denn am Ende ist eines klar: Eine bessere Datengrundlage ist das, was man braucht. Sie ist nicht ein Mehr an Belastung, sondern sie schützt gerade auch unser aller Freiheitsrechte. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, die Einrichtung eines allgemeinen Impfregisters unverzüglich auf den Weg zu bringen.

Sehr geehrte Damen und Herren in der Regierung, ich kann es Ihnen nicht ersparen: Packen Sie endlich an! Wir brauchen Klarheit und Klarheit bei Impfkampagne, Impfpflicht und Impfregister. Es gibt verdammt viel zu tun.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Unser Bundesland hat die mit Abstand schlechteste Impfquote.

Schleswig-Holstein, einem Bundesland mit einer vergleichsweise guten Impfquote, das immer ziemlich gut durch die Pandemie gekommen ist. Da verstehe ich es, dass man zu der Überzeugung kommen kann, dass es keine Impfpflicht braucht. Aber dann muss man sich auch die andere Perspektive anhören, und die kommt im Fall meiner Person aus Sachsen. Sie wissen das:

Unser Bundesland hat die mit Abstand schlechteste Impfquote.

Wir sind mit unseren knapp über 60 Prozent näher an der tschechischen Impfquote als am bundesdeutschen Durchschnitt. Wir haben pro Kopf die meisten Toten, kurz vor Sachsen-Anhalt und Thürin-

Fortsetzung auf nächster Seite

gen. Und vor allen Dingen ist es so, dass diese niedrige Impfquote mit dazu geführt hat, dass wir in den letzten Monaten besonders langwierige und besonders tiefgreifende Maßnahmen bei uns hatten. Das muss mitberücksichtigt werden. Ich will nicht, dass wir hier am Ende die Debatte „Wie berücksichtigen wir vor allem die Bundesländer, die gerade die schlechteste Impfquote haben?“ führen; denn wir brauchen am Schluss dieses Prozesses eine Regelung, die für alle Bundesländer funktioniert.

Hier sind schon Punkte angesprochen worden, die vor allen Dingen die Umsetzbarkeit betreffen. Ich möchte darauf hinweisen, dass es bei der Umsetzung der Regelung einen großen Unterschied macht, ob in einem Bundesland noch 40 Prozent Ungeimpfte oder nur 20 Prozent wohnen.

Ich spreche heute als eine Vertreterin der Kolleginnen und Kollegen in diesem Haus, die vorschlagen, einen sogenannten Mittelweg zu gehen, obwohl ich mit dem Begriff nicht ganz glücklich bin. Dieser Mittelweg heißt: Wir

machen eine Verpflichtung zur Impfung für Personen ab 50, für die besonders gefährdeten Gruppen; wir machen aber auch eine verpflichtende Impfberatung ab 18.

Es fällt mir natürlich nicht leicht, da zu sagen, dass das der beste Weg durch diese Krise und aus dieser Krise ist. Aber es ist auf jeden Fall so, dass wir hier versuchen, die gesellschaftlichen Nebenwirkungen, die dieses Medikament Impfpflicht auch haben kann, mitzudenken und zu minimieren.

Niemand kann Ihnen sagen – das kann ich jetzt nur noch anreißen –, ob wir tatsächlich diesen befriedenden Effekt in allen Bundesländern haben werden oder ob es nicht auch Radikalisierungstendenzen geben wird. Da reicht auch kein Glaube. Als Mensch, der in Sachsen lebt, kann ich nicht darauf vertrauen, dass es Befriedung geben wird; da muss ich mit einpreisen, dass es auch anders sein kann. Deswegen werde ich für diesen anderen Weg.

Ich freue mich auf die nächsten Wochen mit Ihnen; denn das

Schöne an dieser Debatte ist, dass es fast alle von uns eint, dass wir diese demokratische, gesundheitliche und soziale Zumutung, die diese Pandemie ist, endlich hinter uns bringen. Wir tragen fast alle in diesem Haus Verantwortung, egal ob hier oder in den Ländern. Deswegen freue ich mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

Dr. Alice Weidel, AfD

Die Impfpflicht ist verfassungswidrig



Alice Weidel (*1979)
Landesliste Baden-Württemberg

Unser Land steht an der Schwelle eines beispiellosen Sündenfalls. Die Absicht, eine allgemeine Impfpflicht gegen das Coronavirus einzuführen, ist ein Anschlag auf die Freiheit und Menschenwürde und auf das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit.

Die Impfpflicht ist ein autoritärer Amoklauf gegen die Grundfesten unserer demokratischen und rechtsstaatlichen Grundordnung. Wenn der Staat sich anmaßt, über die Körper seiner Bürger zu entscheiden, ist das ein elementarer Zivilisationsbruch. Es ist ein Trauerspiel, dass wir überhaupt darüber reden müssen. Für eine Coronaimpfpflicht, egal ob für alle oder für einzelne Bevölkerungsgruppen, gibt es keine Rechtfertigung, weder medizinisch noch ethisch noch juristisch.

Eine Impfpflicht gegen eine Krankheit, die für mehr als 99 Prozent der Menschen keine lebensgefährliche Bedrohung darstellt, mit einem Impfstoff, der weder vor Ansteckung noch vor der Weitergabe des Erregers zuverlässig schützt, ist absurd. Menschen zu einer Impfung zu nötigen und zu zwingen, ist deshalb eine unerhörte Grenzüberschreitung. Die Impfpflicht ist verfas-

sungswidrig und unverhältnismäßig.

Es gibt andere, vernünftige und zielführende Wege, um die Gesundheitsversorgung aufrechtzuerhalten, zum Beispiel, indem die Gesundheitsminister im Bund und in den Ländern ihren Job machen und für anständige Arbeitsbedingungen, ordentliche Bezahlung und mehr Personal in den Kliniken sorgen.

Die Impfpflicht ist auch nicht durchführbar. Davor warnen die Kassenärzte, davor warnt der Beamtenbund, davor warnt der Arbeitgeberverband Gesamtmetall. Wie wollen Sie eigentlich Millionen von Bürgern, die sich nicht impfen lassen wollen, zu einer Impfung zwingen? Mit Bußgeldern und Erzwingungshaft? Wie stellen Sie sich das vor? Darum unser Rat an Sie: Hören Sie nicht nur auf die Pharmalobbyisten, sondern hören Sie auch auf die Praktiker in diesem Land!

Aber Sie wissen ja auch, dass die Impfpflicht, der Impfwang, falsch ist. Vor der Wahl haben Sie selbst noch ganz anders geredet, Herr Scholz und Herr Lindner. Die Impfpflicht ist nicht zuletzt vor allem eines: ein gigantischer Wählerbetrug, ein skandalöser Vertrauensbruch. Darüber reden wir hier.

Sie klammern sich an die Impfpflicht, weil Sie sich komplett verrannt haben, verrannt in eine Politik der Bevormundung und Entrechtung. Zwei Jahre rigide Coronapolitik, gebaut auf falschen Zahlen, manipulierten Statistiken, widersprüchlichen Behauptungen, haben Ihre Glaubwürdigkeit gründlich ramponiert.

Sie haben das Land mit lähmenden Regelwerken und einer kafkaesken Coronabürokratie überzogen, die die Bürger in die Verzweiflung treiben. Ihr Versuch,

einen De-facto-Impfwang über sinnlose und willkürliche 2 G und 3-G-Regeln einzuführen, hat die Gesellschaft bereits tief gespalten. Vor allem Kinder und Jugendliche leiden unter der Zerstörung ihres sozialen Umfeldes, die diese Regelwerke ihnen aufzwingen. Diese Quälerei muss ein Ende haben.

Sie haben eine Behörde, das Robert-Koch-Institut, dazu ermächtigt, mit einseitigen Änderungen dieser Regeln, Millionen Menschen über Nacht und nach Belieben in ihren Rechten weiter zu beschneiden. Dass ausgerechnet im Bundestag Willkürentscheidungen wie die Ein-

schränkung des Genesenstatus nur abgeschwächt gelten sollen, empfinden die Bürger zu Recht als Hohn. Alle Menschen sind gleich, manche gleicher. – Damit haben Sie im Übrigen völlig unbeabsichtigt offenbart, was Sie wirklich von den Menschen da draußen halten.

Und bereits jetzt ist abzusehen, dass die von Ihnen durchgedrückte Impfpflicht im Bereich von Medizin und Pflege Existenzen ruiniert, engagierte Fachkräfte mit Berufsverbot belegt und die Krise in diesem Sektor noch verschärft. Kommen Sie also heraus aus Ihrer Bunkermentalität! Machen Sie das Fenster auf! Schauen Sie nach Europa, was hier passiert!

In England fallen nach und nach alle Coronarestriktionen, nicht trotz, sondern wegen Omikron; das Gleiche in Dänemark. In Spanien will man das Virus künftig nur noch wie eine normale Grippe behandeln. In Tschechien wird

die geplante Impfpflicht für Ältere und bestimmte Berufsgruppen wieder einkassiert; sie hat sich nämlich als Flop erwiesen.

Und hören Sie auf, die Bürger zu verunglimpfen, die in dieser großen Protestbewegung in der Geschichte unseres Landes ihre Stimme äußern. Nehmen Sie diese Stimmen ernst, und schaffen Sie endlich diese unsinnigen und diskriminierenden Regeln ab, und zwar vollständig und überall. Ersparen Sie uns die zum Scheitern verurteilte Impfpflicht für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen! Kippen Sie sie, bevor es zu spät ist! Darum bitten wir Sie.

Wir müssen mit dem Virus leben. Freiheit und Eigenverantwortung sind der Schlüssel. Jeder muss für sich frei entscheiden können, ob er sich durch eine Impfung oder auf eine andere Art und Weise schützen möchte. Darum lassen Sie um Gottes willen die Hände von der Impfpflicht.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der AfD – Abgeordnete der AfD erheben sich)

Die Impfpflicht ist nicht zuletzt vor allem eines: ein gigantischer Wählerbetrug.



Zeitgleich zur Orientierungsdebatte vergangenen Mittwoch im Deutschen Bundestag fanden wie hier in Berlin Mitte sogenannte „Corona Spaziergänge“ statt.

© picture alliance/dpa | Fabian Sommer

Wolfgang Kubicki, FDP:

Im Kern geht es heute auch um den Minderheitenschutz



Wolfgang Kubicki (*1952)
Landesliste Schleswig-Holstein

Zunächst einmal möchte ich mich bei meiner eigenen Fraktion und vielen Kolleginnen und Kollegen aus dem Haus dafür bedanken, dass wir trotz unterschiedlicher Auffassungen im Ergebnis eine sehr respektvolle und sehr faire Debatte haben führen können. Denn wir alle wissen, dass wir eigentlich nichts wissen und trotzdem unsere Bewertung anhand der Datenlage, die wir haben, vornehmen müssen, und die kann naturgemäß unterschiedlich ausfallen. Und da ich dem Beitrag des Kollegen Sorge sehr aufmerksam zugehört habe, ist mir klar geworden, dass die Orientierungsdebatte wirklich einen Sinn hat; denn die Union

sucht ja noch nach Orientierung, und wir sind dabei, Ihnen zu helfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine persönlichen Freedom Days waren die Tage meiner Coronaimpfungen. Ich habe mich bewusst für die Impfung und fürs Boostern entschieden, weil ich der festen Überzeugung war und bin, dass sie mich mit großer Wahrscheinlichkeit vor einem schweren Krankheitsverlauf und vor dem Tod durch Corona bewahren. Es war für mich persönlich ein enorm befreiendes Gefühl. Es ist ein großes Geschenk, dass dieser Impfstoff innerhalb so kurzer Zeit entwickelt wurde und dass ich mich außerdem frei entscheiden konnte, diesen Schritt zu gehen. Ich bin froh und dankbar, in einem Gemeinwesen leben zu können, in dem das möglich ist.

Reden wir heute über die Impfpflicht, müssen wir gleichzeitig darüber sprechen, wie der Staat denjenigen gegenübertritt, die sich bisher gegen eine Impfung entschieden haben. Ich erinnere ausdrücklich daran, dass

es noch nicht allzu lange her ist, dass es der ausdrückliche Wille der überwältigenden Mehrheit dieses Hauses war, den Bürgerinnen und Bürgern selbst die Freiheit zur Entscheidung zu überlassen.

Der Gedanke war grundlegend, dass der staatliche Eingriff ab einem bestimmten Zeitpunkt enden muss, wenn alle ein Impfangebot erhalten haben, und dann jeder das individuelle Lebensrisiko wieder selbst trägt. Setzt die Mehrheit des Hohen Hauses nun aber trotz aller anders lautenden Beteuerungen zuvor die allgemeine Impfpflicht um, hat das Auswirkungen

auf das Menschenbild, das dieses Gemeinwesen aussendet. So mag der Tag der Impfung für all jene, die sich freiwillig hierzu entscheiden, der Freedom Day gewesen sein. Wie aber werden diejenigen den Tag nennen, an dem sie gegen ihren erklärten Willen geimpft wurden?

Meine persönlichen Freedom Days waren die Tage meiner Coronaimpfungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist häufig zu hören, dass eine Impfung vernünftig ist und deshalb die staatliche Verpflich-

tung ein Gebot der gesellschaftlichen Notwendigkeit sei. Ich teile ausdrücklich die Auffassung, dass eine Impfung vernünftig ist. Trotzdem halte ich die Idee, der Staat lege für alle Bürgerinnen und Bürger fest, was vernünftig ist, zumindest für problematisch.

Die individuellen Gründe, sich nicht impfen zu lassen, können vielfältig sein. Wir machen es uns viel zu einfach, wenn wir erklären, hauptsächlich Coronaleugner und Rechtsradikale entschieden sich gegen die Impfung. Das ist mitnichten so.

Wir müssen respektieren, dass es durchaus bedenkenswerte psychologische oder religiöse Gründe gibt, eine Impfung für sich persönlich abzulehnen. Wer wären wir, wenn wir diese Gründe im Sinne des Allgemeinschutzes als nicht zulässig erachten würden, insbesondere nachdem wir mittlerweile wissen, dass der Fremdschutz durch eine Impfung kaum mehr gegeben ist.

Auch deshalb fällt es mir schwer, bei der Impfung von einem Akt der Solidarität zu sprechen, wie es viele tun. Weil die Impfung keine sterile Immunität liefert, dient sie zuallererst dem Selbstschutz. Wir tun gut daran, die Impfung nicht durch eine moralische Aufladung zu einer Solidaritätspflicht zu machen. Denn damit würden wir sie zwangsläufig politisieren und Menschen, die persönliche Gründe gegen eine Impfung anführen können, stigmatisieren und zu Parias der Gesellschaft machen.

Liebe Kolleginnen und Kolle-

gen, im Kern geht es heute deshalb auch um den Minderheitenschutz, der durch eine Impfpflicht berührt wird. Ich möchte jedenfalls nicht, dass die Mehrheit für die Minderheit festlegt, was man als vernünftig anzusehen hat und was man nach Mehrheitsmeinung tun muss, um solidarisch zu sein. Denn wenn die Minderheit von der Mehrheit in grundrechtssensiblen Fragen unter Rückgriff auf eine höhere Moral einfach überstimmt wird, dann können wir nur hoffen, dass wir nie in die Verlegenheit kommen werden, Teil einer Minderheit zu sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt gute Gründe für die Impfung, die für eine Impfpflicht überzeugen mich nicht. Weder droht ein Kollaps des Gesundheitssystems – bei massiv steigenden Infektionszahlen auf den Intensivstationen –, noch kann eine Impfpflicht noch etwas zur Bewältigung der Omikron-Welle beitragen.

Einen massiven Grundrechtseingriff mit einer möglichen Mutante im Herbst, die wir noch nicht kennen, und einem Impfstoff, den wir noch nicht haben, zu begründen, sozusagen eine Impfpflicht auf Vorrat, halte ich auch aus rechtlicher Sicht für nicht vertretbar.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD sowie bei Abgeordneten der FDP, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Zuruf: Die Maske!)

Matthias W. Birkwald, Die Linke:

Die freie Entscheidung jedes Einzelnen ist der richtige Weg



Matthias W. Birkwald (*1961)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Seit 25 Jahren lasse ich mich jedes Jahr gegen Grippe impfen. Ich habe nahezu alle von der Ständigen Impfkommission empfohlenen Impfungen erhalten; das sind weit über 20. Und ich bin selbstverständlich vollstän-

dig geimpft, und ich habe mich bewusst boostern lassen, obwohl ich seit sieben Monaten Schmerzen an der Einstichstelle nach der zweiten Impfung verspüre und obwohl mein Vater einen Tag nach seiner Impfung gegen Covid-19 verstorben ist – was offiziell keinen Zusammenhang mit der Impfung hatte, sich aber nach wie vor völlig anders anfühlt.

Ich habe also eine individuelle Risikoabwägung vorgenommen und mich im Anschluss für die Impfung entschieden. Ich halte diese freie Entscheidung für den richtigen Weg für alle erwachsenen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Entscheidung für oder gegen eine Impfung gegen Covid-19 sollte immer selbstbestimmt und individuell nach der Aufklärung über persön-

liche Chancen und Risiken getroffen werden können.

Ich werbe dafür, die individuellen demokratischen Grundrechte der freien Persönlichkeitsentfaltung und der körperlichen Unversehrtheit der Bürgerinnen und Bürger unseres demokratischen und sozialen Rechtsstaates keinesfalls durch eine Impfpflicht gegen Covid-19 einzuschränken. Ich werbe für einen rationalen und einen humanistischen Umgang mit der Coronapandemie. Ich bin nicht in jedem Fall gegen eine Impfpflicht. Bei der sinnvollen Masernimpfpflicht habe ich mich enthalten, weil Verstöße gegen die Impfpflicht mit 2 500 Euro sanktioniert werden. Diese Summe müssen Investmentbanker/-innen genauso zahlen wie Hartz-IV-Betroffene. Als Linker sage ich: Das

ist zutiefst sozial ungerecht!

Wir Linken stehen für die soziale Teilhabe aller Menschen. Wenn das Bußgeld aber beispielsweise wieder 2 500 Euro betrüge, dann könnten sich die Wohlhabenden von der Impfpflicht freikaufen; aber Paketboten, Kassiererinnen, Reinigungskräfte und Kellner könnten dies nicht tun. Nach gegenwärtigem Recht drohte ihnen nach mehrfacher Weigerung, Bußgelder zu zahlen, sogar eine Erziehungshaft im Gefängnis. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dazu darf es auf gar keinen Fall kommen!

Es geht auch um Glaubwürdigkeit. Bundeskanzlerin Merkel hatte seinerzeit eine allgemeine Impfpflicht kategorisch ausgeschlossen. Im Januar 2021 konnte man auf der Internetseite des Bundesgesundheitsministeriums lesen: Nein, es wird keine allgemeine Impfpflicht geben. – Ich stehe für eine glaubwürdige Politik. Ich ha-

be dies meinen Wählerinnen und Wählern in Köln vor der Wahl versprochen und werde mich auch jetzt, nach der Wahl, bei meinem Abstimmungsverhalten daran erinnern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen – ich komme zum Schluss –, bitte tun Sie dies auch; denn hier geht es um Vertrauensschutz. Aktuell heißt es ja, es werde keinen Impfwang geben. Wer soll denn das noch glauben, wenn die Aussage, eine Impfpflicht sei ausgeschlossen, schon nach so kurzer Zeit nicht mehr das Papier wert wäre, auf dem sie gedruckt wurde? Nein, diese Impfpflicht ist eine autoritäre Illusion. Besser als diese Impfpflicht wäre es, die Menschen zu überzeugen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN und der AfD sowie bei Abgeordneten der FDP und des Abg. Helge Limburg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich werbe für einen rationalen und einen humanistischen Umgang mit der Coronapandemie.

Takis Mehmet Ali, SPD:

Allgemeine Impfpflicht schafft Sicherheit bei Leistungsträgern



Takis Mehmet Ali (*1991)
Landesliste Baden-Württemberg

Bevor ich mit dem Inhaltlichen anfangen möchte, möchte ich noch eine Sache loswerden. Wer diese Debatte heute verfolgt, der wird feststellen, in was für einer lebhaften Demokratie wir sind und dass wir solch eine Debatte in einer Diktatur gar nicht führen würden, anders als einige Verschwörungstheoretiker und einige Demokratiefreunde in diesem Land behaupten, meine Damen und Herren.

Ich möchte meine Aufmerksamkeit in meinem Redebeitrag den Einrichtungen der Eingliederungshilfe und den Menschen mit Behinderungen widmen. Wir haben ungefähr vor einein-

halb Monaten die partielle Impfpflicht eingeführt. Die wird bestimmte Konsequenzen mit sich bringen. Das spüren wir teilweise schon; das hört man auch in den Diskussionen mit der Freien Wohlfahrtspflege. Ich möchte aber klarstellen, dass nicht die partielle Impfpflicht das Problem ist, sondern insbesondere in der Eingliederungshilfe die seit 30, 40 Jahren ausbleibende Schaffung neuer Infrastrukturen. Wir haben teilweise eine Refinanzierungsstruktur in der Behindertenhilfe gehabt, die wirklich zu wünschen übrig lässt.

Ich habe Ihnen heute ein Rechenbeispiel mitgebracht, das die Situation in Baden-Württemberg verdeutlicht. Stellen Sie sich ein 24er-Wohnheim bei einem Personalschlüssel von 1:2,54 vor. Das bedeutet: 9,44 Vollzeitstellen. Die Landespersonalverordnung in Baden-Württemberg besagt, dass davon nur 50 Prozent Fachkräfte sein dürfen. Das bedeutet, dass ich 4,72 Fachkräfte und 4,72 Hilfskräfte habe, und die darf ich dann auf drei Wohngruppen verteilen. Bitte sehen Sie sich das an, meine Damen und Herren! Wenn davon ein, zwei Personen die Einrichtung verlassen, tut das den Ein-

richtungen weh.

Deshalb müssen wir uns die Frage stellen: Wohin wandert denn das Personal ab? Es wandert aktuell in die übrigen Hilfsstrukturen, in die Jugendhilfe, in die Obdachlosenhilfe ab, dorthin, wo die Menschen momentan eine Arbeits Heimat finden können. Erschwerend kommt hinzu, dass in einem Wahlkreis wie meinem, Lörrach – Müllheim, an der Schweizer Grenze, die Kolleginnen und Kollegen sagen: Dann fahr ich halt mal zehn Minuten rüber und schaff a bissle in der Schweiz. – Das erschwert die Situation in den Einrichtungen zusätzlich. Aber wir können das Problem lösen, nämlich mit einer allgemeinen Impfpflicht, weil sich dann jeder in diesem Land, der in diesen Hilfsstrukturen arbeiten möchte, verpflichten muss, seinen Beitrag zu leisten, meine Damen und Herren.

Was vielleicht zusätzlich erschwerend dazukommt, ist der Umstand, dass die Einrichtungen und die Menschen mit Be-

hinderungen oder ihre Angehörigen auch Sorgen haben, was passiert, wenn die Gesundheitsämter in den Einrichtungen ihren Ermessensspielraum ausüben. Wir haben in Baden-Württemberg beispielsweise 44 Stadt- und Landkreise, die zuständig sind. Dann macht das Gesundheitsamt in dem einen Landkreis das, und das Gesundheitsamt in dem anderen Landkreis entscheidet das. Das bringt Unsicherheiten. Auch hier können wir sagen: Wenn wir eine allgemeine Impfpflicht haben, werden wir die Probleme der partiellen Impfpflicht aufheben können und damit auch Sicherheit bei den Leistungserbringern, bei den Leistungsberechtigten und bei den Leistungsträgern schaffen, meine Damen und

Herren. Zudem steuern wir gegebenenfalls auf eine Struktur hin, die ich selber „konkurrierendes Ordnungsrecht“ nenne. Wir werden auf der einen Seite die landesspezifischen Regelungen haben, wie

beispielsweise die Heimgesetze, die die Einrichtungen dazu verpflichten, ihrer Pflicht zur Erbringung von Leistungen gegenüber Menschen mit Behinderungen nachzukommen. Wenn aber Personal ausfällt, weil Beschäftigte vielleicht krank werden, weil sie sich angesteckt haben, wird dies dazu führen, dass das

restliche Personal mehr gefordert wird. Was passiert, wenn dann auf der anderen Seite das Arbeitszeitgesetz nicht eingehalten werden kann? Das heißt, ich habe auf der einen Seite das Heimgesetz, auf der anderen Seite das Arbeitszeitgesetz, zwei ordnungsrechtliche Rahmenbedingungen, die miteinander konkurrieren. Die Einrichtungen und die Menschen mit Behinderungen wissen heute immer noch nicht, was dann die Konsequenz sein wird.

Auch hier können wir sagen: Wer Verantwortung für Menschen mit Behinderungen übernimmt, die in Einrichtungen leben oder die alleine leben, die Leistungen der Dienste in Anspruch nehmen, der wird auch weiterhin Leistungen für Menschen mit Behinderungen erbringen können. – Ach so, die Zeit ist schon vorbei.

Das ist sehr, sehr ärgerlich. – Meine sehr geehrten Damen und Herren – ich appelliere auch an die Menschen, die in den Einrichtungen arbeiten –: Lassen Sie uns gemeinsam für die Menschen mit Behinderungen da sein! Ich hätte Ihnen gern noch so viel Wichtiges erzählt; aber das mache ich ein andermal.

Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Lassen Sie uns gemeinsam für die Menschen mit Behinderungen da sein!

Die Bürger müssen die Argumente hören, die dafür und dagegen sprechen.

Sepp Müller, CDU:

Wir brauchen eine bessere Datengrundlage



Sepp Müller (*1989)
Wahlkreis Dessau – Wittenberg

Morgen vor zwei Jahren jährt sich zum zweiten Mal der erste positive Coronafall in Deutschland. Ich glaube, mittlerweile ist doch allen bewusst, dass es keine Gewissheit in der Ungewissheit

gibt. Ja, auch wir hier im Hohen Haus hatten damals teilweise Annahmen, die sich im Nachgang als nicht richtig erwiesen haben. Ja, auch wir im Hohen Haus haben Fehler gemacht. Wir haben Entscheidungen getroffen, die wir vielleicht zwei Jahre später so nicht mehr getroffen hätten.

Nun – mit Blick auf die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz, unterstützt durch den Bundeskanzler Olaf Scholz – debattieren wir über die Einführung einer Impfpflicht. Dieser Beschluss ist im November letzten

Jahres getroffen worden, angesichts einer hochtödlichen Variante, der Delta-Variante, die Anlass zur Annahme gab, dass nicht nur die Gesundheitsämter

belastet sind, sondern dass vor allem unser Gesundheitssystem überlastet wird. Daraufhin ist zu Recht gesagt worden: Unsere Impflücke ist zu groß. Wir müssen diese Impflücke schließen. Haben wir schon alles im Vorfeld geklärt, um diese Impflücke schließen zu können? – Deswegen soll sich der Deutsche Bundestag mit der Impfpflicht beschäftigen: um diese Impflücke zu schließen.

Mittlerweile schreiben wir Ende Januar, und es ist eine andere Variante vorherrschend, die Omikron-Variante. Es gibt unterschiedliche Auffassungen zwischen Virologen. Zwei prominente Virologen, einer davon der Bundesgesundheitsminister, gehen davon aus, dass wir im Herbst eine rekombinierte Vari-

ante haben werden. Andere Virologen sagen, dass wir mit der Omikron-Variante in eine endemische Lage kommen werden. – Nichts ist gewiss in der Ungewissheit. Wie sollen wir verfahren? Deswegen ist es richtig, dass wir als Parlament hier diese Debatte führen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen die Argumente hören, die dafür und dagegen sprechen.

Genauso richtig ist es aber, dass man in einer so kritischen Situation wie dieser, in der wir uns befinden, von einer Bundesregierung Führung erwarten kann. Genauso richtig und wichtig ist es, dass man von einer Bundesregierung in so einem Fall einen Vorschlag erwarten kann. Genauso richtig und wichtig ist es, dass man Fragen beantwortet.

Ich habe sehr aufmerksam zugehört, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deswegen frage ich so-

wohl die Befürworter der Impfpflicht ab 18 Jahre aus der Ampelkoalition als auch die Befürworter der Impfpflicht ab 50 Jahre: Wie soll die Umsetzung erfolgen? Wollen wir wieder die Gesundheitsämter damit beschäftigen? Wie soll am Ende der Vollzug durchgesetzt werden? Mit Bußgeld, Beugehaft oder Zwangsimpfung? Ab wann soll die allgemeine Impfpflicht ab 18 oder 50 Jahren gelten? Ab welchem Alter ist geklärt. Aber ab welchem Zeitpunkt? Wie wollen wir diejenigen anschreiben und kontaktieren?

Unsere Datengrundlage ist schlecht. Mindestens 75,5 Prozent der Bevölkerung sind geimpft. – Angesichts der Zwischenrufe von Bündnis 90/Die Grünen freue ich mich, dass auch der baden-württembergische Ministerpräsident zu dem Entschluss gekommen ist, ein Impfregeister einzuführen. Mit ei-

ner besseren Datengrundlage können wir viel dezidierter auf die Ungeimpften zugehen, mit ihnen sprechen, ihnen ihre Sorgen nehmen und durch ein individuelles Arztgespräch Überzeugungsarbeit leisten. Mit zukünftig neu zugelassenen Impfstoffen – einem Proteinimpfstoff, der in den nächsten Wochen geliefert wird, mit einem zusätzlichen Totimpfstoff, der kommen wird – können wir auch diese Personen erreichen und die Impflücke schließen.

Es muss auch die Frage erlaubt sein – eine Antwort auf unsere Kleine Anfrage dazu konnte die Bundesregierung nicht leisten; denn nichts ist gewiss in der Ungewissheit –: Wie wird die Impfung bei nächsten Varianten wir-

ken? Jetzt gibt es den Vorschlag aus der Ampelkoalition, wonach ab 18 Jahren drei Impfungen für die nächsten zwei Jahre reichen. Wir wissen mittlerweile, dass die Impfung bei der Omikron-Variante gegen eine Einlieferung auf die Intensivstation hilft. Impfen ist eine Entlastung für unsere Pflegerinnen und Pfleger! Aber die Impfung hilft halt nicht gegen eine Ansteckung. Deswegen ist das Festhalten an drei Impfungen bei diesem Vorschlag schwierig. Wir machen der Bevölkerung wieder ein Versprechen, das wir wahrscheinlich, wenn der Virologe und Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach recht damit hat, dass wir im Herbst eine rekombinierte Variante erwarten, nicht werden

einhalten können.

Der Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach hat den ärmsten Ländern der Welt wie Rumänien 5 Millionen zusätzliche Dosen weggenommen. In der Antwort auf unsere Kleine Anfrage steht, wir könnten 128 Millionen Dosen im ersten Quartal in Deutschland verimpfen. Wollen wir demnächst auch Hund und Katze impfen? Die rekombinierten Varianten, Herr Lauterbach – ich freue mich, dass Sie gleich auch noch reden werden, wie ich hoffe, als Bundesgesundheitsminister –, entstehen doch dort, wo die Impfquoten so niedrig sind. Warum stellen wir nicht die 128 Millionen Impfdosen, die wir bedauerlicherweise nicht alle im ersten

Quartal verimpfen können, den ärmsten Ländern dieser Welt zur Verfügung, um dort die rekombinierten Varianten zu verhindern? Das ist doch unsere Aufgabe.

Es ist gut, dass wir diese Debatte hier führen. Es ist gut, dass zwei Bundesländer mit CDU-Regierungsbeteiligung ein Impfgänger führen mit dem Ziel, die Erstimpfquote nach oben zu bringen. Daran werden wir konstruktiv mitarbeiten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen zudem Till Steffen (B90/Die Grünen), Jörg Schneider (AfD), Andrew Ullmann (FDP), Gregor Gysi (Die Linke), Rasha Nasr (SPD), Günter Krings (CDU), Ricarda Lang (B90/Die Grünen), Thomas Seitz (AfD), Katrin Helling-Plahr (FDP), Matthias Helferich (fraktionslos), Martina Stamm-Fibich (SPD), Erwin Rüdell (CDU), Kordula Schulz-Asche (B90/Die Grünen), Gereon Bollmann (AfD), Linda Teuteberg (FDP), Johannes Huber (fraktionslos), Helge Lindh (SPD), Nina Warken (CDU), Helge Limburg (B90/Die Grünen), Konstantin Kuhle (FDP), Jessica Rosenthal (SPD), Volker Ullrich (CSU), Stephanie Aeffner (B90/Die Grünen), Christos Pantazis (SPD), Carsten Müller (CDU), Sonja Eichwede (SPD), Georg Kippels (CDU), Karl Lauterbach (SPD), Dirk Wiese (SPD), Carmen Wegge (SPD).

Gedenkstunde anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2022

Bärbel Bas, Präsidentin des Deutschen Bundestages:

Unser Land trägt eine besondere Verantwortung



Bärbel Bas (*1968)
Bundestagspräsidentin

Herr Präsident Levy! Herr Bundespräsident! Herr Bundeskanzler! Herr Präsident des Bundesrates! Herr Präsident des Bundesverfassungsgerichtes!

Exzellenzen! Sehr geehrte Frau Auerbacher! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste!

Vor 80 Jahren, am 20. Januar 1942, kamen in einer Villa am Wannsee 15 hochrangige Staatsbeamte und NS-Parteifunktionäre zusammen. Das Thema der Besprechung lautete: „Die Endlösung der Judenfrage“. Allen Anwesenden war klar, was damit gemeint war. Der Massenmord war längst im Gange. Es ging darum, ihn zu systematisieren, zu beschleunigen und auf ganz Europa auszudehnen. Auf elf Millionen Jüdinnen und Juden. Einwände erhob keiner der Beteiligten.

Wir gedenken der Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen.

Der ermordeten Jüdinnen und Juden, der Toten der Sinti und Roma, der Opfer der slawischen Völker. Wir gedenken der Millionen Menschen, die verfolgt, beraubt, gedemütigt, entrechtet, gequält und dem Tode preisgegeben wurden. Weil sie anders dachten, anders glaubten, anders liebten oder weil ihr Leben den Nationalsozialisten als „unwert“ galt.

Die Wannsee-Konferenz steht für einen Staat, in dem Unrecht zu Recht wurde. Für einen Staat, der das Verbrechen plante, organisierte und verwaltete. Dieser Staat wurde von Menschen getragen. Menschen, die zu Mördern und Helfershelfern wurden.

Heute ist deswegen auch ein Tag der Scham für das, was frühere Generationen Deutscher getan haben. Scham, die die Täter nie gezeigt haben. Viel zu wenige mussten sich vor Gericht verantworten. Viel zu viele sind mit Strafen davongekommen, die einer Verhöhnung der Opfer gleichkamen. Auch Teilnehmer der Wannsee-Konferenz.

Sehr geehrte Frau Auerbacher, Sie stehen vor uns als Zeugin einer Zeit, die für die allermeisten längst Geschichte ist. Weit weg und völlig unvorstellbar. Als Sie sieben Jahre alt waren, sind Sie mit Ihren Eltern ins KZ Theresienstadt deportiert worden. Es war der Tag, an dem Ihre Kindheit endete.

Etwa anderthalb Millionen jüdische Kinder sind im Holocaust umgekommen. Sie schreiben in einem

Ihrer Bücher, dass Sie diese „drei Millionen Augen“ auf sich spüren. Sie bitten darum, sie nicht zu vergessen. Diese Bitte ist Ihnen zur Berufung geworden. In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten haben Sie unzähligen Menschen Ihre Geschichte erzählt, vor allem Kindern und Jugendlichen. Damit diese nicht vergessen.

Ich danke Ihnen, dass Sie Ihre Anreise aus New York, die nicht leicht war, insbesondere unter den schweren Bedingungen der Pandemie, auf sich genommen haben, um heute zu uns zu sprechen und Ihre Geschichte zu erzählen. Das ist uns eine große Ehre.

Als Inge Auerbachers Familie den sogenannten Abwanderungsbefehl erhielt, war ihr Geburtsort Kippenheim bereits – wie es im Nazijargon hieß – „judenfrei“. Fast alle badischen, pfälzischen und saarländischen Juden waren im Oktober 1940 ins Lager Gurs im unbesetzten Teil Frankreichs verschleppt worden. Es handelte sich um eine der ersten Massendeportationen deutscher Jüdinnen und Juden. All das fand am helllichten Tag statt. Und es lief, wie die Verantwortlichen berichteten, größtenteils ohne Zwischenfälle ab.

Die wiederhergerichtete Synagoge in Kippenheim ist heute eine

Gedenk-, Lern- und Begegnungsstätte – getragen von ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern. Einem engagierten Verein ist es auch zu verdanken, dass das Haus von Inge Auerbachers Großeltern in Jebenhausen erhalten wurde und heute Teil eines Erinnerungsweges an das einstige jüdische Leben in Göppingen ist. Ich begrüße stellvertretend für dieses vielfältige lokale Engagement den Oberbürgermeister von Göppingen, Herrn Alex Maier.

Unsere Gedenk- und Erinnerungskultur ist auf Initiativen wie diese angewiesen. Sie lebt von engagierten Bürgerinnen und Bürgern, von Vereinen, die sich um Erinnerungsorte kümmern, von Schülerinnen und Schülern, die sich auf Spurensuche begeben. Erinnerungskultur lässt sich nicht von oben verordnen. Sie erschöpft sich nicht in staatlichen Ritualen wie diesem alljährlichen Gedenktakt. Jedenfalls nicht in einer freiheitlichen Gesellschaft.

Die Erinnerung wandelt sich: Immer weniger Zeitzeugen können aus eigenem Erleben berichten. Immer mehr Menschen bei uns haben keine deutschen Vorfahren; die deutsche Schreckensgeschichte des 20. Jahrhunderts ist nicht ihre. Das macht die Arbeit von Schulen, Gedenkstätten und Museen umso wichtiger.

Unsere von vielen geachtete Gedenkkultur bleibt nur lebendig, wenn wir immer wieder von Neuem Fragen an die Geschichte stellen und nach Antworten suchen. Das gilt gerade für junge Menschen.

Es bedeutet auch, andere Blick-

winkel zuzulassen, Bezugspunkte zu den Geschichten anderer zu debattieren – solange wir das angemessen sensibel, verantwortungsbewusst und respektvoll tun.

Umso trauriger macht es mich, dass wir die Jugendbegegnung des Deutschen Bundestages pandemiebedingt verschieben mussten. Selbstverständlich werden wir die Jugendbegegnung so schnell wie möglich nachholen. Sie bringt junge Leute aus unterschiedlichen Ländern, mit vielfältigen Lebensgeschichten und Erfahrungen zusammen, die eines eint: die Überzeugung, dass das, was war, sich niemals wiederholen darf. Antisemitismus, Menschenfeindlichkeit und Rassismus haben in unserer Gesellschaft keinen Platz – weder in der Gegenwart noch in der Zukunft.

Unser Land trägt eine besondere Verantwortung: Der Völkermord an den Juden Europas ist ein deutsches Verbrechen. Aber es ist zugleich eine Vergangenheit, die alle angeht. Nicht nur Deutsche, nicht nur Juden. Deshalb beteiligt sich der Bundestag zusammen mit anderen europäischen Parlamenten an der Gedenkkampagne #WeRemember in den sozialen Medien. Gemeinsam mit vielen anderen weltweit setzen wir ein Zeichen zur Erinnerung an den Holocaust. Gegen Fremdenfeindlichkeit und Judenhass.

Aber Zeichen setzen allein reicht nicht.

Ich begrüße den Präsidenten der Knesset, Herrn Mickey Levy. Wir freuen uns, dass Sie bei uns sind. Ihr Besuch unterstreicht die engen, besonderen Beziehungen zwischen den Parlamenten unserer Länder – 70 Jahre nachdem

Fortsetzung auf nächster Seite

Die Wannsee-Konferenz steht für einen Staat, in dem Unrecht zu Recht wurde.

Konrad Adenauer und David Ben-Gurion das Luxemburger Abkommen unterzeichneten. Wiedergutmachung für etwas, das nicht wiedergutzumachen ist.

Die Aussöhnung zwischen Deutschland und Israel erscheint im Rückblick wie ein Wunder. Ein wertvolles Geschenk, das es zu pflegen gilt. Deutschland und Israel sind nicht in allem einer Meinung, aber dennoch „wahre Partner“, wie der damalige israelische Staatspräsident Rivlin vor zwei Jahren hier an dieser Stelle unterstrich. Uns einen nicht zuletzt gemeinsame Werte, für die wir einstehen – und auch als Lehre aus der Geschichte. Das gilt besonders für den Kampf gegen Antisemitismus.

Wir, Politik und Gesellschaft, führen diesen Kampf schon lange. Wir haben Expertenkommissionen und Antisemitismusbeauftragte eingesetzt. Wir haben zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen und Vereine. Wir haben das Strafrecht verschärft.

Wir mahnen und bekunden unmissverständlich: Antisemitismus ist nicht hinnehmbar. Punkt! Egal, wie er sich äußert. Egal, wo er herkommt. Nie wieder sollen sich antijüdische Stereotype und Vorurteile breitmachen können. Nie wieder sollen Jüdinnen und Juden herhal-

ten müssen für die Übel der Welt. Nie wieder soll Antisemitismus den Boden bereiten für Ausgrenzung, Hass und Vernichtungswahn.

Auch diese Gedenkstunde ist Teil unseres Engagements. Denn wir erinnern, um „jeder Gefahr der Wiederholung entgegenzuwirken“. So sagt es die Proklamation zum Tag des Gedenkens.

Aber Erinnern und Gedenken machen nicht immun gegen Antisemitismus. Es schützt nicht vor Rassismus und Rechtsextremismus. Es hat den mörderischen Terror durch den NSU nicht verhindert, nicht den antisemitischen Anschlag von Halle, nicht die rechtsextremen Morde von Hanau.

Das Wissen um die Geschichte hat nicht verhindert, dass ein Drittel der deutschen Bevölkerung meint, die Juden hätten vielleicht doch zu großen Einfluss, dass 70 Prozent ganz oder teilweise finden, die israelische Politik im Nahen Osten sei – Zitat – „genauso schlimm wie die Politik der Nazis im Zweiten Weltkrieg“ und dass die Pandemie auf ohnehin grassierenden Judenhass wie ein Brandbeschleuniger wirke.

Der Antisemitismus ist da. Er findet sich nicht nur am äußersten Rand, nicht nur bei den ewig Unbelehrbaren und ein paar antisemi-

tischen Trollen im Netz. Er ist ein Problem unserer Gesellschaft. Der ganzen Gesellschaft. Der Antisemitismus ist mitten unter uns.

Wir müssen uns ehrlich befragen – auch jene, die sich selbst für überzeugte Anti-Antisemiten halten: Wie frei sind wir wirklich von anti-jüdischen Klischees? Gelingt es uns immer, Jüdinnen und Juden nicht für die israelische Politik in Haftung zu nehmen? Sind wir aus falsch verstandener Toleranz zu nachgiebig gegenüber einem Antisemitismus, den manche Zugewanderte aus ihrer alten Heimat mitgebracht haben?

Und nehmen wir es eigentlich wahr, das vielschichtige jüdische Leben, das es – zum Glück! – wieder gibt in Deutschland? Die Vielfalt einer jüdischen Gegenwart, die jüdische Deutsche und deutsche Juden kennt, zu der Orthodoxe und Liberale gehören, die junge Israelis ebenso umfasst wie jüdische Familien aus der ehemaligen Sowjetunion.

Denn die Juden gibt es nicht. Genauso wenig, wie es die Deutschen gibt oder die Flüchtlinge oder die Muslime.

Im Übrigen: Wer gegen Muslime und ihren Glauben hetzt, der macht sich als Freund des Judentums unglaubwürdig. Wer Menschen bei uns ablehnt, weil sie anders sind – oder einfach, weil sie nicht schon immer hier waren –, der sollte das Wort „Freiheit“ nicht im Munde führen.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Jedes Menschen. Die Lehren aus der Geschichte haben unsere Verfassung geprägt. Wir wissen aus Erfahrung: Freie Gesellschaften bleiben aus dem Inneren heraus verwundbar. Deshalb braucht es den „Mut zur Intoleranz gegenüber ...“, die die Demokratie gebrauchen wollen, um sie umzubringen“. Das sind nicht meine Worte. Das hat Carlo Schmid so drastisch formuliert, als ein Vater des Grundgesetzes.

Unsere freiheitliche Demokratie muss sich wappnen gegenüber jenen, die die Demokratie beschwören, aber nur ihre eigene Freiheit meinen. Die Toleranz für sich einfordern, aber für Pluralismus nur Verachtung übrighaben. Die Lügen verbreiten, um zu verunsichern. Die zu Hass und Gewalt anstacheln, um sich im Nachhinein mit empörter Geste zu distanzieren.

Die Mehrheit in diesem Land hat dafür nichts übrig. Sie lässt sich nicht zum Hass verführen. Sie wählt und streitet demokratisch. Und das gerne leidenschaftlich, auch erbittert.

Gegenüber den anderen brauchen wir mehr „Mut zur Intoleranz“. Den entschlossenen Einsatz aller Mittel, die die wehrhafte Demokratie kennt. Wenn Rechtsextremisten, Geschichtsrevisionisten und Völkisch-Nationale Wahlerfolge feiern, dann ist das kein Alarmzeichen. Dann ist es allerhöchste Zeit zu handeln. Dann ist es höchst-

te Zeit, zusammenzustehen, um die Werte und Institutionen unserer freien, demokratischen Gesellschaft zu beschützen.

Denn die Demokratie trägt kein Ewigkeitssiegel. Sie ist angewiesen auf Bürgerinnen und Bürger, die sie schätzen und mit Leben erfüllen. Auch daran erinnern uns dieser Tag und die deutsche Geschichte: Von uns allen hängt es ab.

Sehr geehrte Damen und Herren, im mörderischen deutschen Rassenwahn ist eine vielfältige, über Jahrhunderte gewachsene Kultur untergegangen. Europa ist ärmer geworden: Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, Intellektuelle, Künstlerinnen und Künstler wurden vertrieben, gingen ins Exil, kamen ums Leben.

Einer von ihnen ist der Prager Komponist Hans Krása. Seine Kinderoper „Brundibár“ missbrauchten die Nazis für ihre Propaganda im KZ Theresienstadt. Dort hat Hans Krása auch das Streichertrio geschrieben, das wir gleich hören werden. Er starb 1944 in Auschwitz.

Ich danke den Musikerinnen und Musikern der Prager Opernhäuser, dem Kantor Yoed Sorek und ebenso allen Künstlerinnen und Künstlern, die an dieser Gedenkstunde mitwirken.

Nach dem Musikstück haben Sie, liebe Frau Auerbacher, das Wort.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Die Aussöhnung zwischen Deutschland und Israel erscheint im Rückblick wie ein Wunder.

Dr. h.c. Inge Auerbacher, Holocaust-Überlebende:

Die Vergangenheit darf nie vergessen werden



Inge Auerbacher
Holocaust-Überlebende

Wer bin ich? Ich bin ein jüdisches Mädel aus dem badischen Dorf Kippenheim und dem schwäbischen Jebenhausen-Göppingen. Ich wurde am 31. Dezember 1934 in Kippenheim geboren. Juden und Christen wohnten friedlich zusammen. Ich war das letzte jüdische Kind, das dort geboren wurde. Ich blieb ein Einzelkind von Berthold

und Regina Auerbacher.

Papa war im Ersten Weltkrieg Soldat in der deutschen Armee und wurde schwer verwundet. Er ist mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet worden. Sein Beruf war Textilhändler.

Mama stammte aus dem schwäbischen Jebenhausen. Ihre Mutter, meine Oma, kam aus einer großen Familie mit 14 Kindern, von denen vier Brüder im Ersten Weltkrieg kämpften. Zwei gaben ihr Leben für das deutsche Vaterland.

Meine selige Oma wurde von den Nazis ermordet und liegt in einem Massengrab in Bikernieki, einem Wald in der Nähe von Riga in Lettland.

Berthold Auerbach – eigentlich hieß er Moses Baruch Auerbacher – war ein Mitglied meiner Familie und war im 19. Jahrhundert ein sehr bekannter Schriftsteller. Nach ihm ist auch heute wieder eine Straße in Berlin benannt.

Ich wohne seit 75 Jahren in New

York, aber habe noch die grauenhafte Zeit des Schreckens und Menschenhasses gut im Gedächtnis. Leider ist dieser Krebs wieder erwacht, und Judenhass ist in vielen Ländern der Welt, auch in Deutschland, wieder alltäglich. Diese Krankheit muss so schnell wie möglich geheilt werden.

Wir waren eine glückliche Gemeinde in Kippenheim, bis der Frieden unseres ruhigen Dorfes gestört wurde. Am 9. und 10. November 1938 fanden in Deutschland gewaltsame Ausschreitungen und Übergriffe gegen die Juden statt. Dieses Ereignis wird heute „Pogromnacht“ genannt. Das Pogrom fand in Kippenheim am 10. November statt. Ich war in dieser Zeit noch nicht einmal vier Jahre alt. Die Nazirowdys schmissen Backsteine durch die Fenster. Ein Stein hat mich beinahe getroffen.

Unsere Synagoge wurde nicht niedergebrannt wegen der Feuergefahr für die christlichen Häuser in der

Nachbarschaft.

Alle Männer über 16 Jahren wurden ins KZ gebracht. Opa und Papa wurden in das KZ Dachau transportiert, wo sie in der Baracke 16 untergebracht wurden. Nach einigen Wochen wurden sie entlassen und kamen nach Hause. Sie erzählten von den furchtbaren Torturen und Misshandlungen, die sie erleiden mussten.

Es war Zeit, Deutschland zu verlassen. Wir verkauften unser Haus in Kippenheim 1939, und Papa verlor sein Geschäft. Wir zogen zu den Großeltern in Jebenhausen mit der Hoffnung, Deutschland bald zu verlassen. Aber die Türen zum Auswandern wurden bald geschlossen.

Opa starb an einem Herzleiden. Immer wieder kamen neue antisemitische Bestimmungen und Gesetze gegen Juden.

Viele der Einwohner von Jebenhausen hielten an ihrer Freundschaft mit uns fest, obwohl den Christen und Nachbarn der Umgang mit Juden verboten war. Einige Bauern versorgten uns manchmal mit Lebensmitteln. Die meisten Kinder spielten auch weiter mit mir.

Dann war ich sechs Jahre alt. Es war Zeit für den Schulanfang. Jüdische Kinder durften nicht mehr die staatlichen Schulen besuchen. Ich musste zu Fuß drei Kilometer nach Göppingen gehen und dann eine Stunde mit dem Zug nach Stuttgart zur jüdischen Schule fahren. Diese

war die einzige jüdische Schule in der Gegend. Ich brauchte einen Sonderausweis für diese Reise; denn Juden durften sich nicht mehr frei bewegen.

Zuerst brachte mich Papa in die Schule. Später mussten meine Eltern Zwangsarbeit in einer Fabrik in Göppingen leisten. Ich fuhr dann alleine zur Schule.

Die Fahrt zur Schule wurde noch gefährlicher, als ab dem 1. September 1941 die Juden über sechs Jahre den gelben Davidstern tragen mussten. Manche christlichen Kinder verhöhnten und piesackten mich.

Eines Tages ließ eine Frau eine Tüte mit Brötchen neben meinem Sitz liegen. Sie muss meinen gelben Davidstern erblickt haben und hatte Mitleid mit dem kleinen jüdischen Mädchen, das so ganz alleine im Zug fuhr.

20 Personen von unserer Familie sind von den Nazis ermordet worden.

Die Deportationen nach dem Osten begannen Ende 1941.

Meine Oma und die meisten Kinder der jüdischen Schule wurden nach Riga in Lettland deportiert. Die Schule in Stuttgart wurde bald geschlossen, bevor ich die erste Klasse beenden konnte. Wir mussten das Haus meiner Großeltern in Jebenhausen verlassen und wurden in einem „Judenhaus“ in Göppingen einquartiert.

Im August 1942 wurden meine Eltern und ich und andere Juden in der Turnhalle der Schilferschule in Göppingen versammelt. Unser Gepäck wurde durchsucht. Einer der Aufseher fand Gefallen an einer Holzbrosche, die ich angesteckt hatte, und nahm sie

von mir. Er brüllte: Du brauchst das nicht, wo du hingehst. – Auf Schwäbisch hört es sich ein bisschen anders an: Du brauchst des ned, wo du nagosch. – Dann riss er meine Puppe aus meinen Armen und untersuchte sie, ob ich da etwas versteckt hätte. Tränen ergossen sich über meine Wangen. Ich war überglücklich, als er meine Puppe Marlene wieder in meine Hände gab.

Von Göppingen ging es nach Stuttgart in das Sammellager Killesberg, wo wir am 22. August 1942 mit einem zusammengesetzten Transport von Juden aus Württemberg in das KZ Theresienstadt deportiert wurden. Ich war sieben Jahre alt und die Jüngste von circa 1 100 Personen, von denen meine Eltern und ich und ganz wenig andere überlebt haben.

Es dauerte circa zwei Tage, bis wir zusammengedrängt in einem überfüllten Personenzug den Bahnhof von Bauschowitz erreichten. Wir wurden empfangen vom Brüllen der Aufseher: Los! Lasst alles liegen und nehmt nur eine Bettrolle und das Blechgeschirr! Los, marschieren! Kein Widerstand!

Wachleute mit Peitschen umringten uns. Meine Eltern gingen jeder auf einer Seite von mir, um mich vor Schlägen zu schützen. Ich hielt meine Puppe fest im Arm.

Wir gingen ungefähr 3 Kilometer. Es war sehr schwer für die älteren Leute, diesen langen Weg zu laufen. Wir wurden durch einen Bogeneingang in einer großen Kaserne im Dachgeschoss auf dem kalten Boden ohne Betten untergebracht. Überall wimmelte es von Menschen.

Theresienstadt bestand aus riesigen Backsteinkasernen und alten, halbverfallenen Häusern. Das KZ war von der Außenwelt durch hohe Mauern, Holzzäune und Stacheldraht völlig abgeschlossen. Die Verbindung nach draußen war strengstens verboten.

Am 10. Oktober 1941 hatten Reinhard Heydrich, Adolf Eichmann und andere Nazigrößen Theresienstadt zum Durchgangslager für Juden vor ihrer Vernichtung bestimmt. Die Nazis tarnten das Lager für Propagandazwecke als Mutterghetto und machten eine verlogene Show für das Internationale Rote Kreuz 1944.

Die Gefangenen kamen aus mehreren Ländern Europas. Sie waren ältere und prominente Menschen, und viele waren mit Orden ausgezeichnete Kriegsteilnehmer aus dem Ersten Weltkrieg.

Das Leben in Theresienstadt war besonders schwer für solch ein junges Kind. Es gab keinen Ausweg, nur die Gaskammern in Auschwitz, zu verhungern, Selbstmord oder an Krankheiten zu sterben.

Die Familien – Männer, Frauen und Kinder – mussten meist getrennt voneinander nächtigen, aber sie durften sich besuchen. Ich konnte glücklicherweise mit meinen Eltern im Quartier der Kriegsversehrten bleiben. Wir schliefen auf Strohsäcken, eng zusammengepackt, auf zwei- oder dreistöckigen Pritschen.

Wir Kinder wurden schnell selbstständig. Die wichtigsten Wörter für uns waren „Brot“, „Kartoffel“ und „Suppe“. Das ganze Leben drehte sich um Essen.

Es gab nur Latrinen, die weit weg waren. Wenige Male bekamen wir die Erlaubnis, uns zu duschen. Unser Spielplatz war ein faulriechender Abfallhaufen. Hier wühlten wir stundenlang herum und hofften, einen Schatz zu finden: halbverfaulte Rüben und Kartoffelschalen, bei denen man noch einen essbaren Schnitz abschneiden konnte.

Schule war für uns Kinder verboten. Heimlich lehrten uns manche etwas lesen und schreiben. Das wurde dann „Beschäftigung“ genannt.

Für meine Puppe machte ich aus einem schmutzigen Pappkarton ein Bett am Kopfende der oberen Pritsche, wo ich zusammen mit meinen Eltern schlief. Eines Tages entdeckte ich in dem Karton eine tote Maus, ebenfalls ein Opfer des Hungers.

Immer wieder gab es Epidemien wegen des Mangels an hygienischen Einrichtungen und weil wir so zusammengepackt leben mussten. Typhus war eine große Gefahr. Wir waren sehr von Ratten, Mäusen, Flöhen, Läusen und Wanzen geplagt.

Immer wieder wurden Leute abtransportiert – meistens nach Auschwitz. 1944 mussten alle Kriegsversehrten nach alphabetischer Reihenfolge sich bei der

Kommandantur melden. Sie hatten keine Ahnung, dass es sich dabei um eine Auswahl für die Deportation nach Auschwitz handelte.

Wir teilten unsere Pritschen mit einer Familie namens Abraham aus Berlin. Sie hatten eine gleich alte Tochter, Ruth Nelly, die wie ich ein Einzelkind war. Ihr Vater hinkte an einem Fuß und war verwundet worden im Ersten Weltkrieg. Unsere beiden Väter gingen zur gleichen Zeit zur Kommandantur. Einige Wochen später waren alle drei im Transport nach dem Osten. Wie ein Wunder sind wir zurückgeblieben.

Ruth und ich waren wie Schwestern, und wir versprachen, uns gegenseitig zu besuchen – sie nach Jebenhausen und ich nach Berlin -: „Liebe Ruth, ich bin hier in Berlin, um dich zu besuchen!“ Ruth und ihre Eltern wurden ermordet in einer der Gaskammern in Auschwitz. Sie erlebte noch nicht einmal ihren zehnten Geburtstag.

Am 8. Mai 1945 sind wir endlich von unserem Elend durch die Rote Armee befreit worden. Von 140 000 Personen, die nach Theresienstadt deportiert wurden, sind 33 000 dort gestorben und 88 000 überwiegend in Auschwitz oder anderen Lagern ermordet worden. Wir waren 15 000 Kinder, und nur wenige von diesen sind am Leben geblieben. Darunter, wie ein Wunder, bin auch ich.

Ich will noch etwas dazusagen: Ich trage heute einen Schmetterling. Es ist nicht nur ein Schmuckstück. Ein tschechischer Junge, Pavel Friedman, hat ein Gedicht in Theresienstadt geschrieben: Ich sah nie wieder einen Schmetterling. – Und dieses Symbol, der Schmetterling, ist ein Symbol für die ein- einhalb Millionen getöteten jüdischen Kinder. Wir tragen alle immer diesen Schmetterling zur Erinnerung, und den habe ich heute, speziell hier im Bundestag, auch angesteckt.

Die Stadt Stuttgart holte die wenigen Überlebenden ab. Wir wohnten nur neun Monate in Göppingen und emigrierten im Mai 1946 nach New York. Ich war elf Jahre alt. Meine Eltern fanden Arbeit bei einer reichen Familie; meine Mama als Dienstmädchen und mein Papa als Diener. Amerika war für mich wie ein Zauberland. Aber leider wurde ich aus dem Traum bald geweckt. Ich hatte einen bösen Husten, und man brachte mich zum Arzt. Nach seiner Untersuchung teilte er meinen Eltern mit: Ihre Tochter ist schwer krank und hat Tuberkulose in beiden Lungen. Sie muss sofort ins Krankenhaus. – Der Arzt erklärte meinen Eltern,



Inge Auerbacher (Mitte) betritt, gestützt von Knesset-Präsident Levy (l.) und Bundespräsident Steinmeier (r.), den Plenarsaal. © DBT Tobias Koch

dass diese Krankheit von den drei Jahren im KZ herstammte, wo ich unterernährt und im Dreck leben musste.

Ich wurde in ein staatliches Krankenhaus gebracht. Ich konnte es kaum glauben, jetzt wieder eingesperrt zu werden. Das geht doch nicht! Die Tränen rannten wie Flüsse über mein Gesicht. Ich musste zwei Jahre dauernd im Bett liegen und schmerzhaft Untersuchungen erleiden.

Endlich hatten meine Eltern eine Wohnung in Brooklyn und nahmen mich nach Hause. Nach einigen Monaten war ich in einem noch schlechteren Zustand mit Lungenblutungen und ganz kraftlos. Ich betete zu Gott: Bitte, lass mich nicht sterben! Ich will leben! – Wie ein Wunder ist Streptomycin, das erste Antibiotikum gegen Tuberkulose, erfunden worden. Dafür gab es auch den Nobelpreis. Ich musste wieder ein Jahr im

Bett liegen. Aber ich war heilfroh, dass mich die schmerzhaften Spritzen mit Streptomycin geheilt haben.

Endlich, mit 15 Jahren, ging ich in die Schule und absolvierte die Highschool in drei statt vier Jahren. Die Wissenschaft interessierte mich sehr. Ich begann, an der Uni Chemie zu studieren. Nach ein paar Wochen erkrankte ich wieder und musste nochmals zwölf Monate im Bett verbringen und bekam zwei Spritzen und 26 Pillen täglich. Endlich ging ich wieder in die Uni und vollendete mein Studium. Ich arbeitete 38 Jahre als

Chemikerin in medizinischer Forschung und klinischer Arbeit.

Summa summarum: Soviel ich weiß, bin ich das einzige Kind, das unter allen Deportierten aus Stuttgart zurückkehrte. 20 Personen von unserer Familie sind von den Nazis ermordet worden. Drei Jahre im KZ Theresienstadt; vier Jahre im Bett wegen der schweren gesundheitlichen Folgen; acht Jahre Schulverlust; vier Jahre Stigmatisierung, den Judenstern zu tragen; Stigma wegen der bösen Krankheit, die Partner daran hinderte, mich zu heiraten. Ich durfte nie ein Brautkleid tragen. Ich werde nie Mama oder Oma werden. Aber ich bin glücklich, und die Kinder der Welt sind meine.

Ich schließe mit meinem Herzenswunsch: Menschenhass ist etwas Schreckliches. Wir sind alle aus Brüdern und Schwestern geboren. Mein innigster Wunsch ist die Versöhnung aller Menschen. Entzünde heute eine Kerze zur Erinnerung an die ermordeten unschuldigen Kinder, Frauen und Männer! Entzünde eine Kerze für das Leben, und halte die Dunkelheit zurück! Sei Hüter deiner Schwestern und Brüder, dann wird dein Glück immer blühen!

Wir sind alle als Kinder Gottes geboren. Für Einigkeit und Frieden öffnen sich die Tore. Die Vergangenheit darf nie vergessen werden. Zusammen wollen wir beten für Einigkeit auf Erden. Lasst uns gemeinsam einen neuen Morgen sehen. Dieser Traum soll nie, nie, nie wieder verloren gehen.

Vielen Dank.

(Langanhaltender Beifall – Die Anwesenden erheben sich)

**Mein
innigster
Wunsch ist
die Versöhnung
aller
Menschen.**

S. E. Mickey Levy, Präsident der Knesset des Staates Israel:

Die ewig ernste Mahnung des Holocaust lautet: Nie wieder!



Mickey Levy
Präsident des israelischen Parlaments

Frau Bundestagspräsidentin Bas! Herr Bundespräsident Steinmeier! Herr Bundeskanzler Scholz! Frau Inge Auerbacher, Tochter meines Volkes! Überlebende des Holocaust! Verehrte Ehrengäste! Besucher! Werte Damen und Herren! Zutiefst bewegt und voller Demut stehe ich heute, am Internationalen Holocaust-Gedenktag, vor Ihnen, am Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, stolz, den einzigen jüdisch-demokratischen Staat der Welt, den Staat Israel, zu vertreten als Präsident der Knesset, des israelischen Parlaments, dem pulsierenden Herzen der israelischen Demokratie.

Zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich Ihnen, Frau Bundestagspräsidentin Bas, für die Einladung danken, heute an dieser Gedenkzeremonie teilhaben zu dürfen, die am Tag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau, am universellen Gedenktag, an die schrecklichsten Ereignisse der Menschheitsgeschichte erinnert.

Ausgerechnet hier, in diesem historischen Gebäude, dem deutschen Parlament, kann man – zumindest ansatzweise – die Fähigkeit von Menschen begreifen, die Demokratie mit ihren eigenen Mitteln zu zerschlagen. An diesem Ort hat die Menschheit die Grenzen des Bösen ausgedehnt – ein Ort des Werteverlusts, an dem der demokratische Rahmen zu rassistischer Tyrannei verfiel. Deshalb lernen wir ausgerechnet hier von Neuem innerhalb der Mauern dieses Hauses, die wie stille steinerne, stählerne Zeugen dastehen, wie fragil Demokratie doch ist. Abermals werden wir in die Pflicht genommen, sie um jeden Preis zu verteidigen.

Verehrte Damen und Herren, das Angedenken an den Holocaust wachzuhalten, ist eine schwerwiegende Aufgabe – eine Aufgabe, die auf den Schultern jeder Generation

liegt, die die Vermittlung der abscheulichen Ereignisse der Vergangenheit an kommende Generationen weiterreicht.

Beim Gedenken an den Holocaust geht es oft um große Zahlen, um unfassbare Statistiken. Lässt sich eine Zahl wie sechs Millionen überhaupt vermitteln? Das Gesetz der großen Zahlen bringt eine weitere Ebene und eine gewisse Distanz mit sich, die sich an den Opfern und Holocaust-Überlebenden versündigt, weil es das Maß ihrer Menschlichkeit weiter reduziert. Die sechs Millionen Juden, die ermordet wurden, sind auch sechs Millionen Geschichten – Geschichten von Leben, die hätten sein können, Geschichten derer, die nicht mehr sind.

Ich bin voller Hochachtung für Sie, Frau Inge Auerbacher. Mit der Beschreibung und Darstellung Ihrer Erinnerungen an den Holocaust haben Sie eine herausragende, ungewöhnlich menschliche Stimme geschaffen – eine Stimme, die die Kraft einer menschlichen Geschichte zeigt, sich in die Herzen einfräst und jeden Blickwinkel durchdringend die Botschaft übermittelt. Wie sonst wäre es fassbar, dass ein Mädchen nur sieben Jahre lang Kind sein durfte, bevor es ins Konzentrationslager deportiert wurde? Es ist unfassbar, dass man einem Mädchen die Kindheit raubt, ihm die Familie nimmt, die Menschenwürde. Ich danke Ihnen, Inge, dass Sie es geschafft haben, das Unfassbare zu greifbarer Erinnerung werden zu lassen. Danke, dass Sie Ihre persönliche, bewegende Geschichte mit uns, ja mit der ganzen Welt teilen, für die Erinnerung an den Holocaust in kommenden Generationen.

nen.

Meine Damen und Herren, die Entscheidungen, die Inges Leben veränderten, wurden vor 80 Jahren und 7 Tagen gefällt, nicht weit von hier in der Villa am Wannsee. Als ich gestern vor der prächtigen Villa stand, war ich sprachlos. Ich spürte die unglaubliche Diskrepanz zwischen den pastoralen Blumenbeeten, dem am Horizont glitzernden See und der Grausamkeit, mit der an diesem Ort die Maschinerie zur Vernichtung des europäischen Judentums konstruiert wurde.

Die das Blut gefrieren lassende Wannsee-Konferenz sollte die verschiedenen Bereiche koordinieren, um das übergeordnete Ziel des NS-Regimes zu erreichen, nämlich jegliche Erinnerung an das jüdische Volk auszulöschen. Im Voraus geplante, auf unerklärlichem Hass fußende Vernichtung und Massensterbe wurden von einem Regime, das demokratisch und rechtmäßig zustande kam, systematisch durchgeführt. 80 Jahre und 7 Tage sind historisch ein Nichts, reichen aber nicht, um alle Wunden zu heilen. Viele tragen noch unverheilte Wunden, für die es nie Heilung geben wird.

Verehrte Damen und Herren, die Erinnerungsarbeit verbindet unsere beiden Völker, das israelische und das deutsche. Neben der Erinnerung steht der Aufbau. In diesen 80 Jahren und 7 Tagen ist es uns – unseren beiden Nationen – gelungen, uns aus dem nationalen historischen Trauma heraus zu erheben, um mit Mut und Entschlossenheit etwas Neues zu schaffen. Zwei Nationen zwischen Tod und Leben entscheiden sich jeden Tag erneut für das Leben: „Ich habe euch Le-

ben und Tod, Segen und Fluch vorgelegt, dass du das Leben erwählst und am Leben bleibst.“ (5. Buch Mose, Kapitel 30, Vers 19).

Zwei Nationen, die eine außergewöhnliche Reise zurückgelegt haben, auf dem Weg zur Versöhnung und Verfestigung der Beziehungen, der mutigen Freundschaft zwischen ihnen: Deutschland und Israel haben eine Brücke gebaut. Sie sehen die Stärken und die Bedeutung von Demokratie auf gleiche Art und Weise und wissen um die unerlässliche Notwendigkeit, gemeinsam an der Bewahrung der Demokratie zu arbeiten – immer wieder, Tag für Tag. Wir haben die Beziehungen zwischen den Völkern gefördert in der Welt des Schaffens und der Kultur, der Technologie und der Innovation, des Handels, der Wissenschaft und der Akademie sowie der Medizin. Wir haben Zusammenarbeit in Sicherheit und Nachrichtendiensten geschaffen sowie wichtige und tiefe Kooperationen zwischen unseren beiden Parlamenten ins Leben gerufen.

Deutschland hat die Verantwortung für die Sicherheit Israels zu einem Grundpfeiler seiner Außenpolitik gemacht. Deutschland bezieht ganz entschieden Position gegen den Antisemitismus, auch wenn er sich in Form von Antizionismus äußert. In bilateralen wie internationalen Foren beweist Deutschland – Mal für Mal wieder – seine moralische und historische Verpflichtung gegenüber der Existenz und Sicherheit des Staates Israel.

Unsere Beziehungen sind von Vertrauen, Aufrichtigkeit, Solidarität und Gegenseitigkeit geprägt, die es uns ermöglichen, Herausforderungen für unsere beiden Staaten und auch für die gesamte Menschheit gemeinsam anzugehen – Herausforderungen wie das Coronavirus samt Varianten oder die Klimakrise, die unsere und die Zukunft der gesamten Welt bedroht.

Für all das möchte ich mich noch einmal bedanken bei der vorherigen Bundeskanzlerin Angela Mer-

kel, die ihre lange Amtszeit erst vor Kurzem beendet hat. Sie hat Deutschlands Stärke verfestigt und sich unermüdlich für die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern eingesetzt. Vielen Dank, Angela Merkel!

Werte Damen und Herren, Herr Bundeskanzler Olaf Scholz, der Staat Israel verlässt sich auf Sie und weiß, dass Sie diese langjährige Tradition fortsetzen werden, dass wir gemeinsam weiter an den Beziehungen zwischen den Staaten und Völkern arbeiten werden.

Werte Damen und Herren, soviel wir bereits getan haben mögen, ist es doch unsere Pflicht, immer noch mehr zu tun. Letztlich erhalten wir die Erinnerung wach, um das Wohl menschlicher Ewigkeit zu sichern.

Doch neben der Erinnerung müssen wir aus ihr heraus auch eine Vision schaffen. Dabei sollten wir die Hoffnung vor Augen haben, gemeinsam eine Zukunft zu planen, die sich auf gemeinsame Werte und Träume stützt. Wir müssen unsere jungen Menschen zusammenbringen – die Generation der Enkel und Urenkel, die dritte und vierte Generation und all die Generationen, die nach ihnen kommen werden. Wir müssen ihnen den Zusammenschluss von Kräften und Köpfen mit auf den Weg geben, zum Wohl einer Zukunft voller Inspiration, einer Zukunft, die auf den Werten der Demokratie, der Freiheit und Toleranz basiert – Werte, die Israel und Deutschland teilen –, in unseren jungen Frauen und Männern das Gute im Menschen stärken, sie davor warnen, andere zu hassen, nur weil sie anders sind.

Die ewig ernste Mahnung des Holocaust an die Juden Europas lautet: Nie wieder! Nie wieder!

Werte Damen und Herren, vor 80 Jahren und sieben Tagen sollte das jüdische Volk ausgelöscht werden. Seitdem ist unser Volk aufgestanden. Wir haben einen unabhängigen Staat, unsere historische Heimat, den Staat Israel. Heute wollen wir erinnern – wir werden nie vergessen! – und gemeinsam eine vielversprechende Zukunft schaffen.

Zum Ende meiner Ausführungen möchte ich hier, an diesem Ort, der Toten gedenken. Dazu werde ich einen Ausschnitt aus dem Kaddisch-Gebet verlesen, das jüdische Gebet zur Erhöhung ihrer Seelen.

(Die Anwesenden erheben sich)
(Der Redner trägt ein Gebet vor)
(Langanhaltender Beifall)



Sichtlich bewegt schließt der Präsident des israelischen Parlaments Levy nach seiner Rede die Holocaust-Überlebende Inge Auerbacher in seine Arme.

© picture alliance/Geisler-Fotopress|Frederic Kern

Eine autorisierte Version der Rede von Herrn Mickey Levy lag zum Redaktionsschluss noch nicht vor. Es handelt sich daher um die verdolmetschte Version der Rede.

leicht
erklärt!

Bundes-Versammlung im Jahr 2022

Sie wählt einen neuen Bundes-Präsidenten



Einleitung

Am 13. Februar 2022 wird ein neuer Bundes-Präsident gewählt.

Das macht eine Gruppe, die man Bundes-Versammlung nennt.

Im folgenden Text gibt es weitere Infos dazu.

Folgende Fragen werden zum Beispiel beantwortet:

- Wer ist der Bundes-Präsident?
- Was ist die Bundes-Versammlung?
- Welche Besonderheiten gibt es dieses Mal bei der Wahl?

Er ist der höchste Politiker, den es in Deutschland gibt.

Eine seiner Aufgaben ist: Er vertritt Deutschland im Inland und in anderen Ländern.

Das macht er zum Beispiel so:

- Er hält Reden.
- Er nimmt an Veranstaltungen teil.
- Er besucht oft andere Länder. Dort trifft er sich zum Beispiel mit wichtigen Politikern. So sorgt er dafür, dass Deutschland gute Kontakte zu den Ländern hat.

Das alles macht er im Namen von Deutschland.

Wer ist der Bundes-Präsident?

In Deutschland gibt es einen Bundes-Präsidenten.

Er ist das Staats-Oberhaupt von Deutschland.

„Staat“ ist ein anderes Wort für Land.

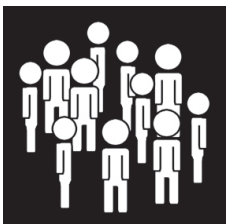
Der Bundes-Präsident ist also das Oberhaupt von Deutschland.

Was macht die Bundes-Versammlung?

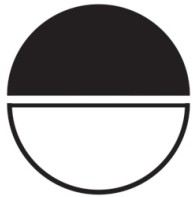
Der Bundes-Präsident bleibt meistens 5 Jahre lang im Dienst.

Danach gibt es eine neue Wahl.

Das ist die Aufgabe der Bundes-Versammlung.



Wer gehört zur Bundes-Versammlung?



Die Bundes-Versammlung setzt sich aus 2 Teilen zusammen:

- 1) alle Mitglieder vom Bundestag
- 2) noch mal genauso viele Vertreter aus den Bundes-Ländern

1) Mitglieder vom Bundestag



Alle Mitglieder vom Bundestag gehören zur Bundes-Versammlung.

Der Bundestag ist eine Gruppe von Politikern.

Sie werden von den Bürgern in Deutschland gewählt.

Diese Politiker vertreten die Menschen dann.

- Sie machen zum Beispiel Gesetze.
- Sie entscheiden, wofür in Deutschland Geld ausgegeben wird.
- Sie wählen den Bundes-Kanzler.
- Sie achten darauf, dass die Regierung ihre Arbeit richtig macht.
- Sie treffen andere Entscheidungen.

Der Bundestag ist also die Vertretung der Menschen in Deutschland.

Durch ihn können alle Bürger mitbestimmen, was in Deutschland passieren soll.

2) Vertreter aus den Bundes-Ländern



Jedes Bundes-Land schickt Vertreter in die Bundes-Versammlung.

Wer in die Bundes-Versammlung kommt, entscheiden die Landtage der Bundes-Länder.

Landtage sind so etwas wie der Bundestag.

Auch ihre Mitglieder werden von den Bürgern gewählt.

Der Unterschied ist: Der Bundestag ist für ganz Deutschland zuständig. Ein Landtag ist nur für ein Bundes-Land zuständig.

Meistens schicken die Landtage Politiker aus den Bundes-Ländern in die Bundes-Versammlung.

Manchmal sind es aber auch bekannte Personen.

Zum Beispiel:

- Musiker
- Schauspieler
- Sportler

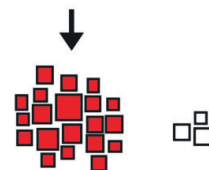


Größte Bundes-Versammlung aller Zeiten

Der Bundestag hat im Moment 736 Mitglieder.

In der Bundes-Versammlung sind immer doppelt so viele Mitglieder wie im Bundestag.

Dieses Mal werden es also 1472 Mitglieder sein.



Eine so große Bundes-Versammlung gab es noch nie.

Treffen muss stattfinden

In der Corona-Zeit müssen viele Veranstaltungen abgesagt werden.

Bei der Bundes-Versammlung kommen fast 1500 Menschen zusammen.

Trotzdem kann man sie nicht absagen.

Man kann sie auch nicht verschieben.

Denn: Die Wahl zum Bundes-Präsidenten muss stattfinden.

Und zwar spätestens 30 Tage vor dem Ende der Dienst-Zeit vom aktuellen Bundes-Präsidenten.

So steht es im Grund-Gesetz. Das ist das wichtigste Gesetz von Deutschland.



Wahl an anderem Ort

Das Treffen soll für die Mitglieder der Bundes-Versammlung sicher sein.

Deswegen hat man beschlossen, verschiedene Schutz-Maßnahmen zu machen.

Die wichtigste Schutz-Maßnahme:

Das Treffen wird an einem anderen Ort als sonst stattfinden.



Normalerweise trifft sich die Bundes-Versammlung im großen Saal im Reichstags-Gebäude.

Das ist der Saal, in dem auch der Bundestag seine Treffen abhält.

Dieses Mal wird das nicht so sein.

Die Bundes-Versammlung trifft sich in einem Gebäude neben dem Reichstags-Gebäude.



Dieses Gebäude hat den Namen: Paul-Löbe-Haus.

Der Grund:

Im Reichstags-Gebäude ist nicht genug Platz.

Dort können die Mitglieder der Bundes-Versammlung den Corona-Abstand nicht einhalten.

Im Paul-Löbe-Haus ist mehr Platz.

Die Mitglieder der Bundes-Versammlung werden sich auf verschiedene Räume aufteilen.

Sie werden dann über Bild-Schirme und Laut-Sprecher miteinander verbunden.

Außerdem sollen Corona-Tests gemacht werden.

Und es sollen andere Schutz-Maßnahmen beachtet werden.



Diese Bewerber wurden von verschiedenen Parteien vorgeschlagen.

Parteien sind Gruppen von Menschen. Sie haben sich zusammengetan, weil sie eine gemeinsame Politik machen wollen.

Die Bewerber werden nun etwas genauer vorgestellt.

Frank-Walter Steinmeier



Frank-Walter Steinmeier ist ein Politiker aus der Partei SPD.

Seit dem Jahr 2017 ist er der Bundes-Präsident von Deutschland.

Er möchte das gern bleiben. Darum hat er sich wieder beworben.

Das ist erlaubt.

Ein Bewerber kann zwei Dienst-Zeiten als Bundes-Präsident machen.

Die gleiche Person darf also 10 Jahre lang Bundes-Präsident sein.

Länger aber nicht.

Frank-Walter Steinmeier bekommt Unterstützung von den folgenden Parteien: SPD, CDU, CSU, FDP, die Grünen

Damit wird er wahrscheinlich die meisten Stimmen bei der Wahl bekommen und wieder Bundes-Präsident werden.

Gerhard Trabert



Gerhard Trabert ist Arzt, Professor für Medizin und Autor.

Er beschäftigt sich vor allem mit den Themen Armut und Gesundheit.

Er gehört zu keiner Partei.

Als Bewerber für die Wahl zum Bundes-Präsidenten hat ihn die Partei Die Linke vorgeschlagen.

Das ist auch die einzige Partei, die ihn unterstützt.



Die Bewerber

Für die Wahl zum Bundes-Präsidenten gibt es 3 Bewerber.

Max Otte



Max Otte ist ein Wirtschafts-Wissenschaftler und Autor.

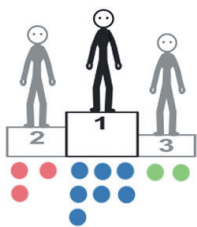
Er beschäftigt sich zum Beispiel mit Fragen zum Thema Geld und hat auch als Professor gearbeitet.

Er ist Mitglied in der Partei CDU.

Als Bewerber für die Wahl zum Bundes-Präsidenten hat ihn aber die Partei AfD vorgeschlagen.

Das ist auch die einzige Partei, die ihn unterstützt.

Wer gewinnt?



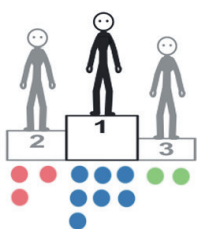
Ein Bewerber muss mehr als die Hälfte aller Stimmen der Bundes-Versammlung bekommen.

Dann hat er gewonnen.

In der Bundes-Versammlung sind dieses Mal 1472 Personen.

Die Hälfte davon ist 736.

Ein Bewerber braucht also 737 Stimmen.



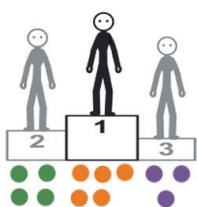
Vielleicht bekommt bei der Wahl kein Bewerber genug Stimmen.

Dann wird noch einmal gewählt.

Man nennt das dann auch:

2. Wahl-Gang.

Die Regeln sind die gleichen wie beim 1. Wahl-Gang.



Vielleicht bekommt auch im 2. Wahl-Gang kein Bewerber genug Stimmen.

Dann gibt es einen 3. Wahl-Gang.

Dabei sind aber die Regeln anders.

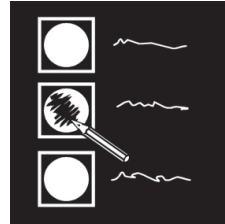
Der Bewerber braucht jetzt nicht mehr ganz so viele Stimmen, um zu gewinnen.

Denn: Es gewinnt der Bewerber, der von allen Bewerbern die meisten Stimmen hat.

Zum Beispiel:

Es gibt insgesamt 1472 Stimmen.

Und es gibt 3 Bewerber.



Nehmen wir an, die Stimmen sind so verteilt:

Bewerber 1: 672 Stimmen

Bewerber 2: 400 Stimmen

Bewerber 3: 400 Stimmen

Dann hat Bewerber 1 gewonnen. Denn er hat die meisten Stimmen. Auch wenn er weniger als 737 Stimmen hat.

Kurz zusammengefasst



Am 13. Februar trifft sich die Bundes-Versammlung.

Sie wählt dann einen neuen Bundes-Präsidenten.

3 Personen stehen zur Wahl:

Frank-Walter Steinmeier

Gerhard Trabert

Max Otte

Die Bundes-Versammlung hat 1472 Mitglieder.

Damit ist es die größte Bundes-Versammlung aller Zeiten.

Weitere Informationen

in Leichter Sprache gibt es unter:

www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



Nachrichtenwerk

www.nachrichtenwerk.de

Einen Ratgeber mit den Regeln der Leichten Sprache finden Sie auf der Internet-Seite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

Titelbild: © picture alliance / NurPhoto / Emmanuele Contini. Bild Reichstag: © picture alliance / Daniel Kalker / Daniel Kalker. Bild Paul-Löbe-Haus: © picture alliance / Andreas Gora / Andreas Gora. Portrait Steinmeier: © picture alliance / Flashpic / Jens Krick. Portrait Trabert: © picture alliance/dpa / Boris Roessler. Portrait Otte: © picture alliance/dpa / Kay Nietfeld. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 5-7/2022
Die nächste Ausgabe erscheint am 21. Februar 2022.